



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 214

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 214

vom 07.06.2018

del 07/06/2018

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 214

vom 07.06.2018

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 151/18: "Raum und
Landschaft".....Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 214

del 07/06/2018

Indice

disegno di legge provinciale n. 151/18: "Territorio
e paesaggio".....pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo**Ore 10.01 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per l'odierna seduta si sono giustificati i consiglieri Wurzer, Stirner e Atz Tammerle (pom).

Proseguiamo con la trattazione del disegno di legge n. 151/18.

Punto 322) all'ordine del giorno: disegno di legge provinciale n. 151/18: **"Territorio e paesaggio"** – (continuazione)

Punkt 322) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 151/18: **"Raum und Landschaft"** – (Fortsetzung)

Siamo all'esame dell'articolo 37 con emendamenti. Prima la replica dell'assessore Theiner. Prego.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, caro collega Donato Seppi, ...

PRESIDENTE: Sospendiamo la seduta per un minuto, il tempo di salutare l'ex collega Donato Seppi.

ORE 10.04 UHR

ORE 10.05 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Sehr sympathisch, Donato Seppi, bei allen Unterschieden in den verschiedenen Positionen, aber menschlich war er eine gewaltige Bereicherung.

Nun zurück zum Artikel 37, zu den Abänderungsanträgen. Ich möchte zuerst auf jene Punkte eingehen, die Kollege Riccardo Dello Sbarba gestern angesprochen hat. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, wo es Unterschiede zwischen dem neuen Gesetzentwurf und der bisherigen Regelung gibt. Die bisherige Regelung in den Wohngebieten beinhaltete 60% geförderter Wohnbau und 40% frei. Bei den 40% nochmals 60% für Ansässige und die restlichen 40% der 40% waren wirklich frei. Wir haben jetzt nicht mehr Wohnzonen, sondern gemischte Gebiete und deshalb sind 60% für den geförderten und sozialen Wohnbau reserviert, wobei in dieser Quote von 60% auch die Wohnungen mit gedecktem Preis sind. Wir erinnern uns, auch in Artikel 24 haben wir das spezifiziert. Auf alle Fälle müssen 40% für den geförderten Wohnbau bereit stehen. Die Quote insgesamt des geförderten, sozialen Wohnbau und jene des gedeckelten Preises macht 60% vom Ganzen aus. Nachdem wir jetzt nicht mehr eine reine Wohnzone haben, sondern eine gemischte Zone ist es möglich, dass hier beispielsweise auch Handwerk vorkommt.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *senza microfono*

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Nein, vom gesamten, von den 100% sind 60% auf alle Fälle geförderter und sozialer Wohnbau. In den restlichen 40% kann ein Anteil z.B. für Hand-

werk vorbehalten sein. In der Zone, die noch bleibt, sind 60% Wohnungen für Ansässige vorgesehen. Um hier Unklarheiten zu vermeiden, werde ich vorschlagen, bei der Abstimmung des Artikels 37, dass wir getrennt abstimmen, damit wir nicht nochmals den Verweis auf Artikel 39 machen. Artikel 37, Absatz 1, kann auch dazu verleitet haben, dass man das anders versteht. Um hier Klarheit zu schaffen, schlagen wir eine getrennte Abstimmung über "und 39" vor. Das soll weg. Ich wiederhole nochmals, 60% vom Ganzen ist auf alle Fälle für geförderten und sozialen Wohnbau reserviert. Der Anteil vom gedeckelten Preis ist in diesem Anteil enthalten, in diesen 60% drinnen.

Zweiter Punkt, über den gestern diskutiert wurde. Es war im ursprünglichen Vorschlag, wie er von der Kommission genehmigt war, die Rede von 50% der Wohnungen. Baumasse. Da hatte es gestern eine Diskussion gegeben, ob das nicht eine Schlechterstellung sei. Auch Kollegin Tamara Oberhofer hat diesbezüglich einen Abänderungsantrag eingebracht. Wir glauben nach ausführlicher Diskussion, dass es im Gegenteil eine Besserstellung ist, weil wenn wir drinnen hätten, beispielsweise, dass die Hälfte der Wohnungen eine Größe haben muss von mindestens 70 m², dann haben wir genau 50% der Wohnungen mit 70 m², keine größer und alle anderen kleiner. Wenn wir hingegen sagen, die Hälfte der Baumasse muss für Wohnungen vorgesehen sein mit wenigstens 70 m² dann wird es auch für das Bauunternehmen uninteressant nur Wohnungen mit 70 m² anzubieten. Wenn die Hälfte ohnehin für größere Wohnungen bestimmt ist, dann baut man einige Wohnungen auch mit 80, 90 oder 100 m². Das ist die Logik, die dahinter steckt und wieso wir diesen Abänderungsantrag eingebracht haben.

Zur Frage, die von Sven Knoll aufgeworfen wurde, in Zusammenhang mit ausverkaufter Heimat folgendes: Unterscheidungen Zweitwohnungen – Ferienwohnungen. In einem Tourismusland wie Südtirol, wenn wir die richtigen Ferienwohnungen und Urlaub am Bauernhof zusammen zählen, dann könnte man sagen, dass in ganz Südtirol keine einzige Wohnung mehr an Nicht-Provinzansässige verkauft werden darf. Das wäre absurd. Das würde, wie wir alle wissen, ganz sicher gegen das EU-Recht verstoßen, deshalb diese Unterscheidung. Wir möchten verhindern, dass jemand das umgeht und wie Sie ein Beispiel genannt haben und in Nordtirol passiert, dass Jemand das ganze Jahr über eine Ferienwohnung an einen einzigen Mieter vermietet. Deshalb haben wir bewusst in diesem Abänderungsantrag hineingeschrieben, dass die Kriterien in Absprache mit dem Rat der Gemeinden festgelegt werden, genau um das zu verhindern, genau um zu verhindern, dass das zum Tragen kommt. Im Übrigen war es ihr Fraktionskollege Bernhard Zimmerhofer, der in der Gesetzgebungskommission diesen Antrag eingebracht hat. Wir möchten hier vorsehen, ähnlich wie im Bundesland Tirol, wenn mehr als 10% der Wohnungen Zweitwohnungen sind, dass die neu entstehenden Wohnungen nur mehr für Einheimische zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte hier auch noch eines erwähnen, das wurde in einer Aussprache mit dem Vorarlberger Landtag angesprochen und zwar: Eigentümer werden, das können wir nicht einschränken. Nur wer effektiv diese Wohnung besetzt, das können wir regeln. Da sind wir auch im Einklang mit dem EU-Recht. Wenn wir nur hinein schreiben würden, dass das so in Gemeinden ist, die bestimmte Grenzen überschritten haben, was Zweitwohnungen angeht, dass das für immer und ewig ist, dann würde das auch gegen das EU-Recht verstoßen. Wir haben hier mehrere EU-Experten kontaktiert, welche unabhängig voneinander gesagt haben, das muss genau erhoben werden. In Tirol wird es alle 5 Jahre überprüft, bei uns mit der Erstellung des Gemeindeentwicklungsplanes muss das auch genau erhoben werden. Wir haben also eine periodische Überprüfung entweder alle 10 oder 15 Jahre, je nach dem was die Gemeinde annimmt. Dann muss es auch die Möglichkeit geben, dass sich an diesen Voraussetzungen wieder etwas ändert.

PRESIDENTE: Grazie assessore Theiner. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti e dei subemendamenti dell'articolo 37.

Emendamento n. 1 dell'cons. Pöder. E' aperta la votazione: respinto con 15 voti contrari e 11 astensioni.

Subemendamento n. 2.1 dei consiglieri Widmann, Noggler, Stirner, Schiefer, Dellemann, Tschurtschentaler e Oberhofer. E' aperta la votazione: approvato con 21 voti favorevoli, 1 voto contrario e 4 astensioni.

L'emendamento n. 2 decade in quanto l'emendamento n. 2.1 era sostitutivo.

Anche gli **emendamenti n. 3, n. 4 e n. 5** decadono.

Passiamo **all'emendamento n. 6** del cons. Pöder. E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 14 voti contrari e 8 astensioni.

Emendamento n. 7 del cons. Pöder. E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 14 voti contrari e 10 astensioni.

Passiamo ora al **subemendamento n. 8.1** dell'assessore Theiner che sostituisce l'emendamento n. 8. La votazione separata la facciamo quando votiamo l'articolo perché questo subemendamento modifica l'articolo. Me lo conferma anche il segretario generale.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): È Lei che deve decidere, ma visto che non si può votare sulla stessa cosa in modo contraddittorio, se noi votiamo il comma 2 così com'è, poi non possiamo più votare separatamente una parte del comma 2.

PRESIDENTE: Attenzione "e" è nel comma 1, questo è il comma 2. È chiaro?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Se riguarda il comma 2, allora va bene.

PRESIDENTE: Mettiamo allora in votazione il subemendamento n. 8.1 dell'assessore Theiner. E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 12 astensioni.

A questo punto **l'emendamento n. 8** non è più da votare e nemmeno **l'emendamento n. 9**. Entrambi decadono.

Passiamo ora **all'emendamento n. 10** della consigliera Oberhofer. E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 15 voti contrari e 5 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 37 così emendato.

Se non ci sono interventi mettiamo in votazione l'articolo 37 con l'esclusione, che si voterà separatamente, della parola "e 39"/"und 39" al comma 1.

Prego cons. Knoll.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Da entsteht ein Durcheinander. Der Kollege Dello Sbarba hat vollkommen recht. Ich hatte gestern gesagt, dass ich gerne im Art. 37, Absatz 2, den letzten Satz "und gilt für die Dauer des Gemeindeentwicklungsprogrammes" getrennt abgestimmt haben möchte. Kollege Dello Sbarba hat recht, wir haben jetzt den Abänderungsantrag so genehmigt und ich bin auch der Meinung, dass der, der jetzt so genehmigt wurde, nicht nochmals im Artikel getrennt abgestimmt werden kann. Meiner Meinung nach liegen Sie da falsch.

PRESIDENTE: Mi dicono che "e 39" riguarda il comma 1, quindi è corretta l'interpretazione degli uffici, e per quanto riguarda la *getrennte Abstimmung* non richiesta ieri dal collega Knoll, a verbale c'è scritto che si era riservato di richiedere.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): (unterbricht – ohne Mikrofon) Ich habe gerade vorhin gesagt, vor zwei Minuten, ich würde bitte gerne die getrennte Abstimmung haben. Daraufhin hat sich der Kollege Dello Sbarba zu Wort gemeldet. So ein Kurzzeitgedächtnis habe ich nicht, sodass das jetzt schon verschwunden ist.

PRESIDENTE: Scusate, non c'è stato nessun intervento in aula, c'è stata la replica dell'assessore, poi siamo passati alla votazione, per cui questa mattina non è stato chiesto.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): (unterbricht)

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (interrompe)

PRESIDENTE: Rispondo prima al collega Dello Sbarba. Si può votare separatamente l'articolo, perché non è votare due volte la stessa cosa, sono due cose diverse, una volta si è votato l'emendamento, questo modifica l'articolo e quando si vota l'articolo si può chiedere, sull'articolo così emendato, una votazione per parti separate. L'emendamento può modificare tutto o una parte.

Mi dicono che a verbale non c'è richiesta di votazione per parti separate, però se richiedete la votazione per parti separate, io sono disponibile ad ammetterla. Ripeto la cronologia: abbiamo iniziato i lavori con la replica dell'ass. Theiner, poi abbiamo iniziato subito le votazioni.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): ... Ich erwarte mir schon, dass das Präsidium zuhört. Die Kollegin sagt es schon richtig. Was soll ich hier tanzen? ... Nein. Herr Landtagspräsident!

PRESIDENTE: Collega Knoll, sono anche due verbalizzanti.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, ich bin nicht collega Knoll. Fragen wir mal, wer das im Landtagsaal gehört hat. ... Nein, Herr Landtagspräsident ich möchte meine Wortmeldung zum Fortgang der Arbeiten bitte ausführen. Ich bin noch im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte. Wenn ich hier sage: ich beantrage bitte die getrennte Abstimmung, dann ist das so gewesen! Dann reden Sie mir nicht ein, dass ich das nicht gesagt habe! Ich wehre mich dagegen! Ich weiß noch, was ich hier sage. Mag sein, dass das nicht vermerkt worden ist oder dass man das im Eifer des Gefechtes – wir machen hier sehr viele Artikel – nicht gehört hat, aber ich verwehre mich dagegen, dass mir hier unterstellt wird, dass ich das hier nicht gesagt habe. Ich weiß, was ich gesagt habe! Dann geht diese Sache auch in Ordnung. Wir können das so machen, wir brauchen uns hier nicht lange aufhalten. Ich möchte nur Wert darauf legen, dass man bitte auf diese Dinge achtet. Gerade bei so einem umfangreichen Gesetz ist es wichtig, auf diese Kleinigkeiten auch zu achten.

PRESIDENTE: Collega Knoll, io ammetto la votazione per parti separate, dando atto che Lei l'ha chiesta adesso, non prima. E così abbiamo inteso in quattro.

Passiamo alle 3 votazioni sull'articolo 37 senza le parole "e 39" e senza l'ultima parte "e vale per la durata del programma di sviluppo comunale". Prima votiamo tutto l'articolo 37 con l'esclusione di "e 39" e del secondo periodo del comma 2. Poi voteremo separatamente "e 39". La terza votazione sarà il secondo periodo del comma 2.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Può leggere un attimo il secondo periodo?

PRESIDENTE: Il secondo periodo è "Ai fini di questo comma non vengono conteggiati alloggi a utilizzo turistico per le attività di agriturismo e affittacamere. La Giunta provinciale definisce, d'intesa con il Consiglio dei Comuni, i criteri per il rilevamento dettagliato dell'utilizzazione dell'abitazione."

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Questo viene votato separatamente?

PRESIDENTE: Questo viene votato separatamente. Sospendo la seduta per due minuti.

ORE 10.26 UHR

ORE 10.28 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo. Siamo alla votazione dell'art. 37 che viene votato per parti separate. Apro la votazione sull'articolo 37, senza le parole "e 39" e senza l'ultima parte "e vale per la durata del programma di sviluppo comunale": approvato con 17 voti favorevoli e 9 astensioni.

Votiamo ora la parte "e 39" del comma 1: E' aperta la votazione: respinto con 20 voti contrari e 6 astensioni.

Passiamo all'ultimo periodo del comma 2: "e vale per la durata del programma di sviluppo comunale". E' aperta la votazione: respinta con 18 voti contrari e 9 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 38.

Art. 38

Abitazioni riservate ai residenti

1. Le abitazioni riservate ai residenti in provincia di Bolzano devono essere occupate da persone che non possiedono un'altra abitazione adeguata ai sensi dell'articolo 37, comma 1, e che al momento dell'occupazione dell'abitazione sono residenti da almeno 5 anni in un Comune della provincia o hanno il loro posto di lavoro in un Comune della provincia.
2. Una persona che già possiede un'altra abitazione adeguata può occupare un'abitazione riservata ai residenti, solo a condizione che assuma gli impegni di cui al presente articolo con riferimento all'altra abitazione.
3. Il titolo abilitativo per la realizzazione di abitazioni riservate ai residenti in provincia di Bolzano può essere rilasciato soltanto a condizione che il/la richiedente si impegni a riservare tali abitazioni ai residenti e che autorizzi il Comune ad annotare il vincolo di cui al presente articolo nel libro fondiario. L'annotazione è richiesta dal Comune a spese dell'interessato/interessata.
4. L'abitazione deve essere occupata entro un anno dall'agibilità. Qualora l'abitazione dovesse rendersi libera, dovrà essere occupata entro 6 mesi da una persona avente diritto ai sensi del comma 1. Ai fini della presente legge, l'abitazione si intende regolarmente occupata se vi ha la sua residenza una persona avente diritto ai sensi del comma 1.
5. Le abitazioni riservate ai residenti possono anche essere utilizzate come case albergo per lavoratori, scolari, studenti o persone con disabilità, nonché come comunità alloggio, alloggi protetti ovvero abitazioni realizzate da enti senza scopo di lucro che promuovono la convivenza solidale tra persone giovani ed anziane o messe a disposizione di scolari o studenti.
6. I Comuni emanano un regolamento che disciplina la vigilanza sulle abitazioni riservate ai residenti e le condizioni alle quali può essere cancellato il relativo vincolo. Presupposto per la cancellazione del vincolo nel libro fondiario è comunque il pagamento del contributo di intervento, qualora non ancora versato, e di un ulteriore importo pari ad un massimo del 500 per cento della quota del contributo di intervento calcolata in base al costo di costruzione determinato nel regolamento comunale. La cancellazione del vincolo è comunque esclusa per le abitazioni a prezzo calmierato di cui all'articolo 39, e per le abitazioni realizzate su aree riservate all'edilizia agevolata o all'esterno dell'area insediabile. La cancellazione è altresì esclusa per le abitazioni che non sono state legittimamente occupate per almeno 10 anni, salvo che il soggetto proprietario dimostri l'impossibilità ovvero l'estrema difficoltà effettiva e perdurante di occupare l'abitazione con una persona legittimata.
7. I Comuni pubblicano un elenco delle abitazioni riservate ai residenti sulla Rete Civica dell'Alto Adige.
8. I Comuni in cui più del 10 per cento delle abitazioni esistenti non viene utilizzato per i residenti devono stabilire la quota delle nuove abitazioni da riservare ai residenti nel Comune. Fino alla determinazione della quota, il 100 per cento delle nuove abitazioni è riservato ai residenti del Comune. Sulla base di un'analisi specifica del fabbisogno abitativo della popolazione residente nel Comune nonché dell'offerta di alloggi nel territorio comunale, il Comune può, nel piano comunale, riservare per i residenti le abitazioni di nuova realizzazione e vincolate ai sensi dell'articolo 38. Ai fini del presente comma sono residenti tutti coloro che da almeno 5 anni hanno ininterrottamente la loro residenza anagrafica nel territorio comunale. A queste persone sono equiparati coloro che prima di lasciare il Comune vi avevano la residenza per almeno 5 anni e sono iscritti all'AIRE (Anagrafe degli Italiani Residenti all'Estero), oppure hanno il loro posto di lavoro in un Comune della provincia di Bolzano.

Art. 38

Wohnungen für Ansässige

1. Wohnungen für in Südtirol Ansässige müssen von Personen besetzt werden, die keine andere im Sinne von Artikel 37 Absatz 1 geeignete Wohnung besitzen und die bei der Besetzung ihren Wohnsitz in einer Gemeinde Südtirols seit mindestens 5 Jahren haben oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben.
2. Eine Person, die bereits eine andere geeignete Wohnung besitzt, darf nur dann eine Ansässigen vorbehaltene Wohnung besetzen, wenn sie in Bezug auf die andere Wohnung die Verpflichtungen gemäß diesem Artikel übernimmt.

3. Die Genehmigung zur Errichtung von Wohnungen für in Südtirol Ansässige darf nur unter der Bedingung erteilt werden, dass der/die Antragstellende sich verpflichtet, diese Wohnungen Ansässigen vorzubehalten und die Gemeinde ermächtigt, die Bindung laut diesem Artikel im Grundbuch anmerken zu lassen. Die Anmerkung wird von der Gemeinde auf Kosten des/der Antragstellenden beantragt.

4. Die Wohnung muss innerhalb eines Jahres ab Bezugsfertigkeit besetzt werden. Sollte die Wohnung frei werden, muss sie innerhalb von 6 Monaten von einer gemäß Absatz 1 berechtigten Person besetzt werden. Im Sinne dieses Gesetzes gilt eine Wohnung als rechtmäßig besetzt, wenn eine gemäß Absatz 1 berechnigte Person dort ihren Wohnsitz hat.

5. Die Wohnungen für Ansässige dürfen auch als Arbeiter-, Schüler-, Studenten- oder Behindertenwohnheime, für Wohngemeinschaften, als geschützte Wohnungen oder als Wohnungen verwendet werden, die von nicht gewinnorientierten Körperschaften, welche die Förderung eines solidarischen Zusammenlebens von jungen und älteren Menschen zum Ziel haben, errichtet werden oder an Schüler/Schülerinnen oder Studierende zur Verfügung gestellt werden.

6. Die Gemeinden erlassen eine Verordnung, in der die Überwachung der Wohnungen für Ansässige geregelt wird und die Bedingungen festgelegt werden, unter denen die entsprechende Bindung gelöscht werden kann. Voraussetzung für die Löschung der Bindung im Grundbuch ist auf jeden Fall die Zahlung der Eingriffsgebühr, sofern diese noch nicht entrichtet wurde, und eines weiteren Betrages in Höhe von höchstens 500 Prozent jenes Teils der Eingriffsgebühr, welcher nach den Baukosten bemessen wird, die in der Gemeindeverordnung bestimmt werden. Die Bindung darf auf keinen Fall gelöscht werden, wenn es sich um Wohnungen mit Preisbindung laut Artikel 39 oder um Wohnungen handelt, welche auf Flächen für den geförderten Wohnbau oder außerhalb des Siedlungsgebietes errichtet worden sind. Die Löschung ist weiters ausgeschlossen für Wohnungen, welche nicht mindestens 10 Jahre rechtmäßig besetzt wurden, es sei denn, der Eigentümer/die Eigentümerin weist nach, dass es tatsächlich und fortwährend unmöglich, beziehungsweise besonders schwer möglich ist, die Wohnung mit einer berechtigten Person zu besetzen.

7. Die Gemeinden veröffentlichen im Südtiroler Bürgernetz eine Liste der den Ansässigen vorbehaltenen Wohnungen.

8. Die Gemeinden, in denen mehr als 10 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes nicht für Ansässige verwendet werden, müssen den Anteil der neuen Wohnungen festlegen, welche in der Gemeinde Ansässigen vorzubehalten sind. Bis zur Festlegung dieses Anteils sind 100 Prozent der neuen Wohnungen in der Gemeinde Ansässigen vorbehalten. Aufgrund einer spezifischen Analyse des Wohnungsbedarfes der ansässigen Gemeindebevölkerung und des Angebotes an Wohnungen im Gemeindegebiet kann die Gemeinde im Gemeindeplan die Wohnungen, die neu errichtet werden und gemäß Artikel 38 gebunden sind, den Ortsansässigen vorbehalten. Als Ortsansässige im Sinne dieses Absatzes gelten all jene Bürger, die im Gemeindegebiet seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen ihren meldeamtlichen Wohnsitz haben. Diesen sind jene Personen gleichgestellt, die vor ihrer Abwanderung für mindestens 5 Jahre ihren Wohnsitz in der Gemeinde hatten und in den AIRE-Listen eingetragen sind, oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben.

Sono stati presentati 20 emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle: Articolo 38, comma 1: Il comma è così sostituito: "1. Le abitazioni riservate ai residenti in provincia di Bolzano devono essere occupate da persone che al momento dell'occupazione dell'abitazione sono residenti da almeno cinque anni in un Comune della provincia o hanno il loro posto di lavoro in un Comune della provincia."

Artikel 38 Absatz 1: Der Absatz erhält folgende Fassung: "1. Vorbehaltene Wohnungen für in Südtirol Ansässige müssen von Personen besetzt werden, die zum Zeitpunkt der Besetzung seit mindestens 5 Jahren ihren Wohnsitz in einer Gemeinde Südtirols haben oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben."

La parola al consigliere Zimmerhofer, prego.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, Herr Präsident. Wir haben hier einen Änderungsantrag, wo es um Wohnungen für Ansässige geht. Es ist ein zentraler Punkt für uns in diesem Urbanistikgesetz. Wir möchten dass der Absatz 1 folgendermaßen abgeändert wird: 1. Vorbehaltene Wohnungen für in Südtirol Ansässige müssen von Personen besetzt werden, die zum Zeitpunkt der Besetzung seit mindestens 5 Jahren ihren Wohnsitz in einer Gemeinde Südtirols haben oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben." Das Eigentum einer Wohnung sollte kein Hindernis darstellen eine Wohnung für Ansässige zu besetzen. Danke.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): È un intervento sull'andamento dei lavori, perché ho bisogno di un chiarimento. Noi abbiamo votato due volte due parti dell'articolo 37 in maniera separata. Due volte ha prevalso il NO, questo vuol dire che entrambe le parti sono eliminate?

PRESIDENTE: Certo.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Quindi sia il 39, sia l'ultima frase.

Ha ragione il collega Zimmerhofer, l'articolo è importante, sono le abitazioni riservate ai residenti, noi sappiamo che sono fuori dall'edilizia agevolata. Qui naturalmente c'è il problema del fatto che una persona può avere anche più abitazioni riservate a residenti, non siamo nel campo della prima casa, ovviamente, anche se devono essere riservate a chi ha la residenza in provincia di Bolzano.

A nostro parere qui vanno fatte alcune precisazioni. Al comma 4, quando si dice "ai fini della presente legge, l'abitazione si intende regolarmente occupata se vi ha la sua residenza una persona avente diritto ai sensi del comma 1", noi vorremmo che fosse aggiunto residenza "effettiva". C'era ma è stato eliminato, l'abitazione deve essere effettivamente occupata dalla persona che ne ha diritto.

Al comma 6 c'è scritto che i Comuni emanano un regolamento che disciplina la vigilanza e anche le condizioni alle quali può essere cancellato il relativo vincolo, cioè uno ha costruito case per residenti con una serie di vantaggi, però a un certo punto vuole svincolarle e ovviamente deve pagare, perché a questa abitazione è stato fornito un finanziamento. L'articolo dice "Presupposto per la cancellazione del vincolo nel libro fondiario è comunque il pagamento del contributo di intervento, qualora non ancora versato, e di un ulteriore importo pari ad un massimo del 500 per cento della quota del contributo ...". Il punto è che nel testo originario c'erano un minimo e un massimo, era scritto "e un ulteriore importo pari ad un minimo del 25% e un massimo del 500%, adesso è rimasto solo "un massimo del 500%. Io non conosco legge che non fissi un ventaglio tra un minimo e un massimo, se non fissiamo il minimo, può essere anche zero. Allora secondo me la previsione del testo iniziale presentato dalla Giunta, che prevedeva un minimo del 25% e un massimo del 500%, deve essere reintrodotta. Con l'emendamento n. 16 noi proponiamo che si inseriscano la frase pari "a un minimo del 25% ed" e poi segue l'articolo così com'è.

Inoltre si dice che la possibilità di cancellazione del vincolo è esclusa per certi casi e l'ultima frase dice "La cancellazione è altresì esclusa per le abitazioni che non sono state legittimamente occupate per almeno 10 anni, salvo che il soggetto proprietario dimostri l'impossibilità ovvero l'estrema difficoltà effettiva e perdurante di occupare l'abitazione con una persona legittimata". Il nostro emendamento n. 17 è ritirato, mentre resta l'emendamento n. 18 che modifica questa frase, togliendo "ovvero l'estrema difficoltà", perché già qui siamo su un terreno fragile, ambiguo e si dice che si può cancellare il vincolo, però non se questa abitazione negli ultimi 10 anni non è stata occupata da una persona legittimata, a meno che non se ne dimostri l'impossibilità – e già questo è un termine un po' strano e in commissione è stato aggiunto – "ovvero estrema difficoltà" – ma cosa vuol dire? Credo che "estrema difficoltà" apra la porta a qualsiasi interpretazione e poi quindi a qualsiasi controversia davanti ai tribunali e a qualsiasi abuso, perché poi chi ha l'avvocato migliore dimostrerà l'estrema difficoltà e chi ha un avvocato scarso non ci riuscirà. In passato ci sono stati anche dei casi clamorosi, finiti sulla stampa, di qualcuno che si era costruito una casa lontano dal paese, quasi in montagna, con il contributo, l'aveva intestata come casa per residenti e poi, visto che a questa casa non arrivava quasi nemmeno la strada e d'inverno bisognava andarci con la motoslitte, ha dimostrato l'impossibilità di darla a un residente e quindi se l'è tenuta come seconda casa. È chiaro che qualcuno doveva capirlo, però per evitare abusi e anche privilegi almeno le parole "ovvero estrema difficoltà" propongo di cancellarle, lasciamo "dimostri l'impossibilità effettiva e perdurante di occupare l'abitazione con una persona legittimata".

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landesrat Theiner, ich bräuchte einen Moment Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe eine Frage, ob das nur in der Formulierung ein Fehler ist, oder ob es bewusst so ist. Im alten Gesetz hieß es, dass Personen, die seit mindestens fünf Jahren in einer Gemeinde des Landes ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz hatten. Also im alten Gesetz hieß es Wohnung oder Arbeitsplatz. Im Text des neuen Gesetzes ist es jetzt aber anders formuliert. Da heißt es, die seit fünf Jahren einen Wohnsitz in einer Gemeinde in Südtirol haben oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols. Also mit dieser Formulierung müsste man nicht mehr 5 Jahre Wohnung oder Arbeit haben, sondern es würde auch reichen wenn man jetzt in eine Gemeinde Südtirols kommt und eine Arbeit hat, dann würde man sofort das Anrecht bekommen. Es ist nun die Frage: Ist das bewusst so formuliert worden, oder ist das nur eine unglückliche Formulierung. Es gibt ja diesen Abänderungsantrag Nr. 8. Wir wären dafür, dass die bisherige Regelung beibehalten wird, dass man 5 Jahre ansässig sein muss oder 5 Jahre eine Arbeit haben muss, nicht dass man jetzt nach Südtirol kommt und eine Arbeit hat und somit sofort antragsberechtigt ist. Deshalb meine Frage an den Landtagspräsidenten: Was passiert, wenn beispielsweise eine der Abänderungsanträge vor dem Abänderungsantrag Nr. 8 angenommen wird, verfällt dann der Änderungsantrag Nr. 8 oder bleibt er aufrecht?

PRESIDENTE: L'emendamento n. 8 decade se vengono approvati gli emendamenti n. 1, 2, 3, 4, 5 o 6.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Eben. Dann müssten wir zu unserem Änderungsantrag einen Abänderungsantrag machen. Ich frage hier, ob das noch ginge. Wir möchten, dass dieser Punkt eingefügt wird, dass 5 Jahre Ansässigkeit oder 5 Jahre Arbeit gelten und nicht dass man jetzt kommt, eine Arbeit hat und sofort Anrecht hätte.

PRESIDENTE: All'inizio della trattazione di questa legge abbiamo detto che, vista la complessità e visto che molti emendamenti sono stati presentati dopo, si può eventualmente trasformare il vostro emendamento in un subemendamento.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir möchten, dass man die Worte einfügt: "oder seit mindestens 5 Jahren ihren Arbeitsplatz" bzw. dass man die alte Formulierung lässt: "dass man mindestens seit 5 Jahren einen Wohnsitz oder Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols hat." Beides geht mir gut.

PRESIDENTE: O potete sempre chiedere la votazione per parti separate, che è la soluzione migliore. La parola all'assessore Theiner, prego.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Kollege Knoll, wenn man den ganzen Artikel 79 liest, dann sehen Sie sehr wohl die Einschränkung, die auch heute schon gilt und aus Gründen des EU-Rechts eingefügt worden, dass nicht nur EU-Bürger sondern auch jene, die von außerhalb der Europäischen Union kommen, die hier in Südtirol einen Arbeitsplatz haben, haben den Anspruch, Wohnungen zu besetzen, die den Einheimischen vorbehalten sind. Nein, nicht 5 Jahre. Ansässigkeit 5 Jahre, Arbeitsplatz sobald sie in Südtirol einen Arbeitsplatz haben. Das ist die heutige Regelung. Auf Ihre konkrete Frage zu antworten, ist das nicht ein Lapsus, sondern es ist genau in der Substanz das, was heute auch schon im Artikel 79 steht.

Kollege Dello Sbarba, was Sie im Artikel 6 angeführt haben, genau das wollen wir beibehalten. Diese Begründung, es könnte hier zu einer möglichen Rechtsunsicherheit führen, ich glaube, hier ist die Frage das in der Durchführungsbestimmung klar zu formulieren. Wenn wir es nur so lassen würden, dann würde ich Ihnen Recht geben. Deshalb muss eben in der Durchführungsbestimmung das genau spezifiziert werden. Sie können sich erinnern, in der Diskussion, die wir in der Gesetzgebungskommission hatten, wo die Kollegen auch diese Begründung angeführt haben.

Ich möchte eine sprachliche Korrektur anbringen. Im Absatz 6 heißt es "Die Gemeinden erlassen eine Verordnung, in der die Überwachung der Wohnungen der Ansässigen geregelt wird und die Bedingungen festgelegt werden, unter denen die entsprechende Bindung gelöscht werden kann. Voraussetzung für die Löschung der Bindung im Grundbuch ist auf jeden Fall die Zahlung der Eingriffsgebühr, sofern diese noch nicht entrichtet wurde, und eines weiteren Betrages in Höhe von höchstens 500 Prozent jenes Teils der Ein-

griffsgebühr, welcher nach den Baukosten bemessen wird,". Da ersuche ich um eine sprachliche Korrektur, die Baukosten werden nicht von der Gemeinde festgelegt, die Baukosten werden ja von der Landesregierung festgelegt. Es geht hier um die Baukostenabgabe. Das ist Kompetenz der Gemeinde. Ich ersuche, dass diese Korrektur sprachlich angebracht wird. Also nicht Baukosten, sondern Baukostenabgabe.

Ich hätte noch den Wunsch einer getrennten Abstimmung und zwar im Artikel 38, Absatz 1. Da heißt es: "Wohnungen für in Südtirol Ansässige müssen von Personen besetzt werden, die keine andere im Sinne von Artikel 37 Absatz 1 geeignete Wohnung besitzen". Es soll getrennt über "keine andere" und "im Sinne von Artikel 37, Absatz 1" abgestimmt werden. Das wird im Wohnbaugesetz festgelegt und wir brauchen nicht zweimal die gleiche Definition.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Theiner, wir hätten die Möglichkeit, dass wir bei unserem Abänderungsantrag einfach diesen Passus streichen, dann würde die Formulierung lauten so wie im bisherigen alten Gesetz: "die zum Zeitpunkt der Besetzung für mindestens 5 Jahren ihren Wohnsitz oder Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben." Das ist die bisherige Formulierung im Gesetz. Das wäre unser Antrag, dass wir das bei unserem streichen.

PRESIDENTE: Se non ci sono altri interventi, la parola all'assessore Theiner. A posto! Allora passiamo alla votazione degli emendamenti all'articolo 38.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, che è sostitutivo con la votazione per parte separate del periodo "in einer Gemeinde Südtirols haben"/"in un Comune della provincia". E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 15 voti contrari e 5 astensioni.

Quindi anche la votazione della parte separatamente non ha senso e quindi decade.

Gli **emendamenti n. 2, n. 3 e n. 4** decadono in quanto di contenuto analogo.

Passiamo all'**emendamento n. 5**, presentato dall'assessore Theiner: Articolo 38, comma 1: Il comma 1 dell'articolo 38 è così sostituito: "1. Le abitazioni riservate ai residenti in provincia di Bolzano devono essere occupate da persone che non siano o i cui componenti il nucleo familiare non siano proprietari di un'abitazione adeguata al fabbisogno della famiglia e che al momento dell'occupazione dell'abitazione sono residenti da almeno 5 anni in un Comune della provincia o hanno il loro posto di lavoro in un Comune della provincia."

Artikel 38 Absatz 1: Artikel 38 Absatz 1 erhält folgende Fassung: "1. Wohnungen für in Südtirol Ansässige müssen von Personen besetzt werden, die selbst bzw. deren Familienmitglieder nicht Eigentümer einer dem Bedarf der Familie angemessenen Wohnung sind und die bei Besetzung ihren Wohnsitz in einer Gemeinde Südtirols seit mindestens 5 Jahren haben oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben." E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 9 astensioni.

Gli **emendamenti n. 6, n. 7 e n. 8** decadono perché di contenuti analoghi all'emendamento n. 1.

Passiamo all'**emendamento n. 9**, presentato dai consiglieri Tinkhauser, Oberhofer, Blaas e Zingerle: Articolo 38, comma 2: Il comma è soppresso.

Artikel 38 Absatz 2: Der Absatz wird gestrichen. E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 20 voti contrari e 1 astensione.

L'**emendamento n. 10** decade in quanto di contenuto analogo.

Passiamo all'**emendamento n. 11**, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 38, comma 2: Il comma è così sostituito: "2. Un alloggio riservato ai residenti della provincia può essere occupato dal rispettivo proprietario, a condizione che egli e i suoi familiari vi trasferiscano la residenza."

Artikel 38 Absatz 2: Absatz 2 erhält folgende Fassung: "2. Die Besetzung einer für Ansässige vorbehaltenen Wohnung durch den jeweiligen Eigentümer ist zulässig, sofern er und seine Familie in dieser Wohnung den Hauptsitz begründet." E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 16 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 12, presentato dall'assessore Theiner: Articolo 38, comma 2: Alla fine del comma 2 dell'articolo 38 è aggiunta la seguente frase: "Se quindi l'abitazione libera deve essere convenzionata, in cambio il vincolo esistente sull'abitazione che verrà occupata può essere cancellato."

Artikel 38 Absatz 2: Artikel 38 Absatz 2 wird am Ende mit folgendem Satz ergänzt: "Wenn die freie Wohnung dementsprechend konventioniert werden muss, kann im Gegenzug die bestehende Bindung auf der neu zu besetzenden Wohnung gelöscht werden." E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli, 4 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 13, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 38, comma 4: Dopo le parole "la sua residenza" è aggiunta la parola "effettiva".

Artikel 38 Absatz 4: Nach dem Wort "ihren" wird das Wort "effektiven" eingefügt. E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 16 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 14, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 38, comma 5: Alla fine del comma è aggiunto il seguente periodo: "Il Comune verifica in modo e a intervalli adeguati che l'utilizzo delle abitazioni sia conforme al presente comma."

Artikel 38 Absatz 5: Am Ende des Absatzes wird folgender Satz hinzugefügt: "Die Gemeinde überprüft in geeigneter Form und in geeigneten Zeiträumen die korrekte Nutzung der Wohnungen im Sinne dieses Absatzes." E' aperta la votazione: respinto con 6 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 15, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 38, comma 6: Le parole "pari ad un massimo" sono sostituite dalle parole "pari al".

Artikel 38 Absatz 6: Das Wort "höchstens" wird gestrichen. E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 16, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 38, comma 6: Dopo le parole "pari ad" sono inserite le parole "un minimi del 25 ed".

Artikel 38 Absatz 6: Nach den Wörtern "Betrages in Höhe von" werden die Wörter "mindestens 25 und" eingefügt. E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 19 voti contrari e 5 astensioni.

L'emendamento n. 17, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss sull'articolo 38, comma 6, è stato ritirato.

Emendamento n. 18, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss sull'articolo 38, comma 6: Le parole "ovvero l'estrema difficoltà sono soppresse.

Artikel 38 Absatz 6: Die Wörter ", beziehungsweise besonders schwer möglich" werden gestrichen. E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 21 voti contrari e 3 astensioni.

Emendamento n. 19, presentato dall'assessore Theiner: Articolo 38, comma 8: il comma 8 dell'articolo 38 è soppresso.

Artikel 38 Absatz 8: Artikel 38 Absatz 8 wird gelöscht. E' aperta la votazione: approvato con 26 voti favorevoli e 3 astensioni.

L'emendamento n. 20 decade.

Passiamo ora alla votazione dell'articolo 38 così emendato. Se non ci sono interventi passiamo alle votazioni sull'articolo 38. Ci sono due votazioni. Prima tutto l'articolo come è stato emendato con l'esclusione al comma 1 del periodo "ai sensi dell'articolo 37 comma 1", che verrà votato separatamente. Apro la votazione all'articolo 38: approvato con 17 voti favorevoli, 1 voto contrario e 11 astensioni.

Metto ora in votazione le parole "ai sensi dell'articolo 37, comma 1"/"im Sinne von Artikel 37 Absatz 1". E' aperta la votazione: respinta con 18 voti contrari e 12 astensioni.

Bevor wir weitermachen, möchte ich die die 2. Klasse Kochlehrgang der Berufsfachschule "Savoy" in Meran mit Frau Prof. Brigitta Schweigl begrüßen.

Passiamo ora all'articolo 39.

Art. 39

Abitazioni a prezzo calmierato

1. Il titolo abilitativo per la realizzazione di abitazioni a prezzo calmierato riservate ai residenti può essere rilasciato soltanto a condizione che il soggetto interessato si impegni ad adempiere agli obblighi connessi all'agevolazione e che autorizzi il Comune ad annotare il relativo vincolo nel libro fondiario. L'annotazione è richiesta dal Comune a spese del soggetto interessato.

2. I Comuni definiscono criteri ulteriori per l'occupazione delle abitazioni a prezzo calmierato, ove previsti ai sensi dell'articolo 19, comma 7. Si applica comunque quanto disposto dall'articolo 38.

Art. 39

Wohnungen mit Preisbindung

1. Die Genehmigung zur Errichtung von Ansässigen vorbehaltenen Wohnungen mit Preisbindung darf nur unter der Bedingung erteilt werden, dass der Interessent/die Interessentin die mit der Vergünstigung zusammenhängenden Verpflichtungen übernimmt und die Gemeinde er-

mächtigt, die entsprechende Bindung im Grundbuch anmerken zu lassen. Die Anmerkung wird von der Gemeinde auf Kosten des Interessenten/der Interessentin beantragt.

2. Die Gemeinden legen weitere Bedingungen für die Besetzung der Wohnungen mit Preisbindung fest, sofern solche im Sinne von Artikel 19 Absatz 7 vorgesehen sind. Artikel 38 ist auf jeden Fall anzuwenden.

Sono stati presentati 3 emendamenti e 1 subemendamento.

Collega Dello Sbarba prego a Lei la parola.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Naturalmente dei nostri due emendamenti resta solo il subemendamento che sostituisce l'emendamento n. 1.

Questo articolo riguarda un argomento importante, le abitazioni a prezzo calmierato, che è una delle novità di questa legge. In commissione noi avevamo presentato un emendamento, perché dicevamo che l'articolo sulle abitazioni a prezzo calmierato o almeno definiva esattamente cos'è questo prezzo calmierato, oppure resta un articolo insufficiente e incapace di produrre conseguenze e noi avevamo presentato un emendamento dettagliato su questa questione, avevamo approfondito anche con esperti tutto l'argomento. Da parte della maggioranza, in particolare dell'ass. Theiner, c'era stato il riconoscimento che effettivamente questo argomento andava approfondito, noi ovviamente abbiamo riproposto il nostro emendamento e abbiamo visto che l'ass. Theiner ha proposto un emendamento quasi identico, eccetto l'ultima frase e per evitare che si creassero situazioni come all'articolo 2, noi abbiamo presentato un subemendamento, visto che l'ultima frase non ci sembra quella decisiva. Nel nostro emendamento, che su 20 righe mantiene le prime 19 e sostituisce l'ultima frase nel senso dell'ass. Theiner, per cui è una proposta di recepimento della proposta dell'ass. Theiner per quanto riguarda l'ultima frase, partendo dal fatto che invece l'emendamento dell'ass. Theiner è esattamente – eccetto le ultime 5 parole, “si applica comunque l'art. 38” – identico al nostro e quindi siamo contenti di aver ispirato in commissione l'assessore e la Giunta a una precisazione di questo articolo nel senso da noi proposto. L'articolo ha 4 commi, di questi 4 commi, 3 commi proposti da noi sono stati ripresi in maniera identica dall'assessore, solo il comma 4, che è cambiato di 5 parole, siamo contenti di sostituirlo.

I primi 3 commi definiscono esattamente cosa significa abitazione a prezzo calmierato. Ripeto che la nostra critica all'art. 39 era “siamo d'accordo sulle abitazioni a prezzo calmierato, il problema è che se non si definiscono questi prezzi, se non si definisce esattamente cosa vuol dire prezzo calmierato, non sarà possibile applicare questo articolo. Allora con questo emendamento noi cerchiamo di definire qual è il prezzo calmierato e cos'è sia dal punto di vista dell'affitto, cioè cosa significa affitto a prezzo calmierato, sia dal punto di vista della vendita.

L'affitto a prezzo calmierato per noi è l'affitto previsto dal cosiddetto canone di locazione provinciale, che è fissato nella legge sull'edilizia agevolata nei casi in cui case agevolate vadano in affitto a terze persone che ne hanno diritto ed è quella famosa cifra in media di 6,7 euro a m², questo vuol dire 670 euro al mese per un appartamento di 100 m². Effettivamente rispetto al mercato di oggi è un affitto calmierato, quindi noi diciamo che case ad affitto calmierato deve significare l'affitto a canone provinciale di 6,7 euro a m², che a me sembra un affitto buono, tenendo conto del mercato in provincia di Bolzano, dove se uno va a cercare una casa sul mercato privato, gli viene richiesto un affitto quasi doppio, dai 1.000 euro in su per 100 m² nella città di Bolzano.

Nel comma 3 si fissa invece sempre un prezzo calmierato nel caso di vendita e allora la proposta è di prevedere che il prezzo di vendita dell'appartamento copra sostanzialmente il costo di costruzione, il costo dei terreni, delle materie prime, compreso il costo del lavoro, che confluiscono nella costruzione di queste case, cioè sono case non rivolte al profitto, alla speculazione, ma che hanno l'obiettivo di introdurre sul mercato case a prezzo ragionevole, ovviamente sarà possibile acquistarle a chi ne ha diritto e quindi non possono costituire oggetto di speculazione. Quindi chi le costruisce recupererà tutti i costi di costruzione e quindi il costo dei terreni, il costo di costruzione che è fissato dall'art. 79, gli oneri di urbanizzazione, le spese generali, incluse le spese per il progetto, i costi preliminari e di finanziamento, quindi vengono coperti tutti i costi, persino quelli di finanziamento, ma non di più. Ricordiamoci che queste case a prezzo concordato, ribassato, fanno parte del plusvalore di pianificazione, cioè un imprenditore può invece di pagare il plusvalore di pianificazione, mettere a disposizione, con un accordo con il Comune, case a prezzo concordato, quindi quell'imprenditore il profitto lo fa sul resto, ma questo è un servizio che lui fa alla comunità e quindi è giusto

che non sia un oggetto di speculazione e di profitto. Con questo nostro emendamento si definisce con precisione che cosa vuol dire affitto e acquisto della casa a prezzo calmierato, in modo tale che si crei un aggancio chiaro di legge per l'attuazione di questo importante articolo.

Il quarto comma riguardava il costo dei terreni, abbiamo visto che l'ass. Theiner non lo prevedeva e a questo punto anche noi concordiamo sul fatto di eliminarlo e siamo contenti che la nostra proposta fatta in commissione abbia ispirato la Giunta provinciale, tanto è vero che l'assessore ha proposto un emendamento identico e per ch  sia totalmente identico, abbiamo proposto questo subemendamento per aggiungere queste ultime 5 parole "si applica comunque l'art. 38", che l'assessore aveva aggiunto al testo dell'emendamento che noi avevamo proposto in commissione.

PRESIDENTE: Grazie, se non ci sono altri interventi la parola alla Giunta, assessore Theiner prego.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Gerade in Hinblick auf dieses Ziel, leistbares Wohnen, ist es ein sehr wichtiger Aspekt. Wie wir schon in der Gesetzgebungskommission diskutiert haben, ist es richtig, dass man es auch nochmals spezifiziert und dass man hier die Kriterien noch genauer festlegt. Wir stellen fest, dass die Landesregierung einen Abänderungsantrag gemacht hat, der identisch ist mit Ihrem Abänderungsantrag zum Änderungsantrag. Wir stimmen deshalb dafür, ansonsten würde ja unser Abänderungsantrag verfallen.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti e subemendamenti all'articolo 39.

Subemendamento n. 1.1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: L'emendamento Dello Sbarba-Foppa-Heiss viene cos  sostituito: L'articolo   cos  sostituito: "Articolo 39. 1. Il titolo abilitativo per la realizzazione di abitazioni a prezzo calmierato riservate ai residenti   rilasciato a condizione che il soggetto interessato si impegni, nell'atto unilaterale d'obbligo di cui all'articolo 38, comma 3, a percepire i prezzi di vendita e i canoni di locazione nella misura stabilita dalla Giunta provinciale d'intesa con il Consiglio dei Comuni. 2. Il canone di locazione non potr  superare l'ammontare del canone di locazione provinciale di cui all'articolo 7 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13. 3. Il prezzo di vendita   stabilito in base ai seguenti criteri: a) costo dei terreni; b) costo di costruzione di cui all'articolo 79; c) oneri di urbanizzazione; d) spese generali, ivi incluse le spese progettuali; e) costi preliminari e di finanziamento. 4. Il costo dei terreni non dovr  superare il 20 per cento del costo di costruzione."

„Art. 39. 1. Die Genehmigung für die Errichtung von Wohnungen mit Preisbindung für Ansässige unterliegt der Bedingung, dass sich der Interessent/die Interessentin in der einseitigen Verpflichtungserklärung im Sinne von Artikel 38 Absatz 3 verpflichtet, Verkaufspreise und Mieten gemäß einer von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden festgelegten Höhe einzuheben. 2. Die Höhe der Miete darf nicht den Landesmietzins gemäß Artikel 7 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, übersteigen. 3. Der Verkaufspreis wird anhand folgender Kriterien festgelegt: a) Kosten der Grundstücke; b) Baukosten gemäß Artikel 79; c) Erschließungskosten; d) Allgemeine Spesen, inklusive Projektspesen; e) Vorlauf- und Finanzierungskosten. 4. Die Kosten der Grundstücke dürfen nicht mehr als 20 Prozent der Baukosten betragen.“

E' aperta la votazione: approvato con 27 voti favorevoli.

Quindi non si votano tutti gli altri emendamenti e non si vota nemmeno l'articolo in quanto il subemendamento   sostitutivo dell'articolo.

Passiamo all'articolo 40.

TITOLO IV
STRUMENTI DI PIANIFICAZIONE
CAPO I

disposizioni generali
sulla pianificazione del territorio

Art. 40

Strumenti di pianificazione

1. La Provincia e i Comuni definiscono ed attuano le finalit  e le politiche della tutela del paesaggio, del contenimento del consumo di suolo nonch  del governo del territorio tramite gli strumenti di pianificazione.

2. Ai sensi della presente legge sono strumenti di pianificazione:

- a) il piano strategico provinciale (PSP);
- b) le linee guida per il paesaggio (LGP);
- c) il piano paesaggistico (PP);
- d) i piani di settore (PdS);
- e) il piano delle zone di pericolo (PZP);
- f) il programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio (PSCTP);
- g) il piano comunale per il territorio e il paesaggio (PCTP);
- h) i piani di attuazione (PdA).

3. L'elaborazione degli strumenti di pianificazione avviene nel rispetto dei principi di partecipazione, concentrazione e coordinamento dei procedimenti nonché di leale collaborazione delle amministrazioni interessate.

4. Qualora uno strumento di pianificazione preveda o modifichi vincoli paesaggistici di cui all'articolo 11, vincoli di inedificabilità su singoli immobili o vincoli preordinati all'esproprio, della delibera di adozione deve essere dato avviso ai soggetti proprietari nei modi di cui all'articolo 14 della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche. I soggetti proprietari possono presentare osservazioni entro i 30 giorni successivi al ricevimento dell'avviso.

5. Per gli strumenti soggetti a valutazione ambientale strategica (VAS) ai sensi dell'articolo 6 della legge provinciale 13 ottobre 2017, n. 17, il rapporto ambientale preliminare di cui all'articolo 7 della medesima legge è inviato al momento dell'avvio del procedimento di pianificazione. Il rapporto ambientale e la sintesi non tecnica vengono adottati contestualmente alla proposta di piano o programma; le consultazioni e il coinvolgimento dei Comuni limitrofi di cui all'articolo 11, comma 3, della predetta legge provinciale avvengono contemporaneamente alle consultazioni sul piano o programma adottato ai sensi della presente legge.

 IV. TITEL
 PLANUNGSINSTRUMENTE
 I. KAPITEL
 allgemeine Bestimmungen
 zur Raumplanung
 Art. 40
 Planungsinstrumente

1. Das Land und die Gemeinden bestimmen und befolgen mit den Planungsinstrumenten die Ziele und die politische Ausrichtung des Landschaftsschutzes, der Einschränkung des Bodenverbrauchs und der Raumentwicklung.

2. Planungsinstrumente im Sinne dieses Gesetzes sind:

- a) der Landesstrategieplan (LSP),
- b) das Landschaftsleitbild (LLB),
- c) der Landschaftsplan (LP),
- d) die Fachpläne (FPL),
- e) der Gefahrenzonenplan (GZP),
- f) das Gemeindeentwicklungsprogramm für Raum und Landschaft (GProRL),
- g) der Gemeindeplan für Raum und Landschaft (GPlanRL),
- h) die Durchführungspläne (DFPL).

3. Die Erarbeitung der Planungsinstrumente erfolgt unter Einhaltung der Grundsätze der Beteiligung, der Konzentration und Koordinierung der Verfahren und der loyalen Zusammenarbeit der interessierten Verwaltungen.

4. Wenn ein Planungsinstrument Landschaftsbindungen laut Artikel 11, Bauverbote betreffend einzelne Liegenschaften oder Bindungen in Hinblick auf eine Enteignung vorsieht oder ändert, muss der Beschluss über den Entwurf den Eigentümern/Eigentümerinnen der betroffenen Liegenschaften mit der Vorgangsweise mitgeteilt werden, die in Artikel 14 des Landgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, vorgesehen ist. Die Eigentümer/Eigentümerinnen können innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Mitteilung ihre Anmerkungen vorbringen.

5. Für die Planungsinstrumente, die gemäß Artikel 6 des Landesgesetzes vom 13. Oktober 2017, Nr. 17, der strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen werden müssen, wird der

Vorbericht im Sinne von Artikel 7 desselben Gesetzes bei Einleitung des Planungsverfahrens vorgelegt. Der Umweltbericht und die nicht technische Zusammenfassung werden zusammen mit dem Plan- oder Programmentwurf beschlossen und die Konsultation und Einbeziehung der Nachbargemeinden im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 des genannten Landesgesetzes erfolgen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Plan oder Programm im Sinne dieses Gesetzes.

All'articolo 40 sono stati presentati 8 emendamenti e un subemendamento.
La parola al consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Questo articolo apre un nuovo capitolo della legge, cioè gli strumenti di pianificazione e fa l'elenco dei vari piani, quindi c'è il Piano strategico provinciale, le linee guida per il paesaggio, il Piano paesaggistico, il Piano di settore, il Piano delle zone di pericolo, il programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio, il Piano comunale per il territorio e il paesaggio e i Piani di attuazione.

In commissione noi avevamo presentato un articolo 38-bis, che non possiamo riproporre in aula perché in aula non si possono aggiungere articoli nuovi. Questo 38-bis aveva avuto il consenso dell'assessore, poi per un equivoco non è stato votato dalla commissione e quindi ne riproponiamo i contenuti nell'art. 40 che parla in generale della pianificazione. Quello che ci sta a cuore è il tema dell'informazione dei cittadini e delle cittadine e della partecipazione. Ci sono state anche qui delle audizioni a cui abbiamo partecipato sia nella commissione, sia in aula e tutti gli esperti ci hanno detto che il tema della partecipazione e dell'urbanistica partecipata è un tema fondamentale della nuova urbanistica in tutta Europa, ci sono esperimenti, normative di legge nuove, anche varie Regioni italiane e vari Länder austriaci o tedeschi hanno inserito il tema della partecipazione, che deriva da lontano, dall'Agenda 21, dalle direttive europee, ma anche dalle Raccomandazioni dell'ONU sulla partecipazione. Quindi noi abbiamo pensato che in questa legge la partecipazione avesse ancora un ruolo subordinato, sostanzialmente veniva prevista nella forma tradizionale, cioè il progetto viene pubblicato, può essere consultato, si possono fare le osservazioni, i Comuni le raccolgono e poi le trasportano nella loro delibera, poi nella delibera della Giunta provinciale, eccetera. Invece dagli esperti che abbiamo consultato noi abbiamo sentito che la partecipazione è qualcosa di più, quando si parla di urbanistica partecipata si parla di procedure che rendono i cittadini, le associazioni e i portatori di interessi protagonisti anche della preparazione della pianificazione urbana anche attraverso strumenti innovativi come i laboratori, i forum, i focus group che alcune associazioni di categoria o anche associazioni di cittadini in provincia di Bolzano cercano di portare avanti. Mi ricordo il processo partecipativo portato avanti nel Comune di Bolzano per il Piano strategico 2015, un primo processo partecipativo nel Comune di Bolzano per il quartiere di Oltrisarco, che ha consentito ai cittadini di ridisegnare il proprio quartiere – vedo l'ex assessore della Giunta comunale di Bolzano, Roberto Bizzo, che ride perché poi il Comune purtroppo quelle indicazioni non le ha attuate, per questo io vorrei mettere in legge un vincolo, un peso più forte. Anche i Comuni di Malles e Silandro, diversi Comuni della Pusteria o della val d'Isarco hanno attivato processi grandi o piccoli di partecipazione che hanno portato dei risultati positivi. Per cui noi presentiamo un emendamento a questo articolo perché vorremmo introdurre il tema della partecipazione a processi pianificatori e proponiamo una serie di commi aggiuntivi. Il primo, il più importante, è il comma 3-bis dove proponiamo di scrivere "I Comuni promuovono l'informazione e la partecipazione delle cittadine e dei cittadini singoli o associati alla definizione degli obiettivi dello sviluppo del territorio, adottando, tramite un proprio regolamento, procedure adeguate, tra cui processi di progettazione partecipata e laboratori di urbanistica partecipata. La determinazione delle linee guida per il "Programma di sviluppo comunale territorio e paesaggio", il "Piano comunale territorio e paesaggio", i piani di attuazione e gli accordi di cui all'art. 20 della presente legge, sono sottoposti alle procedure di informazione e partecipazione dei/delle cittadini/e e delle associazioni interessate. I risultati delle attività d'informazione e partecipazione contribuiscono alla definizione dei contenuti degli strumenti di pianificazione. La Provincia sostiene i Comuni nel promuovere la partecipazione dei cittadini e può organizzare attività di formazione a supporto dei processi partecipativi". Noi prevedevamo dei finanziamenti, l'assessore ha detto che si possono vedere bene questi processi, però se i Comuni li vogliono fare, se li devono pagare, allora abbiamo tolto la previsione del finanziamento della Provincia perché effettivamente il Comune ha le sue risorse e può anche pagare in proprio i processi partecipativi.

Poi, dopo il comma 5 si propone di aggiungere i commi 6 e 7. Il comma 6 dice "La Giunta provinciale approva entro centottanta giorni dall'entrata in vigore della presente legge apposite linee guida per garantire

uniformi livelli partecipativi dei cittadini e delle cittadine, adeguati ai contenuti delle diverse tipologie degli atti pianificatori". Nel 3-bis abbiamo ancorato la partecipazione, abbiamo detto che i Comuni fanno un proprio regolamento, però con il comma 6, come atto di sostegno che la Provincia può fare, la Giunta può emanare linee guida per la partecipazione in modo che siano orientative anche per i Comuni.

L'ultimo emendamento riguarda l'accesso alle informazioni e con il nuovo comma 7 si prevede che "L'accesso alle informazioni ambientali e di partecipazione a scopo collaborativo riguardanti il piano o programma adottato sono garantite attraverso le procedure di cui all'art. 3-sexies del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152 (Codice ambientale)". Il codice ambientale del 2006 ci pareva un riferimento di legge molto importante che nella legge mancava, per questo ci sembra opportuno.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon im Gesetzgebungsausschuss mitgeteilt, dass wir in diesem Bereich, wenn es um Planungsinstrumente geht, einen Paradigmenwechsel brauchen. Es muss möglich sein, wenn wir von Partizipation reden, Partizipation auf allen Ebenen, nicht nur von Verbänden, nicht nur von Menschen, die vor Ort leben, sondern auch von jenen, die effektiv davon betroffen sind, die Grundeigentümer. Das kostet dem Land nichts. Das sind keine Förderungen. Es geht darum, dass wir auf Augenhöhe miteinander unser Land gestalten. Dass wir auf Augenhöhe gemeinsam festlegen, was wir schützen wollen, was wir gemeinsam für die Zukunft, für die zukünftigen Generationen erhalten wollen. Im Artikel 40 geht es um Bindungen, auch wenn es um Enteignungen geht, es geht um Bauverbot, es geht um Landschaftsschutzbindungen. Ich habe auf dem Änderungsantrag des Landesrates Theiner aufgebaut, wo der betroffene Grundeigentümer einen Lokalausweis beantragen kann und habe dem noch hinzugefügt, dass es notwendig ist, aufgrund der Erfahrungswerte draußen, dass bei diesem Lokalausweis auch ein Protokoll verfasst wird, auch wenn das Protokoll nicht einvernehmlich ist. Es muss von beiden unterzeichnet sein. Betroffenen Eigentümern haben die Erfahrung gemacht und die gesagt: ja, es gab einen Lokalausweis, aber sie hatten ein müdes Lächeln für mich übrig, für meine Anliegen und sind dann wieder gegangen. Ich habe geglaubt, ich wurde verstanden, aber das Protokoll, das ich nachher zugesandt bekommen habe, hat etwas ganz anderes ausgesagt. Deshalb ist das ganz, ganz wichtig. Es geht um den gegenseitigen Respekt, um die Grundhaltung des Respektes, der für alle gilt. Das gilt natürlich auch für die Betroffenen. Meiner Meinung nach in erster Linie für die Betroffenen. Ein ganz konkretes Beispiel dazu, wenn es hier um Bindungen geht, und wenn Linien gemacht werden und wenn Bannzonen ausgewiesen werden, das trifft meistens außerhalb der Siedlungsgrenze zu, so ist die Entwicklung eines landwirtschaftlichen Betriebes nicht mehr möglich bzw. nur unter sehr schwierigen Umständen bis die Abänderung einer Bannzone wieder gemacht werden kann. Wenn aber aufgrund eines gemeinsamen Lokalausweises draußen der bewirtschaftende Landwirt sagen kann, er möchte sich in einem Bereich erweitern, er möchte sein Wirtschaftsgebäude vergrößern, er möchte eine Garage dazu bauen, dann kann man das vorab ohne große Schwierigkeiten abklären. Sie wissen alle, Kolleginnen und Kollegen, einen Meter nach vorne oder einen Meter zurück, Landschaftsschutzzone oder Bannzone, das macht es nicht aus. Aber wesentlich sind ein gegenseitiges Akzeptieren, ein gegenseitiges Verständnis und ein gegenseitiger Respekt. Ich bin davon überzeugt, dass es sinnvoll ist, wenn diese Lokalausweise, diese Paradigmenwechsel, auch in diesem Gesetz für Land und Raum, dass wir hier die Betroffenen, neben den ganzen Verbänden, neben den Menschen, die vor Ort leben, auch in erster Linie mit hinein nehmen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Credo di avere ancora qualche minuto e volevo aggiungere qualcosa. Le esigenze che pone la collega Hochgruber Kuenzer sono legittime per cui il rispetto anche verso la persona che è coinvolta direttamente con i propri beni e proprietà, deve essere il massimo, per cui sentiremo cosa dice l'assessore rispetto al Suo subemendamento però noi abbiamo piena apertura verso queste cose. Si colloca a un altro livello rispetto a quello dei processi partecipativi perché una cosa sono i processi partecipativi di partecipazione, democratici e una cosa è il rispetto della persona, *l'habeas corpus*, lo chiamavano i Romani nel diritto romano, non solo il suo corpo, ma del corpo delle sua proprietà. Sono due livelli distinti e vanno rispettati e incrementati tutti e due e riconosco, al di là del dibattito filosofico che il rispetto per la persona è fondamentale, persona che ha una proprietà che viene coinvolta in progetti che possono modificarne l'assetto e che ha tutti i diritti di presentare le proprie proposte e di essere ascoltata.

Quello che volevo chiederLe, consigliera Hochgruber Kuenzer, e forse me lo può spiegare intervenendo una seconda volta, è la questione del verbale che i partecipanti devono sottoscrivere. Io sono abituato

che il verbale lo fanno i tecnici, non dovrebbe essere un contratto, quindi volevo chiederLe di spiegarlo meglio, perché se c'è una cosa di necessità e quella cosa va fatta e il terreno è adatto e questo è scritto sul verbale, non credo che il proprietario possa rifiutarsi di firmare il verbale. Probabilmente non vuole che venga messo un pilone lì, però se quel pilone va messo, il terreno è adatto e il verbale è della visita del *Lo-kalaugenschein* è oggettivo, come si fa a dire che non si può firmare? Qui ho qualche dubbio che però non mette in discussione l'assoluto rispetto che ci vuole verso la persona che è proprietaria dei beni, su questo non si discute.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich möchte zuallererst zum heutigen Artikel in der "FF" Stellung nehmen. Ich erlaube mir das, weil ich in keiner Weise in diesem Artikel erwähnt werde, weder negativ noch positiv, deshalb erlaube ich mir als jemand der in der vierten Legislaturperiode im Landtag sitzt eine kurze persönliche Stellungnahme. Dass die Chefredakteurin nicht gerade preisverdächtig ist, das wissen wir, also ganz den Durchblick hat sie hier nicht. Sie ist auch nie hier und kann deshalb nicht nachvollziehen, wie die Arbeiten im Landtag ablaufen. Aber dass sich Kolleginnen und Kollegen im Landtag in diesem FF-Artikel, in dem es darum geht, dass im Landtag nichts getan wird, dass alle nur hier herumlungern, dass alle nur Computerspielen oder sonst was, in diesem Artikel zitieren lassen und andere Kollegen abqualifizieren in einer ziemlich würdelosen und unkollegialen Art und Weise, das halte ich für problematisch. Ich bin für jeden politischen Kampf immer zu haben, aber dann wenn es um Inhalt geht. Wenn hier jemand aber den Schlaunen spielen will und ich spreche auch Kollegin Foppa an, das muss ich klar sagen, aber auch den Kollegen Köllensperger, die zufälligerweise jetzt beide nicht im Saal sind, dass man sich hier zitieren lässt, um den Rest des Landtages als Trottel, Spieler und Nichtstuer darzustellen, wobei Kollege Köllensperger eh noch korrekt geantwortet hat, das halte ich im höchsten Maße unkollegial und falsch. Das sind fake news, um es ganz klar zu sagen. Natürlich gibt der Landtag nicht immer das perfekte Bild ab - ich möchte das sagen, Herr Präsident -, aber ich glaube, wir arbeiten hier sehr wohl und die allermeisten Abgeordneten im Landtag sind sehr wohl imstande, hier eine ordentliche Arbeit zu erledigen. Damit abgeschlossen komme ich zum Gesetzentwurf.

Allein die Tatsache, dass bei diesem Gesetzentwurf mit 107 Artikeln 500 Änderungsanträge von verschiedensten Seiten, wo es keine Obstruktionsänderungsanträge gibt, sondern das sind Anträge, die Hand und Fuß haben, man kann zu denen inhaltlich stehen wie man will, aber es sind Anträge. 100 von der einen Seite, 100 von der anderen Seite, 50 von dieser Seite, 10 von jener Seite, usw. Das sind Anträge, ich habe mir sehr viele durchgesehen, die wirklich etwas verbessern wollen. Man kann denen zustimmen oder nicht zustimmen. Auch die Landesregierung verhält sich hier ganz korrekt, das muss ich sagen. Es gibt eine vernünftige Arbeitsbasis. Es kann natürlich auch in stundenlangen Sitzungen mal sein, dass der eine oder andere einen Konzentrationsabfall hat. Wir sind Menschen, keine Maschinen. Vielleicht sollten wir auch nicht immer öffentlich darstellen, dass wir perfekt funktionierende Politroboter sind. Wir sind Menschen, die auch ab und zu mal eine menschliche Handlung begehen. Ich lasse mir aber trotzdem nicht als Mitglied des Landtages weder von einem Wochenmagazin, noch von Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag unterstellen, dass wir hier nicht arbeiten und nur herumlungern und nur Computer spielen. Ich rede hier von den Abgeordneten der Mehrheit und der Opposition und nicht nur von denen der Opposition.

Zu den Anträgen. Ich denke, dass die Planungsinstrumente und das habe ich bereits in der Generaldebatte gesagt, zu viele sind. Wir haben einen Wildwuchs an Planungsinstrumenten. Ich hätte vorgeschlagen, Sie werden sagen, das ist dasselbe, dass wir die Planungsinstrumente tatsächlich reduzieren auf zwei Überplanungsinstrumente und die dann unterteilen in verschiedene Punkte. Das wäre, glaube ich, wenn schon sinnvoll. Was wir hier haben, ist eine sehr, sehr bürokratische Auflistung von Planungsinstrumentarien, Herr Landesrat. Das geht mir etwas zu weit. Wir haben alles einzelne Bereiche und einzelne Unterteilungen. Ich würde vorschlagen, dass man zuallererst den ersten Absatz dahingehend abändert, denn der ist mir zu wenig konkret auf die Zielsetzung abgestimmt. Erlauben Sie mir hier diesen Absatz noch einmal zu zitieren. "Das Land und die Gemeinden bestimmen und befolgen mit den Planungsinstrumenten die Ziele und die politische Ausrichtung des Landschaftsschutzes, der Einschränkung des Bodenverbrauchs und der Raumentwicklung." Ich würde das schon etwas weiter definieren. Man kann natürlich sagen, Zielsetzungen sind Schall und Rauch. Das halte ich aber trotzdem nicht so. Auch bei eventuellen juristischen Auseinandersetzungen sind Zielsetzungen sehr wohl inhaltlich Gegenstand der Bewertungen. Ich würde vorschlagen, die Planungsinstrumente von Land und Gemeinde dienen zur Umsetzung der Bestimmungen dieses Gesetzes insbesondere die Zielsetzungen gemäß Artikel 1 und Artikel 2. Da sind die Zielsetzungen drin, deshalb sind

die Planungsinstrumentarien in Umsetzung dieser Zielsetzungen. In Absatz 2 sind alle Planungsinstrumente aufgelistet. Strategieplan, LSP, LLB, LP, FPL. Das ist wie eine neue Parteienlandschaft für die nächsten Landtagswahlen, so klingt das. Vielleicht heißen die Parteien in Bulgarien oder Finnland so. LSP, LLB, LP, FPL, GZP, GProRL, GPlanRL, DFPL. Ich möchte es nicht lächerlich machen, mir ist schon klar, das sind die Abkürzungen. Wir hatten früher den guten alten LEROP, den Landesentwicklungs- und Raumordnungsplan. Hier sollte man die übergeordneten Plansetzungen und Pläne etwas reduzieren und zwar ganz einfach auf Landesraumordnungs- und Entwicklungsplan samt Fachplänen als einen Bereich. Ich würde den belassen. Er wurde leider ziemlich ausgehöhlt und wurde dann auch nie mehr wirklich erneuert, aber von der Begrifflichkeit her war der LEROP schon eine klare Ansage und Aussage. Ich würde diesen LEROP belassen mit den Fachplänen, dann noch den Gemeinderaumordnungs- und Entwicklungsplan samt Fachpläne und unterteilen in die verschiedenen Fachpläne. Das heißt nicht, dass die anderen verschwinden, sondern dass wir tatsächlich eine übergeordnete Gruppe haben und eine zweite der Übersichtlichkeit her. Sonst haben wir so viele einzelne Planungsinstrumentarien, die jeweils einen eigenen Status haben, sodass es doch etwas unübersichtlich zu werden droht. Technisch gesehen. Inhaltlich gesehen, ich habe mir diesen Antrag des Kollegen Dello Sbarba angesehen, der einen Absatz 3-bis vorsieht. "Die Gemeinden fördern Informations- und Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger ...", das halte ich durchaus für interessant. Ich denke sehr wohl, dass man das auch explizit erwähnen sollte. Dem werde ich zustimmen, weil ich glaube, dass das die Zukunft sein muss und kann, dass wir hier nur vermehrt die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen in die Planungsphasen für die Entwicklung des Landes, des Raumes auf Gemeinde- und Landesebene.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Nur noch kurz, Riccardo Dello Sbarba hat seine Zweifel zum Protokoll. Gedacht ist ein Ergebnisprotokoll. Es ist nicht das amtliche Protokoll, sondern es ist ein Ergebnisprotokoll, wo natürlich beide Seiten ihre Anmerkungen machen können, es muss nicht einvernehmlich sein, und wo man auch die eigene Argumentation hineinschreiben kann. Grundeigentümer beklagen sich, dass oft ihre Einwände überhaupt nirgends mehr zu finden sind. Um das geht es.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeit. Was Kollege vorhin in der Debatte ausgeführt hat im Hinblick auf die Berichterstattung, die in der FF stattgefunden hat. Kollege Pöder, es ist die unbenommen das Verhalten von einzelnen Abgeordneten, so wie Kollegin Foppa oder Kollege Köllensperger, zu kritisieren. Es ist wichtig, dass Kritik hier im Raum stattfindet. Ich glaube aber, dass Kollegin Brigitte Foppa hier bei der letzten Diskussion, die aufgegriffen wurde im Artikel der FF schon wesentliches gesagt hat. Sie hat genau das gesagt, was dir ein Anliegen ist. Sie hat gesagt, dass es wichtig ist, dass Debatten über Kernthemen des Südtiroler Landtages hier im Saal geführt werden sollen. Genau das Anliegen, das du immer anführst, Parlamentarisierung, das Parlament als Ort der öffentlichen freien Rede. Sie hat sich auch darüber beklagt, dass einzelne Kollegen zu Grundfragen hier nicht das Wort ergriffen haben. Das was bei dieser Sitzung das Thema. Die FF hat das aufgegriffen und daraus einen Artikel gemacht. Über die Qualität kann man streiten und auch über die Form der Stigmatisierung von Kollegen, die mit dem Tablet oder dem Handy herumoperieren, das scheint mir doch ein wenig zu sehr in Richtung Proskription zu gehen. Ich glaube schon, dass Kollegin Foppa etwas angesprochen hat, was wichtig ist. Das wollte ich nur in Erinnerung rufen.

PRESIDENTE: Collega Heiss, La prego di attenersi al tema.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): In persönlicher Angelegenheit. Ich möchte nur korrigieren. Ich habe die Frau Kollegin Foppa kritisiert. Zum Kollegen Köllensperger habe ich gesagt, dass er sich eh noch korrekt geäußert hat, indem er gesagt hat, dass die Benimmregeln nicht eingehalten werden und dass die Qualität der Arbeit verbessert werden könnte, wie es hier wiedergegeben wird, mehr Rechtsbeistand, usw. Ich habe also nicht beide kritisiert, ich habe explizit die Kollegin Foppa kritisiert, die sich hier benutzen lässt, um dem Rest des Landtages eine auszuwischen.

PRESIDENTE: Credo che sia sufficientemente chiarito. Se non ci sono altri interventi la parola alla Giunta, assessore Theiner prego.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Grundsätzlich zu den Planungsinstrumenten, wo aufgeworfen wurde, dass es jetzt mehr gäbe, muss ich sagen: Wir haben uns sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Es stimmt schon, Kollege Pöder, der LEROP war ein sehr umfangreiches Dokument. Es gibt aber Gründe, wieso er nie überarbeitet wurde. Auch von der Überlegung her, dass man sich anschaut, wie andere umliegende Regionen, Länder, Kantone vorgehen. Der Abgeordnete sagt, dass es vielleicht besser wäre, durchaus mit einfacheren Planungsinstrumenten, wo man nicht genau denselben Zweck erreicht aber wo man auch die Gewähr hat, dass sie entsprechend gehandhabt werden, zu arbeiten.

Was wirklich neu ist im Ganzen, ist das Gemeindeentwicklungsprogramm. Das Gemeindeentwicklungsprogramm, Kollege Dello Sbarba, ist in gewissermaßen das Herzstück vom Ganzen. Hier ist im Art. 50, Absatz 1-bis vorgesehen, wenn ich es richtig im Kopf habe, dass die Gemeindeverwaltung die Beteiligungsprozesse organisieren muss. Ich glaube, dass wir eine neue Qualität mit hinein bekommen. Wir haben gestern über die Tourismuspläne diskutiert, Kollege Heiss, Sie erinnern sich bestimmt noch. Wir sprechen heute über Tourismusentwicklung, wie das in den einzelnen Gemeinden gehandhabt wird und ich will nicht über die Gemeinden urteilen. Fragen Sie sich mal in ihrer jeweiligen Heimatgemeinde, wie groß die Einbindung war. Sie werden feststellen, dass nicht einmal die Gemeinderäte genau wissen was drinsteht, geschweige denn dass es hier eine breite Bürgerbeteiligung gibt. Wir wollten das auf Gemeindeebene zusammenfassen. Wir haben hier ein umfassendes Dokument, wir haben bewusst diese öffentliche Teilhabe festgeschrieben, aber das muss die jeweilige Gemeinde machen. Wir haben sehr viele Aussprachen mit dem Rat der Gemeinden geführt, die gesagt haben, es wäre nicht richtig, wenn wir z.B. als Landesverwaltung das im Detail regeln würden, wie das in der Gemeinde Bozen stattzufinden hat oder in der Gemeinde Jenesien, um zwei Beispiele zu nennen. Das müssen die Gemeinden selbst regeln. Wir sagen nur, sie müssen den Beteiligungsprozess gewährleisten. Natürlich braucht es in den Gemeinden entsprechende Vorarbeit, aber das Ganze funktioniert nur, wenn es gelingt, die Bevölkerung zu involvieren. Dann hat es auch den entsprechenden Mehrwert.

Ich möchte auf den Vorschlag vom Kollegen Dello Sbarba zurückkommen. Er hat sich die Antwort selbst schon gegeben. Codice ambientale, der gilt natürlich und der ist anzuwenden. Punkt! Es hat aber keinen Sinn, den codice ambientale aufzuzählen. Wir wissen, der ist anzuwenden, deshalb müssen wir ihn nicht nochmals genau aufzählen. Das Gesetz ist ohnehin schon umfangreich, dann würde es mit der Zeit immer schwieriger, einen Durchblick zu bewahren. Deshalb haben wir das nicht vorgesehen.

Der Abänderungsantrag der Kollegin Kuenzer ist ausführlich erläutert worden. Wir haben diesbezüglich auch schon im Gesetzgebungsausschuss diskutiert. Es ist korrekt, dass man zumindest im Protokoll festhält, was die Meinungen sind, sie müssen nicht geteilt werden, aber sie sollen im Protokoll festgehalten werden.

Insgesamt ist der Artikel 40 schon ausführlich gemacht, da haben Sie schon recht, Kollege Pöder. Auf der anderen Seite würde uns vorgeworfen werden, dass wenn wir die Planungsinstrumente nicht genau beschreiben, wäre das zuwenig. Nochmals das Herzstück vom Ganzen ist der Gemeindeentwicklungsplan. Ich möchte da etwas vorgreifen. Im Entwurf steht, dass ein Bauleitplan bleiben sollte, nicht so wie es heute ist, wo ich jetzt eine Änderung machen kann und demnächst wieder eine. Er hat eine Gültigkeit von 10 bis 15 Jahre und man kann den nicht punktuell ändern. Das hat dann auch eine ganz andere Valenz. Ich bin schon zuversichtlich, dass die Bevölkerung auf Gemeindeebene sich sehr interessieren wird, was in den Gemeindeentwicklungsplan hinein kommt. Da geht es nicht nur darum, wie vor Ort gebaut oder nicht gebaut wird, sondern auch wie das gemeinschaftliche Leben organisiert wird, wenn man so will, wie in einer Verfassung auf Gemeindeebene.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti all'articolo 40.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 40, comma 1. Il comma è così sostituito: "1. Con gli strumenti di pianificazione della Provincia e dei Comuni si attuano le disposizioni della presente legge, in particolare le finalità di cui agli articoli 1 e 2."

Artikel 40 Absatz 1. Der Absatz erhält folgende Fassung: "1. Die Planungsinstrumente von Land und Gemeinden dienen zur Umsetzung der Bestimmungen dieses Gesetzes, insbesondere der Zielsetzungen gemäß Artikel 1 und Artikel 2."

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 16 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 40, comma 2. Il comma è così sostituito: “2. Ai sensi della presente legge sono strumenti di pianificazione: a) il piano provinciale di sviluppo e coordinamento territoriale inclusi i piani di settore; b) il piano urbanistico comunale inclusi i piani di settore;”

Artikel 40 Absatz 2. Der Absatz erhält folgende Fassung: „2. Planungsinstrumente im Sinne dieses Gesetzes sind: a) der Landesraumordnungs- und Entwicklungsplan samt Fachplänen b) der Gemeinderaumordnungs- und Entwicklungsplan samt Fachplänen.“

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 20 voti contrari e 1 astensione.

Emendamento n. 3, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 40, comma 2-bis. Dopo il comma 2 è inserito il seguente comma: “2-bis. Per le rispettive competenze e per quanto compatibile con la presente legge, i piani di cui al comma 2 contengono indicazioni, linee guida, norme e aspetti specifici in merito ai seguenti ambiti: a) strategia urbanistica b) linee guida per il paesaggio c) settori specifici d) zone di pericolo e) tutela del paesaggio e delle acque f) programma di sviluppo comunale g) misure per la protezione della salute da emissioni e sostanze inquinanti h) piani di attuazione.“

Artikel 40 Absatz 2-bis. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt: „2-bis. Die Pläne laut Abs. 2 enthalten entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit und soweit mit diesem Gesetz vereinbar Angaben, Leitlinien, Bestimmungen und Einzelheiten zu folgenden Bereichen: a) Raumordnungsstrategie b) Landschaftsleitbild c) Fachbereiche d) Gefahrenzonen e) Landschafts- und Gewässerschutz f) Gemeindeentwicklungsprogramm g) Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit vor Emissionen und Umweltgiften h) Durchführungspläne.“

E' aperta la votazione: respinto con 8 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 40, comma 3-bis. Dopo il comma 3 è inserito il seguente comma: “3-bis. I comuni promuovono l'informazione e la partecipazione delle cittadine e dei cittadini singoli o associati alla definizione degli obiettivi dello sviluppo del territorio, adottando, tramite un proprio regolamento, procedure adeguate, tra cui processi di progettazione partecipata e laboratori di urbanistica partecipata. La determinazione delle linee guida per il “Programma di sviluppo comunale territorio e paesaggio”, il “Piano comunale territorio e paesaggio”, i piani di attuazione e gli accordi di cui all'art. 20 della presente legge, sono sottoposti alle procedure di informazione e partecipazione dei/delle cittadini/e e delle associazioni interessate. I risultati delle attività d'informazione e partecipazione contribuiscono alla definizione dei contenuti degli strumenti di pianificazione. La Provincia sostiene i Comuni nel promuovere la partecipazione dei cittadini e può organizzare attività di formazione a supporto dei processi partecipativi.”

Artikel 40 Absatz 3-bis. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz hinzugefügt: „3-bis. Die Gemeinden fördern Informations- und Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger, Einzelpersonen und Zusammenschlüsse zu den raumordnerischen Entwicklungszielen und führen dazu eine Verordnung ein, die gemeinsame Planungsprozesse oder offene Urbanistik-Workshops vorsieht. Die Festlegung der Leitlinien für das „Gemeindeentwicklungsprogramm“, für den „Gemeindeplan Raum und Landschaft“, für die Durchführungspläne und die Vereinbarungen gemäß Artikel 20 des vorliegenden Gesetzes wird den Informations- und Beteiligungsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger sowie die interessierten Verbände unterzogen. Die Ergebnisse der Informations- und Beteiligungstätigkeiten tragen zur Festlegung der Inhalte der Planungsinstrumente bei. Das Land unterstützt die Gemeinden bei der Förderung der Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger und kann Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Unterstützung von Beteiligungsverfahren organisieren.“

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 21 voti contrari e 1 astensione.

Passiamo al **subemendamento n. 5.1**, che sostituisce l'emendamento n. 5, presentato dalla consigliera Kuenzer: Articolo 40, comma 4. Alla fine del comma 4 dell'articolo 40 è aggiunta la seguente frase: “Inoltre possono richiedere un sopralluogo, il cui esito va formalizzato in un verbale che i partecipanti devono sottoscrivere.”

Artikel 40 Absatz 4. Artikel 40 Absatz 4 wird am Ende mit folgendem Satz ergänzt: „Sie können auch einen Lokalaugenschein beantragen, dessen Ergebnis in einem von den Beteiligten zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten ist.“

E' aperta la votazione: approvato con 28 voti favorevoli e 1 astensione.

L'emendamento n. 5 quindi non si vota perché è sostitutivo.

L'emendamento n. 6, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 40, comma 4-bis. Dopo il comma 4 è inserito il seguente comma: "4-bis. Se il soggetto proprietario esprime osservazioni o chiede modifiche, l'organo competente a livello provinciale o comunale comunica al soggetto proprietario entro ulteriori 30 giorni le relative misure. Se le osservazioni o le richieste di modifica non vengono considerate, l'ufficio competente a livello provinciale o comunale è tenuto a motivare la sua scelta."

Artikel 40 Absatz 4-bis. Nach Absatz 4 wird folgender Absatz eingefügt: „4-bis. Erhebt der Eigentümer/die Eigentümerin Einwände oder verlangt er/sie Änderungen, so teilt das zuständige Landes- bzw. Gemeindeorgan dem Eigentümerin/der Eigentümerin innerhalb von weiteren 30 Tagen die entsprechenden Maßnahmen mit. Werden Einwände und Änderungsanträge nicht berücksichtigt, muss dies von der zuständigen Landes- bzw. Gemeindebehörde begründet werden.“

E' aperta la votazione: respinto con 6 voti favorevoli, 17 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 7, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 40, comma 6. Dopo il comma 5 è aggiunto il comma 6: "6. La Giunta provinciale approva entro centottanta giorni dall'entrata in vigore della presente legge apposite linee guida per garantire uniformi livelli partecipativi dei cittadini e delle cittadine, adeguati ai contenuti delle diverse tipologie degli atti pianificatori."

Artikel 40 Absatz 6. Nach Absatz 5 wird folgender Absatz hinzugefügt: „6. Innerhalb von hundertachtzig Tagen ab Inkrafttreten dieses Gesetzes genehmigt die Landesregierung eigene Richtlinien, um je nach Inhalt der verschiedenen Planungsmaßnahmen einheitliche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.“

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 5 astensioni.

Emendamento n. 8, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 40, comma 7. Dopo il comma 6 è aggiunto il comma: "7. L'accesso alle informazioni ambientali e di partecipazione a scopo collaborativo riguardanti il piano o programma adottato sono garantite attraverso le procedure di cui all'art. 3-sexies del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152 (Codice ambientale)."

Artikel 40 Absatz 7. Nach Absatz 6 wird folgender Absatz hinzugefügt: „7. Der Zugang zu den Informationen über den Zustand der Umwelt und zur Beteiligung und Zusammenarbeit mit Bezug auf den genehmigten Plan oder das genehmigte Programm wird nach den Verfahren gemäß Art. 3-sexies des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3. April 2006, Nr. 152 (Umweltkodex) gewährleistet.“

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Se non ci sono interventi, passiamo alla votazione dell'articolo 40.

E' aperta la votazione: approvato con 19 voti favorevoli e 9 astensioni.

Passiamo all'articolo 41.

Art. 41

Sospensione dei titoli abilitativi in attesa di un piano

1. Dalla data di adozione di qualsiasi strumento di pianificazione o di modifica dello stesso fino alla relativa entrata in vigore, è sospeso ogni titolo abilitativo per interventi che siano in contrasto con le determinazioni adottate; la sospensione non può tuttavia durare più di due anni.

Art. 41

Aussetzung der Genehmigungen in Erwartung eines Planes

1. Vom Tag der Beschlussfassung des Entwurfs oder der Änderung jeglichen Planungsinstruments bis zum Tag seines Inkrafttretens ist jede Genehmigung für Eingriffe ausgesetzt, welche in Widerspruch zum Beschlussinhalt stehen; die Aussetzung darf jedoch nicht länger als zwei Jahre dauern.

E' stato presentato un'emendamento del collega Pöder, a Lei la parola.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich möchte nochmals zur FF-Thematik Stellung zu nehmen. Kollege Dello Sbarba hat mich auf etwas aufmerksam gemacht, was korrekt ist. Den im ersten Zorn abgegebene Schuss möchte ich etwas korrigieren. Der Artikel ist nicht von der Kollegin Foppa provoziert worden, die Thematik ist von der Zeitung ausgegangen und auch die Fotos wurden von ihr gemacht. Die

Aussagen wurden dazu benutzt, um diese Thematik über uns auszuleeren. Kollegin Foppa, das ist nun mal so, das stimmt schon, dass das nicht von Ihnen provoziert wurde.

PRESIDENTE: Collega Pöder, La prego di attenersi all'emendamento.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Hier steht: die "Aussetzung der Genehmigungen in Erwartung eines Planes". Ich frage mich, wenn wir hier eine zweijährige Aussetzung haben, Herr Landesrat, ob diese zwei Jahre nicht doch etwas übertrieben sind. Wenn ich mir das in der Praxis vorstelle, die zwei Jahre sind die Obergrenze, das ist mir klar, aber wenn ich sehe dass vom Tag der Beschlussfassung des Entwurfes oder der Änderung jegliches Planungsinstrument bis zum Tag seines Inkrafttretens ist jede Genehmigung für Eingriffe ausgesetzt, welche im Widerspruch zum Beschlussinhalt stehen. Zwei Jahre lang! Das bedeutet dann definitiver Stillstand. Bevor die Beschlussfassung folgt, erfolgt ein "run", das werden alle verrückt, und dann erfolgen maximal 2 Jahre Stillstand. Ich würde das Maximum auf 1 Jahr festlegen. Vielleicht gibt es aber eine gute Begründung dafür.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Wir haben vorhin festgehalten, dass die entsprechende Partizipation gewährleistet werden soll. Sie haben es richtig gesagt, das ist die Höchstgrenze. Es wird im Normalfall wesentlich weniger sein. Wir halten aber diese Höchstgrenze von 2 Jahren angemessen.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti.

L'emendamento n. 1, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 41, comma 1. Le parole "due anni" sono sostituite dalle parole "un anno".

Artikel 41 Absatz 1. Die Wörter "zwei Jahre" werden durch die Wörter "ein Jahr" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 8 voti favorevoli, 14 voti contrari e 4 astensioni.

Passiamo all'articolo 41. E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli, 1 voto contrario e 11 astensioni.

Passiamo all'articolo 42.

CAPO II
PIANIFICAZIONE PROVINCIALE
Art. 42
Piano strategico provinciale

1. Il piano strategico provinciale (PSP), da approvarsi con legge provinciale, è lo strumento di pianificazione con il quale la Provincia definisce, coerentemente con le strategie europee e nazionali, gli obiettivi per assicurare lo sviluppo e la coesione territoriale, per garantire la riproducibilità, la qualificazione e la valorizzazione delle risorse paesaggistiche, territoriali, ambientali, sociali, culturali, economiche, agricole e forestali nonché per accrescere la competitività del sistema territoriale provinciale. Il PSP stabilisce gli indirizzi e le direttive della pianificazione di settore per assicurare la realizzazione delle finalità di cui all'articolo 2.

2. Gli elementi costitutivi del piano strategico provinciale sono:

a) la relazione illustrativa dello stato di fatto;

b) la definizione dei principi fondamentali per il coordinato sviluppo socio-economico e culturale della popolazione nel territorio provinciale, nonché la definizione dei principi per assicurare un indirizzo coordinato al governo del territorio;

c) la definizione degli obiettivi e degli strumenti per l'attuazione del piano e l'elenco degli ambiti e settori per i quali sono previsti piani di settore.

II. KAPITEL
PLANUNG DES LANDES
Art. 42
Landesstrategieplan

1. Der mit Landesgesetz zu genehmigende Landesstrategieplan (LSP) ist das Planungsinstrument, mit dem das Land im Einklang mit den europäischen und staatlichen Strategien die Ziele

festlegt, um die Entwicklung und den territorialen Zusammenhalt zu gewährleisten, die Erneuerung, die Qualitätssicherung und die Aufwertung der Landschafts-, Gebiets-, Umwelt-, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und land- und forstwirtschaftlichen Ressourcen zu garantieren, sowie die Wettbewerbsfähigkeit Südtirols zu steigern. Der LSP setzt Vorgaben und Richtlinien für die Fachplanung, damit die Ziele laut Artikel 2 erreicht werden.

2. Bestandteile des Landesstrategieplanes sind:

a) der erläuternde Bericht zum Ist-Stand,

b) die Festlegung der Grundsätze für eine geordnete soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Bevölkerung Südtirols sowie der Grundsätze zur Gewährleistung einer koordinierten Ausrichtung der Raumentwicklung,

c) die Festlegung der Ziele und der Mittel für die Durchführung des Planes und das Verzeichnis der Bereiche und Sektoren, für die Fachpläne vorgesehen sind.

Sono stati presentati due emendamenti che ai sensi dell'art. 97-quater del regolamento interno verranno trattati congiuntamente.

Collega Dello Sbarba, a Lei la parola.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Qui c'è l'elenco di una serie di elementi costitutivi del Piano strategico provinciale, in questi Piani strategici provinciali è obbligatorio anche il rapporto ambientale per la VAS, la valutazione ambientale strategica. L'assessore dice che è *selbstverständlich*, che è già previsto, visto che però si elencano anche un'altra serie di documentazioni che dovrebbero essere ovvie, io credo che sia importante che questa cosa sia scritta, cioè che debba essere allegato anche il rapporto ambientale per la VAS.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Kollege Dello Sbarba, was Sie vorgeschlagen haben, das ist wirklich wie wir schon gesagt haben im UVP-Gesetz festgeschrieben. Wir möchten nicht, dass alles doppelt und dreifach gesagt wird. Das gilt selbstverständlich und ist anzuwenden. Das brauchen wir hier nicht nochmals anführen.

Der Vorschlag von Andreas Pöder findet unsere Zustimmung.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione **dell'emendamento n. 1**, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 42, comma 1. Dopo le parole "e forestali" sono inserite le parole ", mettere a disposizione alloggi economicamente accessibili".

Artikel 42 Absatz 1. Nach den Wörtern "zu garantieren" werden die Wörter ",leistbaren Wohnraum bereitzustellen" eingefügt.

E' aperta la votazione: approvato con 19 voti favorevoli, 2 voti contrari e 3 astensioni.

Passiamo **all'emendamento n. 2**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 42, comma 2, lettera d). Dopo la lettera c) è aggiunta la seguente lettera: "d) il rapporto ambientale ai fini della VAS."

Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe d). Nach dem Buchstaben c) wird folgender Buchstabe hinzugefügt: "d) der Bericht zu den Umweltauswirkungen hinsichtlich der SUP."

E' aperta la votazione: respinto con 5 voti favorevoli, 14 voti contrari e 6 astensioni.

Passiamo ora alla votazione dell'articolo 42. E' aperta la votazione: approvato con 13 voti favorevoli e 9 astensioni.

Passiamo all'articolo 43.

Art. 43

Procedimento di approvazione del piano strategico provinciale

1. Il progetto del piano strategico adottato dalla Giunta provinciale è pubblicato sulla Rete Civica dell'Alto Adige presso l'amministrazione provinciale e nelle sedi dei Comuni.

2. La data di pubblicazione è resa nota mediante avviso nel Bollettino Ufficiale della Regione e sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Il progetto del piano è pubblicato per almeno 30 giorni. Entro 90 giorni dalla data di pubblicazione gli enti e le associazioni interessate possono presentare ai Comuni o alla Giunta provinciale osservazioni e proposte intese a migliorare il piano.

3. Entro il termine perentorio di 120 giorni dalla data di pubblicazione i Comuni esprimono il loro parere motivato sul progetto del piano, tenendo presenti le osservazioni e proposte ricevute.
4. Contemporaneamente alla pubblicazione ai sensi del comma 1, il progetto del piano è inviato al Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, affinché quest'ultimo formuli, entro il termine perentorio di 120 giorni, eventuali osservazioni ai sensi dell'articolo 21 del decreto del Presidente della Repubblica 22 marzo 1974, n. 381.
5. La Giunta provinciale, sentita la Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio, approva il piano, tenuto conto delle osservazioni, delle proposte e dei pareri di cui al comma 3. Il piano approvato e il relativo disegno di legge sono trasmessi al Consiglio provinciale.
6. Alla scadenza di dieci anni dall'entrata in vigore del piano strategico, la Giunta provinciale, sentiti gli organi consultivi competenti in materia, sottopone al Consiglio provinciale la delibera di conferma del piano o, qualora intenda adeguarlo a nuove esigenze, procede in tal senso secondo le disposizioni del presente articolo.

Art. 43

Verfahren zur Genehmigung
des Landesstrategieplanes

1. Der von der Landesregierung beschlossene Planentwurf wird im Südtiroler Bürgernetz bei der Landesverwaltung und in den Sitzen der Gemeinden zur Einsichtnahme veröffentlicht.
2. Der Zeitpunkt, ab dem der Planentwurf veröffentlicht ist, wird durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Region und im Südtiroler Bürgernetz bekanntgegeben. Der Planentwurf wird für mindestens 30 Tage veröffentlicht. Innerhalb von 90 Tagen ab dem ersten Tag der Veröffentlichung können die daran interessierten Körperschaften, Vereine und Verbände bei den Gemeinden oder bei der Landesregierung Einwände und Vorschläge zur Verbesserung des Planes einbringen.
3. Innerhalb der Ausschlussfrist von 120 Tagen ab dem ersten Tag der Veröffentlichung geben die Gemeinden ihre begründete Stellungnahme zum Planentwurf ab, wobei sie auf die eingebrachten Einwände und Vorschläge Bezug nehmen.
4. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung laut Absatz 1 wird der Planentwurf dem Ministerium für Infrastruktur und Verkehr übermittelt, damit es innerhalb der Ausschlussfrist von 120 Tagen die allfälligen Anmerkungen im Sinne von Artikel 21 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 22. März 1974, Nr. 381, machen kann.
5. Nach Anhören der Landeskommission für Raum und Landschaft beschließt die Landesregierung den Plan unter Erwägung der Einwände, Vorschläge und Stellungnahmen laut Absatz 3. Der beschlossene Plan und der entsprechende Gesetzentwurf werden dem Landtag übermittelt.
6. Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Planes unterbreitet die Landesregierung nach Anhören der fachlich zuständigen Beratungsorgane den Beschluss zur Bestätigung des Plans dem Südtiroler Landtag oder sie verfährt nach den Bestimmungen dieses Artikels, falls sie beabsichtigt, den Plan neuen Gegebenheiten anzupassen.

Sono stati presentati quattro emendamenti.

La parola al collega Pöder, prego.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich bin der Meinung, dass hier der Absatz 4 gestrichen werden sollte. Ist der Planentwurf von irgendeinem staatlichen Gesetz vorgesehen? Wenn es ohnehin vorgesehen ist, dann brauchen wir es nicht hineinschreiben. Ich würde ja nicht in ein Landesraumordnungs-gesetz hinein schreiben, dass wir irgendwelche Planungsinstrumentarien vorsehen, wenn es von staatlichen Regelungen schon vorgesehen ist. Dann müssen wir es eh tun. Dann brauchen wir es nicht in unser Gesetz schreiben. Es heißt ja nicht, dass wir es dann nicht tun möchten, sondern wir müssen uns nicht selbst in irgendeiner Weise auferlegen, dass wir das dem Infrastrukturenministerium, ich glaube, Kollege Köllensperger, das ist das Toninelli-Ministerium, das Infrastrukturenministerium – übermitteln müssen. Wenn das so-wieso im Staatsgesetz steht, dann brauchen wir das nicht im Landesgesetz. Ich würde deshalb diesen Absatz streichen.

Im Absatz 5 steht "Nach Anhören der Landeskommission für Raum und Landschaft beschließt die Landesregierung den Plan ..." also das wurde von den Grünen des Öfteren vorgeschlagen, dass die zuständige Gesetzgebungskommission miteingebunden wird. Auch hier sollte man die Landtagskommission mit einbeziehen. Warum nicht? Das ist ja kein großes Problem, wenn die zuständige Landtagskommission zumindest angehört wird, die hat ja kein bindendes Gutachten abzugeben. Das wäre nicht vinkulierend sondern eine Anhörung. Deshalb denke ich, dass das sehr wohl angebracht wäre. In der zuständigen Landtagskommission sitzen im besten Falle auch jene Abgeordneten, die von den verschiedenen Fraktionen dazu auserkoren sind, gerade diese Interessen zu überprüfen und auch in diesem Interessensbereich zu wirken, weil sich jene Abgeordnete in diesem Interessensbereich vielleicht besser auskennen oder sich für Raum und Landschaft mehr engagieren wollen. Ich denke, deshalb sollte, wenn wir hier eine Anhörung der Landeskommission für Raum und Landschaft vorsehen, eine Anhörung auch der zuständigen Landtagskommission vorgesehen werden. Da fällt kein Zacken aus der Krone, wenn man das tut. Es ist nichts anderes als eine Anhörung in der Entwicklungsphase.

Ich würde einen Absatz 7 hinzufügen, denn hier geht es um ein sehr wichtiges Planungsinstrument. Ich weiß schon, dass bisher diese Überarbeitungszeiträume auch nur Schall und Rauch waren, trotzdem sollte es Überarbeitungszeiträume geben. Es sollte nicht einfach so bestimmt sein, dass wenn es braucht, dann überarbeiten wir das, sondern es sollte einen Maximalwert geben, 20 Jahre zum Beispiel, ein Maximalwert, nach dem dann eine Überarbeitung stattfinden muss. Da fällt auch kein Zacken aus der Krone, wenn man sich eine gewisse Regelmäßigkeit auferlegt. 20 Jahre wären schon ordentlich. Das heißt ja nicht, dass in kürzeren Zeiträumen nicht auch eine Überarbeitung stattfinden kann.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): A noi sembra che vada specificato nel comma 3 che cosa vuol dire "Entro il termine perentorio di 120 giorni dalla data di pubblicazione i Comuni esprimono il loro parere motivato sul progetto del piano, tenendo presenti le osservazioni e proposte ricevute". Trattandosi del Piano strategico provinciale, quindi del quadro generale entro cui poi si colloca tutta la pianificazione, noi proponiamo che le parole "i Comuni" siano sostituite dalle parole "i consigli comunali", cioè che il Piano strategico provinciale vada discusso dal consiglio comunale e che il consiglio comunale dia un suo parere motivato, anche perché il Comune intanto ha recepito le osservazioni e le proposte sul piano e quindi credo che questo sia proprio un atto che debba fare il consiglio comunale perché si tratta di approvare l'atto fondamentale di pianificazione provinciale entro cui poi anche le decisioni dei Comuni si devono collocare. Quindi i Comuni raccolgono le proposte e le osservazioni dei cittadini e il consiglio comunale in una discussione dà un parere.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Zum Abänderungsantrag des Kollegen Dello Sbarba. Für uns ist klar, dass das der Gemeinderat ist. Wir haben nur der Einfachheit halber geschrieben Gemeinde oder Land, ansonsten ist für uns klar, dass das der Gemeinderat ist.

Zum Kollegen Pöder. Sie sagen, dass man den Absatz 4 streichen sollte. Im heutigen Gesetz steht auch schon, dass der LEROP dem zuständigen Amt übersandt werden muss. Ich kann versichern, mit Abklärung des zuständigen Ministerium in Rom wurde darauf auch sehr großer Wert gelegt, dass hier das Prozedere diesbezüglich festgehalten wird. Es ist inhaltlich gleich wie mit dem LEROP. Der Strategieplan wird an das zuständige Ministerium geschickt und er muss auch vom zuständigen Ministerium genehmigt werden.

Was den Landtag anbelangt, wenn Sie den Absatz 5 anschauen, ist das schon vorgesehen. Ich glaube nicht, dass es unbedingt notwendig ist, zweimal dem Landtag vorzulegen.

Hingegen was Absatz 7 anbelangt, ...

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): *(unterbricht)*

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Das liegt dann beim Landtages zu sagen, wir möchten hier zum Landesstrategieplan entsprechende Diskussionen führen. Das ist auch absolut richtig und ich glaube, das wird der Landtag auch beantragen.

Was hingegen den Vorschlag anbelangt, dass nach 20 Jahren der Landesstrategieplan überarbeitet werden muss, glaube ich, dass das richtig ist. Wir haben vorgesehen, dass er einmal verlängert werden kann, aber es ist nicht vorstellbar, dass man ein so grundsätzliches Dokument wie den Landesstrategieplan

einfach alle 10 Jahre verlängert. Das würde zu weit führen. Die Gesellschaft ändert sich zu stark, als dass man hier nicht verpflichtet wäre, den Strategieplan dementsprechend anzupassen. Wir brauchen nur denken, was vor 20 Jahren war und in den letzten 20 Jahren passiert ist. Deshalb ist das richtig, und ich würde vorschlagen, den Abänderungsantrag anzunehmen.

PRESIDENTE: Passiamo ora alle votazioni degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 43, comma 3. Le parole "i Comuni" sono sostituite dalle parole "i Consigli comunali".

Artikel 43, Absatz 3. Die Wörter "die Gemeinden" werden durch die Wörter "die Gemeinderäte" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 9 voti favorevoli, 15 voti contrari e 2 astensioni.

Passiamo **all'emendamento n. 2**, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 43, comma 4. Il comma è soppresso.

Artikel 43 Absatz 4. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Passiamo **all'emendamento n. 3**, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 43, comma 5. Dopo le parole "Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio" sono inserite le parole "e la commissione competente del Consiglio provinciale".

Artikel 43 Absatz 5. Nach den Wörtern "Raum und Landschaft" werden die Wörter "und der zuständigen Landtagskommission" eingefügt.

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 16 voti contrari e 4 astensioni.

Passiamo **all'emendamento n. 4**, presentato dal consigliere Pöder: Articolo 43, comma 7. Dopo il comma 6 è aggiunto il seguente comma: "7. Al più tardi alla scadenza di 20 anni dall'entrata in vigore del piano strategico va eseguito un nuovo procedimento di pianificazione e approvazione ai sensi delle disposizioni di cui al presente articolo."

Artikel 43 Absatz 7. Nach Absatz 6 wird folgender Absatz hinzugefügt: "7. Spätestens 20 Jahre nach Inkrafttreten des Plans ist ein neues Planungs- und Genehmigungsverfahren nach den Bestimmungen dieses Artikels durchzuführen."

E' aperta la votazione: approvato con 26 voti favorevoli.

Passiamo ora all'articolo 43 così emendato. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Per riprendere la questione dei Comuni, che cosa vuol dire "i Comuni", io prendo atto che Lei dice "per noi "i Comuni" vuole dire "consiglio comunale", però dal punto di vista normativo – chiedo anche all'ufficio legale – quando io parlo di "Comune" senza specificare niente o "Provincia" io intendo l'ente e per ente quindi io ho come interlocutore il titolare giuridico dell'ente, che per la Provincia è il presidente della Giunta provinciale e per il Comune è il Sindaco, quindi sono gli organi esecutivi. Quando si dice "Comune" non è così ovvio che si intenda consiglio comunale. Su questo ho discusso e litigato – poi aveva ragione lui – con l'ex presidente Durnwalder, perché io dicevo che l'organo supremo della Provincia era il Consiglio provinciale e lui si è arrabbiato e ha detto che se Parlavamo di Provincia, l'organo supremo era lui, perché era il legale rappresentante. Allora io ero presidente del Consiglio e insieme al dott. Peintner, il precedente segretario generale, siamo andati a vedere la normativa ed effettivamente aveva ragione Durnwalder, perché quando si parla di Provincia e di Comune si parla di ente, non si parla degli organi, quindi io temo che nel comma 3 la parola "Comuni" possa essere inteso come giunta comunale o sindaco e non consiglio comunale.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): In der Gemeindeordnung werden die jeweiligen Kompetenzen festgelegt. Wir haben hier mit den Durchführungsbestimmungen die Möglichkeit das zu regeln, sollte es Zweifel geben. Für uns hat es diesbezüglich nie Zweifel gegeben, dass das der Gemeinderat ist. Es würde keinen Sinn machen, wenn der Bürgermeister eine Stellungnahme abgibt. Um diese Zweifel auszuräumen, werden wir das so festhalten.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'articolo 43.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 10 astensioni.

Passiamo all'articolo 44.

Art. 44

Pianificazione paesaggistica

1. La Provincia assicura che tutto il territorio sia adeguatamente conosciuto, salvaguardato, pianificato e gestito in ragione dei differenti valori paesaggistici espressi dai diversi contesti che lo costituiscono.

2. La pianificazione paesaggistica:

a) effettua la ricognizione del territorio mediante l'analisi delle sue caratteristiche paesaggistiche, impresse dalla natura, dalla storia e dalle loro interrelazioni;

b) analizza le dinamiche di trasformazione del territorio ai fini dell'individuazione dei fattori di rischio e degli elementi di vulnerabilità del paesaggio, nonché effettua la comparazione con gli altri atti di programmazione, di pianificazione e di difesa del suolo;

c) delimita, in considerazione delle caratteristiche morfologiche del territorio, determinati ambiti paesaggistici, definisce per ciascun ambito specifiche prescrizioni d'uso e di gestione e determina adeguati obiettivi di qualità;

d) effettua la ricognizione di aree compromesse o degradate e determina gli interventi di recupero e riqualificazione nonché altri interventi di valorizzazione paesaggistica ed ecologica nell'ottica di uno sviluppo sostenibile.

3. La pianificazione paesaggistica è sovraordinata agli altri strumenti di pianificazione e avviene tramite:

a) le linee guida per il paesaggio;

b) il piano paesaggistico.

Art. 44*Landschaftsplanung*

1. Das Land gewährleistet, dass das gesamte Gebiet Südtirols je nach den unterschiedlichen Landschaftswerten der jeweiligen Gegenden angemessen erforscht, bewahrt, in Plänen erfasst und verwaltet wird.

2. Die Landschaftsplanung:

a) erfasst das Gebiet durch eine Analyse des Landschaftscharakters, der durch die Natur und die Geschichte und durch deren Zusammenwirken geprägt ist,

b) analysiert die Dynamiken der Gebietsumwandlung zur Bestimmung der Risikofaktoren und der Empfindlichkeit der Landschaft und vergleicht sie mit anderen Maßnahmen zur Programmierung, zur Planung und zum Bodenschutz,

c) grenzt je nach der morphologischen Beschaffenheit des Gebietes bestimmte Landschaftsbe-
reiche ab, erlässt für jeden dieser Bereiche gezielte Nutzungs- und Verwaltungsvorschriften und legt angemessene Qualitätsziele fest,

d) erfasst die beeinträchtigten oder geschädigten Flächen und ermittelt die Eingriffe zur Wiedergewinnung und Neugestaltung sowie andere Eingriffe zur landschaftlichen und ökologischen Aufwertung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

3. Die Landschaftsplanung ist den anderen Planungsinstrumenten übergeordnet und erfolgt durch:

a) das Landschaftsleitbild,

b) den Landschaftsplan.

Non ci sono emendamenti. E' aperta la votazione: approvato con 19 voti favorevoli e 6 astensioni. Passiamo all'articolo 45.

Art. 45

Linee guida per il paesaggio

1. Le linee guida per il paesaggio (LGP) definiscono, sulla base di analisi dello stato di fatto, gli obiettivi di sviluppo a livello provinciale e le misure per la loro realizzazione con riguardo alla protezione, alla valorizzazione e allo sviluppo della natura e del paesaggio in riferimento ai diversi contesti paesaggistici del territorio provinciale.

2. Le linee guida per il paesaggio determinano gli indirizzi vincolanti e i contenuti minimi dei piani paesaggistici.

3. Per l'approvazione delle linee guida per il paesaggio si applica il procedimento di cui all'articolo 49.

Art. 45

Landschaftsleitbild

1. Das Landschaftsleitbild (LLB) legt aufbauend auf der Situationsanalyse die Entwicklungsziele auf Landesebene fest sowie die Maßnahmen für deren Erreichung in Hinsicht auf Schutz, Aufwertung und Entwicklung von Natur und Landschaft bezogen auf die verschiedenen Landschaftseinheiten Südtirols.

2. Das Landschaftsleitbild legt verbindliche Vorgaben und die Mindestinhalte für die Landschaftspläne fest.

3. Auf die Genehmigung des Landschaftsleitbildes wird das Verfahren laut Artikel 49 angewandt.

C'è un'emendamento, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 45, comma 3. Il comma è così sostituito: "3. per l'approvazione delle linee guida per il paesaggio si applica il procedimento di cui all'articolo 43".

Artikel 45 Absatz 3. Der Absatz erhält folgende Fassung: "3. Auf die Genehmigung des Landschaftsleitbildes wird das Verfahren laut Artikel 43 angewandt."

Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Si tratta delle linee guida del paesaggio, cioè dell'attuale Piano paesaggistico, il livello più alto di pianificazione del campo paesaggistico e si tratta di definire la procedura per l'approvazione del Piano paesaggistico, delle linee guida per il paesaggio. Qui si rimanda all'articolo 49, che è l'articolo sui Piani di settore, questi vengono approvati con procedura semplificata, sostanzialmente con una prevalenza dell'esecutivo, cioè della Giunta provinciale. I Piani di settore vengono esposti, si raccolgono le osservazioni poi i Comuni esprimono il loro parere e poi la Giunta provinciale, sentiti gli organi competenti, delibera e approva il Piano, cioè la procedura di approvazione del Piano di settore è la procedura più riservata alla Giunta rispetto alle altre procedure.

Io penso che affidare sostanzialmente nelle mani della Giunta, come se fosse un piano di settore, le linee guida del paesaggio, sia riduttivo e non rispetti nel concreto il fatto che il paesaggio è un bene costituzionalmente tutelato. Se io approvo con procedure semplificate e riservate prevalentemente all'esecutivo il piano sovrano sul paesaggio, la procedura è di grado inferiore rispetto per esempio al Piano comunale o al Piano provinciale strategico e allora dov'è la prevalenza costituzionale del paesaggio, se approvo le linee guida del paesaggio con una procedura che è inferiore dal punto di vista della complessità, della partecipazione democratica, del ruolo dei Parlamenti rispetto addirittura al Piano urbanistico? Io qui vedo una sottovalutazione del paesaggio rispetto all'urbanistica se la affidiamo alla procedura dei piani di settore che fa quasi tutto la Giunta provinciale. Le linee guida del paesaggio non sono un piano di settore e questo è importante perché poi dopo, come dice sempre, assessore, quando noi criticiamo il fatto che il paesaggio è andato sotto le ruote, "no, perché nell'articolo X c'è scritto che la pianificazione paesaggistica è sovraordinata a tutte le altre pianificazioni". Ma allora anche le procedure di approvazione della pianificazione paesaggistica devono essere sovraordinate a tutte le altre, deve essere una procedura rafforzata, una procedura costituzionale, se invece io dico la pianificazione paesaggistica, le linee guida in questo caso, sono sovraordinate a tutti gli strumenti, ma la pianificazione paesaggistica me la approvo io a casa mia, allora introduco una procedura di secondo grado, di grado inferiore all'approvazione del Piano paesaggistico. Per cui a mio parere legare la procedura di approvazione delle linee guida del paesaggio a quella dei Piani di settore è contraddittorio con lo status costituzionale del paesaggio e quindi annulla la prevalenza della pianificazione paesaggistica su tutte le altre, perché le altre hanno una procedura di più alto livello e quindi alla fine succederà che la Giunta provinciale adatterà le linee guida del paesaggio.

Voi proponete di rimandarla all'articolo 49, invece io propongo di rimandarla all'articolo 43, cioè la procedura di approvazione del Piano strategico provinciale. Ci sono due strumenti grossi, il paesaggio e l'urbanistica, l'urbanistica si fa con la procedura di cui all'art. 43, quindi una procedura rafforzata e se sono almeno allo stesso livello allora anche il piano paesaggistico deve essere approvato con la stessa procedura rafforzata del Piano strategico dell'urbanistica. E invece voi me lo fate approvare come se fosse un piano di

settore, ma il piano di settore è subordinato all'urbanistica, quindi la procedura che voi individuate per approvare le linee guida del paesaggio non rende ragione del livello addirittura sovraordinato del paesaggio sull'urbanistica, perché gli applicate una procedura che è subordinata e che è di valenza democratica molto inferiore e lo mettete nelle mani della Giunta provinciale come se fosse il Piano delle piste da sci.

Noi proponiamo che per l'approvazione delle linee guida per il paesaggio si applichi il procedimento identico a quello dell'approvazione del Piano strategico provinciale per il settore urbanistico, perché così almeno li mettiamo allo stesso piano anche a livello di procedure perché se la pianificazione paesaggistica è sovraordinata, deve avere una procedura di approvazione che sia forte, non debole come se fosse un piano di settore.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass wir jetzt inhaltlich zu dieser Diskussion kommen. Da geht es nicht um die Wertigkeit, wie man vermuten könnte, sondern hier geht es um autonomiepolitische Belange. Vorhin hat Andreas Pöder die Frage aufgeworfen, wieso der Landesstrategieplan nach Rom geschickt werden muss und auch vom zuständigen Ministerium genehmigt werden muss. Wir wollen nichts verheimlichen. Nicht dass es dann heißt, der Theiner hätte alles so dargestellt, als ob wir hier über alles schaffen könnten. Das ist auch im Autonomiestatut so vorgesehen in Bezug auf den LEROP. Anstelle des LEROP tritt der Landesstrategieplan. Wenn wir die selbe Prozedur machen würden, auch hier im Zusammenhang mit Art. 45, Landschaftsleitbild, dann würden wir, wo wir eigentlich autonomiepolitische Zuständigkeiten haben, dieselbe aufgeben und würden das nach Rom schicken und fragen, ob sie uns das genehmigen. Das brauchen sie uns nicht genehmigen. Hier haben wir autonomiepolitische Zuständigkeit. Es geht hier um diesen Aspekt. Den Landesstrategieplan müssen wir nach Rom schicken, es ist keine Frage ob wir wollen, sondern aufgrund des Autonomiestatuts müssen wir das und er muss vom zuständigen Ministerium genehmigt werden. Hingegen, wenn wir zu Art. 45 kommen, das Landschaftsleitbild nicht! Das ist dann wie ein Fachplan. Das hat nichts mit der höher gestellten verfassungsrechtlichen Position zu tun, das hängt einzig und allein damit zusammen, wo haben wir autonome Zuständigkeiten und wo nicht. Deshalb auch die unterschiedliche Prozedur. Ich glaube es würde autonomiepolitisch einen riesigen Aufschrei geben, wenn wir das auch wiederum nach Rom schicken würden, wobei wir nicht dazu verpflichtet sind. Das würde niemand verstehen. Wir erkennen an und das ist richtig, ich sage es bei jeder Gelegenheit, verfassungsrechtlich hat Landschaftsschutz einen höheren Stand. Das wird nie in Zweifel gestellt. Auch wir in unserem Gesetz betonen das immer wieder. Das ist ganz klar. Nur was jetzt das Prozedere anbelangt, wollen wir hier ganz klar unterscheiden. Wir mussten das immer mit vier Ministerien abklären, auch hier haben sie im ersten Moment gefragt, wieso wir das so machen. Wir haben es erklärt, dann wurde es von den Rechtsämtern studiert und akzeptiert. Es geht also nicht darum, dass wir dem Landschaftsschutz nicht die richtige Stellung beimessen, sondern wir sagen nur, dass wir hier unsere autonomiepolitische Kompetenz haben.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione **dell'emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 17 voti contrari e 7 astensioni. Passiamo quindi all'articolo 45. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Qui si fa riferimento a una normativa nazionale, al decreto del Presidente della Repubblica, allora rispetto a quello che Lei ha detto, assessore, io ho due risposte. La prima è questa: se noi abbiamo, come abbiamo, la competenza, potevate formulare una procedura analoga a quella del piano strategico senza il passaggio dell'invio a Roma per il parere. Individuavate tutta la procedura rafforzata meno il passaggio da Roma, invece avete preferito affidare le linee guida al paesaggio a una procedura debole come quella dei Piani di settore.

La seconda osservazione è che anche le *Durchführungsbestimmungen*, le norme di attuazione, visto che sono strumenti potenti, passano attraverso un'intesa con il Governo, eppure le usiamo alla grande.

Terzo punto: io leggo l'art. 21 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381, ma intanto si tratta di osservazioni, non mi sembra che siano vincolanti, che si possa dire che qui Roma deve approvare, noi raccogliamo le osservazioni del Ministero e osservazioni riferite soprattutto ad alcuni campi che sono limitati. Lo leggo: I Piani urbanistici provinciali e i Piani territoriali di coordinamento sono approvati con legge provinciale. I progetti di Piano devono essere inviati al Ministero dei lavori pubblici, il quale formula entro i termini stabiliti con legge provinciale eventuali osservazioni a scopo di coordinamento, sentito il Consiglio superiore dei lavori

pubblici anche per il territorio dei Comuni di cui al primo comma, eccetera, per quanto riguarda le esigenze della difesa nazionale. Fa delle osservazioni per quanto riguarda le esigenze della difesa nazionale sui Piani urbanistici, sui Piani paesaggistici non so che osservazioni può fare sulle esigenze di difesa nazionale. Poi dice "I Piani urbanistici di grado subordinato sono approvati con deliberazione della Giunta provinciale" e poi basta. Quindi non raccontiamo storie, a me non risulta che il Piano strategico provinciale debba essere approvato da Roma. Noi dobbiamo raccogliere le osservazioni del Ministero dei lavori pubblici, tra l'altro stabiliamo noi entro quando le deve fare e sono eventuali, non sono neanche obbligatorie, se il Ministero vuole fare un'osservazione la fa, altrimenti può anche non farla. Quindi non sono vincolanti, sono eventuali osservazioni a scopo di coordinamento per quanto riguarda le esigenze della difesa nazionale.

Non mi risulta che la procedura di approvazione del Piano strategico provinciale comporti il fatto che Roma debba approvare il nostro Piano strategico provinciale. Siamo matti? Fa delle osservazioni per eventuali elementi che riguardino la difesa nazionale e per evitare queste osservazioni, noi affidiamo a una procedura debole come quella dei Piani di settore, tutta affidata alla Giunta provinciale le linee guida del paesaggio? Come motivazione non la capisco, non diamo a Cesare quello che a Cesare non spetta. A Roma non spetta approvare il nostro Piano strategico provinciale!

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Sie haben recht. Sie machen die Anmerkungen. Wenn wir es so machen würden, wie Sie es hier vorschlagen, dann würde das gleiche passieren. In allen anderen Regionen nur nicht bei uns ist es so, dass das in Form einer Co-Planung passiert und das wollen wir nicht. Wir wollen hier unsere autonome Zuständigkeit wahren. Wir brauchen es nicht nach Rom schicken. Sie sagen, wir hätten auch andere Prozeduren machen können, das ist natürlich klar, aber Sie haben auf Art. 43 verwiesen. Wir wollten nicht etwas Eigenes erfinden, sondern wir haben gesagt, das wird bei uns genehmigt wie ein Fachplan. Die Herstellung, das steht dann wiederum in Art. 47, wo es heißt der Landschaftsplan steht über den anderen Planungsinstrumenten. Mir liegt viel an der Feststellung, nicht dass wir hier die Landschaftsplanung an Wert schmälern möchten, sondern das was auf Staatsebene durch die Verfassung gilt, das wird hier ausdrücklich anerkannt. Wir möchten nicht Rom involvieren, wo es aufgrund des Autonomiestatuts nicht erforderlich ist.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione dell'articolo 45.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 12 astensioni.

Ich möchte die Klasse 2A des Sprachgymnasiums in Bozen mit Frau. Prof. Margarita Mair begrüßen, ein herzliches Willkommen!

Passiamo all'articolo 46.

Art. 46

Piano paesaggistico

1. Il piano paesaggistico (PP) riguarda il territorio comunale o ambiti sovracomunali. Contenuti del piano sono:

a) l'individuazione e rappresentazione degli immobili e delle aree assoggettate a tutela paesaggistica di cui agli articoli 11 e 12;

b) la delimitazione e rappresentazione delle aree agricole e naturali di cui all'articolo 13, in considerazione delle esigenze dell'utilizzo agro- e silvicolturale;

c) la definizione di specifiche prescrizioni di tutela e d'uso per gli immobili e le aree di cui alla lettera a);

d) l'individuazione delle misure indispensabili per il corretto inserimento, nel contesto paesaggistico, degli interventi di trasformazione del territorio;

e) l'individuazione delle aree soggette a tutela ai sensi degli articoli 12 e 13, nelle quali la realizzazione di interventi può avvenire previo accertamento, nell'ambito del procedimento ordinario al rilascio del titolo edilizio, della conformità degli interventi medesimi alle previsioni agli strumenti di pianificazione paesaggistica;

f) l'individuazione delle aree gravemente compromesse o degradate nelle quali la realizzazione degli interventi volti al recupero e alla riqualificazione non richiede il rilascio dell'autorizzazione paesaggistica di cui agli articoli 64 e seguenti.

Art. 46

Landschaftsplan

1. Der Landschaftsplan (LP) bezieht sich auf das Gemeindegebiet oder übergemeindliche Bereiche. Er beinhaltet:

- a) die Ausweisung und Darstellung der Liegenschaften und Gebiete, die im Sinne der Artikel 11 und 12 unter Landschaftsschutz gestellt sind,
- b) die Abgrenzung und Darstellung der Natur- und Agrarflächen laut Artikel 13, unter Berücksichtigung der Erfordernisse land- und forstwirtschaftlichen Nutzung,
- c) die spezifischen Schutzbestimmungen und Nutzungsvorschriften für die Liegenschaften und Gebiete laut Buchstabe a),
- d) die Maßnahmen, die für eine angemessene Einbettung von Gebietsumwandlungseingriffen in die Landschaft unbedingt erforderlich sind,
- e) die Ausweisung der gemäß den Artikeln 12 und 13 unter Schutz gestellten Gebiete, in denen Maßnahmen nach Feststellung ihrer Übereinstimmung mit den Vorgaben der Landschaftsplanungsinstrumente im Rahmen des gewöhnlichen Verfahrens zur Erteilung der baulichen Eingriffsermächtigung durchgeführt werden können,
- f) die Ausweisung schwer beeinträchtigter oder geschädigter Gebiete, in denen für Maßnahmen, die auf Wiedergewinnung und Neugestaltung ausgerichtet sind, keine landschaftsrechtliche Genehmigung laut Artikel 64 und folgende erforderlich ist.

Ci sono **due emendamenti**, presentati dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 46, comma 1, lettera b). Le parole ", in considerazione delle esigenze dell'utilizzo agro- e silvicolturale" sono soppresse.

Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe b). Die Wörter "unter Berücksichtigung der Erfordernisse land- und forstwirtschaftlichen Nutzung," werden gestrichen.

Articolo 46, comma 1, lettera c). Alla fine della lettera è aggiunto: "e b)".

Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe c). Am Ende des Buchstabens wird "und b)" eingefügt.

Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Qui siamo sempre al piano paesaggistico e se ne specificano i contenuti. Alla lettera b) si dice "la delimitazione e rappresentazione delle aree agricole e naturali di cui all'articolo 13, in considerazione delle esigenze dell'utilizzo agro- e silvicolturale". Mi domando cosa ci stia a fare la seconda parte della frase, nel piano paesaggistico bisogna disegnare le aree agricole e naturali, non capisco che cosa cambi in questo disegno in base alle esigenze dell'utilizzo agro- e silvicolturale. Nel piano paesaggistico le aree agricole saranno definite come aree agricole, le aree naturali come aree naturali, questo "in considerazione delle esigenze dell'utilizzo agro- e silvicolturale" è una finalizzazione che non ha niente a che vedere con il Piano paesaggistico nel senso della cartografia e della delimitazione delle aree, semmai è l'utilizzo delle aree e allora è l'urbanistica che entra e allora uno dice "mettiamoci le esigenze dell'utilizzo economico delle aree". Ma nel momento in cui io faccio il piano paesaggistico e devo disegnare le aree, quella è area agricola, per cui noi proponiamo di eliminarlo. Poi "la definizione di specifiche prescrizioni di tutela e d'uso per gli immobili e le aree di cui alla lettera a)" e la lettera a) era l'individuazione e rappresentazione degli immobili e delle aree assoggettate a tutela paesaggistica di cui agli articoli 11 e 12, ma nel testo originale c'era scritto "di cui alla lettera a) e alla lettera b)" e la lettera b) era "della aree agricole e naturali". Il senso dell'articolo è "Il piano paesaggistico individua gli immobili, le aree sotto tutela, le aree naturali, le aree agricole e ne definisce le prescrizioni d'uso", ma come si fa a eliminare le aree agricole dalle prescrizioni d'uso? Allora a cosa serve la delimitazione? Cosa individuo a fare nel piano paesaggistico le aree agricole naturali se questa descrizione non può corrispondere anche a specifiche prescrizioni di tutela e di uso? Allora è inutile, è come cancellare la lettera b), perché si dice "io individuo nel Piano paesaggistico le aree di cui alla lettera a) e di cui alla lettera b), cioè le aree agricole, però le prescrizioni le faccio solo sulla lettera a) e quindi è inutile che individui la lettera b). Togliere la lettera b) amputa il Piano paesaggistico, cioè dice "Le aree agricole e naturali sono fuori dalle prescrizioni del Piano paesaggistico" e secondo me non ha senso, su tutte le aree il Piano paesaggistico dà prescrizioni, poi può essere la prescrizione "fatte cosa vi pare" perché quell'area non è problematica, non è sotto tutela, non ha problemi, ma dire "io sul piano paesaggistico fotografo il territorio, però il Piano paesaggistico può agire solo su una

parte del territorio", allora perché devo fotografare tutto il territorio? È come abolire la lettera b) del Piano paesaggistico, cioè quello che riguarda le aree agricole e naturali.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Herr Kollege! Im ersten Abänderungsantrag heißt es: "unter Berücksichtigung der Erfordernisse land- und forstwirtschaftlichen Nutzung," werden gestrichen. Das verstehe ich jetzt nicht. Das muss ich ganz offen sagen. Der Landschaftsplan bezieht sich auf das Gemeindegebiet oder übergemeindliche Bereiche. Er beinhaltet a) die Ausweisung und Darstellung der Liegenschaften und Gebiete, die im Sinne der Artikel 11 und 12 unter Landschaftsschutz gestellt sind, b) die Abgrenzung und Darstellung der Natur- und Agrarflächen laut Artikel 13, unter Berücksichtigung der Erfordernisse land- und forstwirtschaftlichen Nutzung. Ich glaube, das ist wohl wesentlich. Oder?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(senza microfono)*

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Im zweiten Änderungsantrag sagen Sie: Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe c). Die spezifischen Schutzbestimmungen und Nutzungsvorschriften für die Liegenschaften und Gebiete laut Buchstabe a).

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(senza microfono)*

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Dann muss man nochmals den ganzen Sinn erklären. Worauf bezieht sich der Landschaftsplan? Nochmals, hier haben wir "a) die Ausweisung und Darstellung der Liegenschaften und Gebiete, die im Sinne der Artikel 11 und 12 unter Landschaftsschutz gestellt sind." Das haben wir geklärt. Dann "b) die Abgrenzung und Darstellung der Natur- und Agrarflächen laut Artikel 13, unter Berücksichtigung der Erfordernisse land- und forstwirtschaftlichen Nutzung." Und dann "c) die spezifischen Schutzbestimmungen und Nutzungsvorschriften für die Liegenschaften und Gebiete laut Buchstabe a).

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(senza microfono)*

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Darüber haben wir in der Gesetzgebungskommission ja ausführlich diskutiert. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir uns auf a) beschränken. Und wir stehen auch dazu!

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, è stato ritirato.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 15 voti contrari e 8 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 46. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Solo su queste due lettere a) e b), voglio che rimanga a verbale. Noi proponevamo di ripristinare il testo così come approvato dalla Giunta, che comportava la citazione sia delle aree sotto tutela degli articoli 11 e 12, sia delle aree agricole e naturali dell'articolo 13 e ovviamente non ha senso individuarle se non è possibile fare indicazioni e prescrizioni. A noi sembrava, proprio anche tecnicamente ragionevole che la lettera c) dicesse la definizione di specifiche indicazioni sia sulla parte a) che sulla parte b), cioè sia sulle aree comprese nella parte a) che sulle aree comprese nella parte b) e quando la commissione lo ha cancellato, non su Sua proposta, ha me sembrava che Lei non fosse così felice. Lei ha detto: *"Wir haben uns geeinigt, vielleicht habt ihr euch resigniert an dieser Lösung."*

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Kollege Dello Sbarba, da hat niemand resigniert. Es stimmt, die Landesregierung hat ursprünglich a) und b) vorgesehen. Aber aufgrund einer umfangreichen Diskussion, die wir in der Gesetzgebungskommission hatten, haben wir uns dazu durchgerungen, dass wir heute beim status quo bleiben. Auch heute ist es so, dass wir im Landschaftsplan die geschützten Gebiete geregelt haben.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione dell'articolo 46. E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 11 astensioni.

Passiamo all'articolo 47.

Art. 47

*Procedimento di approvazione
del piano paesaggistico*

- 1. Per l'approvazione del piano paesaggistico si applica il procedimento di cui all'articolo 52, ad eccezione dei commi 1 e 3.*
- 2. Il procedimento di approvazione del piano paesaggistico o della relativa variante è avviato dal direttore/dalla direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio. Il procedimento di approvazione della variante del piano paesaggistico può essere avviato anche su iniziativa della Giunta comunale.*
- 3. Per la individuazione e la disciplina degli insiemi di cui all'articolo 11, comma 1, lettera b), si applica il procedimento di cui all'articolo 59. L'approvazione della variante spetta comunque sempre al Consiglio comunale.*
- 4. Qualora il Comune non provveda all'adozione del piano paesaggistico entro il termine previsto all'articolo 52, comma 6, il piano si intende tacitamente adottato.*
- 5. Qualora il Comune accetti il parere di cui all'articolo 52, comma 5, senza riserve o non si pronunci entro il termine previsto, il piano viene approvato definitivamente dall'assessore/assessor provinciali competente.*
- 6. La Provincia può stipulare con il Comune un accordo di pianificazione, che definisce le modalità di elaborazione, adozione e approvazione congiunta dei contenuti del piano paesaggistico negli strumenti di pianificazione comunale. Nell'accordo è stabilito il termine entro il quale deve essere completata l'elaborazione del progetto del piano paesaggistico. L'accordo stabilisce altresì i presupposti, le modalità e i tempi per la revisione delle prescrizioni di rilevanza paesaggistica contenute negli strumenti di pianificazione comunale.*
- 7. Per la trasformazione della destinazione d'uso da bosco, verde agricolo, prato e pascolo alberato in un'altra delle citate destinazioni, le funzioni della Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio sono esercitate da una commissione composta da un/una rappresentante della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio, da un/una rappresentante della ripartizione provinciale competente in materia di foreste e da un/una rappresentante del Comune interessato. Su richiesta dei soggetti proprietari delle aree viene effettuato un sopralluogo. Ove necessario, la commissione ristretta può effettuare un sopralluogo, al quale sono invitati i soggetti proprietari dei fondi interessati. Ai componenti della commissione non spetta alcun compenso.*
- 8. Le Comunità comprensoriali o gli enti possono comunque presentare proposte adeguatamente motivate di varianti al piano paesaggistico. La ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio avvia il procedimento di variante del piano, previa valutazione positiva della fondatezza tecnica della proposta.*

Art. 47

*Verfahren zur Genehmigung
des Landschaftsplanes*

- 1. Auf die Genehmigung des Landschaftsplanes wird das Verfahren laut Artikel 52, mit Ausnahme der Absätze 1 und 3, angewandt.*
- 2. Das Verfahren zur Genehmigung des Landschaftsplanes oder zu dessen Änderung wird auf Initiative des Direktors/der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung eingeleitet. Das Verfahren zur Änderung des Landschaftsplanes kann auch auf Initiative des Gemeindevorstandes eingeleitet werden.*
- 3. Für die Ausweisung und Regelung von Ensembles laut Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b) wird das Verfahren laut Artikel 59 angewandt. Die Genehmigung der Änderung erfolgt jedoch immer durch den Gemeinderat.*

4. Sofern die Gemeinde nicht innerhalb der in Artikel 52 Absatz 6 vorgesehenen Frist den Landschaftsplan beschließt, gilt dieser als stillschweigend beschlossen.
5. Nimmt die Gemeinde die Stellungnahme laut Artikel 52 Absatz 5 ohne Vorbehalte an oder äußert sie sich nicht innerhalb der dafür vorgesehenen Frist, wird der Plan vom zuständigen Landesrat/von der zuständigen Landesrätin endgültig genehmigt.
6. Das Land kann mit der Gemeinde eine Planungsvereinbarung abschließen, welche die gemeinsame Erarbeitung, Beschließung und Genehmigung der Inhalte des Landschaftsplanes in den Gemeindeplanungsinstrumenten regelt. Die Vereinbarung beinhaltet eine Frist für die Erarbeitung des Entwurfs des Landschaftsplanes. Sie beinhaltet auch die Voraussetzungen, Verfahren und Zeiten für die Überarbeitung der landschaftsrelevanten Vorgaben in den Gemeindeplanungsinstrumenten.
7. Im Falle einer Nutzungsänderung von Wald, Landwirtschaftsgebiet oder bestockter Wiese oder Weide in eine andere der genannten Nutzungen werden die Aufgaben der Landeskommision für Raum und Landschaft von einer Kommission wahrgenommen, welche aus je einer Person in Vertretung der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung und der für Forstwirtschaft zuständigen Landesabteilung und einer Person in Vertretung der betroffenen Gemeinde besteht. Auf Antrag der Grundeigentümer wird ein Lokalausweis durchgeführt. Bei Bedarf kann die verkleinerte Kommission einen Lokalausweis durchführen, zu dem der Eigentümer/die Eigentümerin der betroffenen Liegenschaften eingeladen wird. Den Mitgliedern der Kommission steht keine Vergütung zu.
8. Die Bezirksgemeinschaften oder die Körperschaften können in jedem Fall angemessen begründete Vorschläge zur Änderung des Landschaftsplanes vorlegen. Die für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständige Landesabteilung leitet das Verfahren zur Änderung des Planes ein, sofern sie den Vorschlag als fachlich begründet erachtet.

Sono stati presentati 9 emendamenti e 1 subemendamento.

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Mein Änderungsantrag mit der Nr. 2 zielt im 3. Absatz auf die Ersetzung der Wörter "Artikel 59" durch die Wörter "Absatz 2" ab, denn der Ensembleschutz sollte hier nicht den Gemeinden allein überlassen werden. Aus diesem Grund beziehe ich mich auf das Verfahren von diesem Artikel und nicht auf den Artikel 59.

Änderungsantrag Nr. 4, Artikel 47 Absatz 7. Bei diesem Änderungsantrag möchte ich im Absatz 7 einfach nur die Präsenz in der Kommission der Vertreter für Natur, Landschaft und Raumentwicklung verstärken, indem diese Personen auf 2 erhöht werden.

Änderungsantrag Nr. 8, Artikel 47, Absatz 8 besagt, dass die Bezirksgemeinschaften oder die Körperschaften, Vereine und Verbände angemessene begründete Vorschläge zur Änderung des Landschaftsplanes vorlegen können. Die für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständige Landesabteilung leitet das Verfahren zur Änderung des Planes ein, sofern sie den Vorschlag als fachlich begründet erachtet. Also auch die Umweltverbände können hier wie es bereits in der früheren Fassung stand, Vorschläge einbinden. Das wurde im Gesetzgebungsausschuss gestrichen. Ich möchte das hier wieder einführen.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Es geht um den Landschaftsplan. Artikel 47 Absatz 7. Ich habe hier einen Änderungsantrag zum Änderungsantrages des Abgeordneten Köllensperger vorbereitet, und zwar so wie bei Artikel 40, geht es darum, dass wenn diese Planungsmaßnahmen gemacht werden, wenn es Änderungen im Zuge vom Landschaftsplan gibt, dass natürlich die Grundeigentümer den Lokalausweis beantragen können. Das steht bereits im Text dieses Artikels 47 Absatz 7 drin. Es geht hier aber um das Verfassen eines Ergebnisses bzw. eines Berichtes. Was wurde beim Lokalausweis besprochen bzw. was waren die gegenseitigen Argumente und Einwände? Es geht darum, dass das auch hier analog zu den vorherigen Planungsmaßnahmen mit eingeführt wird. Dankeschön!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): L'articolo parla del procedimento di approvazione del piano paesaggistico e quello che ci sta a cuore sono il comma 3 e l'ultimo comma.

Nel comma 3 si individua la disciplina degli insiemi e noi con gli emendamenti n. 1 e n. 3 prevediamo la possibilità di sostituzione della Provincia ai Comuni che non individuano gli insiemi, cioè si dice che il Comune avvia la procedura di individuazione degli insiemi entro 6 mesi dall'entrata in vigore della presente legge o al più tardi contestualmente all'approvazione del Piano comunale per il territorio e il paesaggio, vuol dire che il Piano comunale per il territorio e il paesaggio deve avere esperito la procedura di individuazione degli insiemi, se ne può anche individuare nessuno, però deve essere fatta la procedura di individuazione degli insiemi. Ove tale termine non sia rispettato, il procedimento è avviato dal direttore o dalla direttrice della Ripartizione competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio, cioè o si fa come dice il cons. Köllensperger e si lascia la competenza degli insiemi alla Provincia, oppure se si passa al Comune – e questa è la nostra variante – si danno alla Provincia però, in caso di inadempienza, poteri sostitutivi e si mette un paletto ben preciso sull'obbligo della tutela degli insiemi per approvare il Piano comunale. Questi sono i nostri emendamenti n. 1 e n. 3. Il n. 1 è più esteso e il n. 3 è più sintetico, ma sostanzialmente simile.

Al comma 7 è prevista la Commissione che autorizza la trasformazione del verde da bosco a verde agricolo, cioè la famosa Commissione verde verde, dal verde al verde, che è una trasformazione importante, e qui ancora una volta il giudizio è affidato a una Commissione che comprende 1 rappresentante della Ripartizione paesaggio e urbanistica, 1 rappresentante della Ripartizione foreste e 1 rappresentante del Comune. Anche qui a noi sembra che la causa del territorio e del paesaggio sia sottorappresentata, sostanzialmente su 3, uno da una parte e due dall'altra e quindi proponiamo che i rappresentanti siano 2 per equilibrare il rapporto. Noi proponiamo anche di recepire il suggerimento dell'*Heimatpflegeverband* che ci ha proposto, nel caso di trasformazione da verde a verde, al comma 7, che il terreno oggetto della trasformazione d'uso non può essere di nuovo destinato a usi diversi nei 20 anni successivi, se non si fa presto ad arrivare all'edificabile.

Infine il nostro emendamento n. 7: ho visto che anche altri colleghi e l'ass. Theiner hanno proposto un emendamento simile, però sono il n. 8 e il n. 9, quindi il nostro si vota per primo anche perché siamo stati protagonisti del dibattito in commissione, propone di reintrodurre le associazioni che abbiano per fine istituzionale la protezione della natura, del paesaggio e dell'ambiente dentro la procedura di approvazione e discussione del Piano paesaggistico. Ricordo che questa era stata una discussione molto calda in commissione, il testo della Giunta prevedeva la presenza di queste associazioni, era l'unico punto dove la si prevedeva e la commissione lo ha cancellato. Ovviamente è abbastanza facile proporre un emendamento che ripristina il testo della Giunta così com'era e quindi recupera la presenza delle associazioni per la natura, il paesaggio e l'ambiente dentro la procedura di approvazione del piano paesaggistico. Sono contento che lo abbiamo fatto subito, in modo tale che si possa votare.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in dieser Landtagssession schon öfters die Gelegenheit darüber zu diskutieren, ob hier Ersatzmaßnahmen seitens des Landes sinnvoll sind, wenn es um Ensembleschutz geht. Wenn die Gemeinde nichts macht, sollte dann die Landesregierung ausweisen? Ich glaube nicht, dass das sinnvoll wäre, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir haben von vorne herein den Gemeinden dieses Signal gegeben und gesagt, ihr weist die Ensembles aus. Das ist auch richtig so. Wir haben auch eine Frist gegeben. An diese Frist haben sich viele Gemeinden nicht gehalten. Das stimmt auch. Aber jetzt zu sagen, wir setzen uns als Land an eurer Stelle und weisen die Ensembles aus, ich glaube nicht, dass wir hier dann den Ensembleschutz weiterbringen. Die Gemeinden könnten sich das ja einfach machen und nur ein Ensemble ausweisen. Ich habe auch schon Gelegenheit gehabt, das zu sehen. Verschiedene Bürgermeister haben gesagt - wenn man sie gerügt und gesagt hat, bringt endlich einen vernünftigen Ensembleschutzplan -, wenn du willst, dann weisen wir ein Ensemble aus, über das es keine Diskussion gibt, und dann haben wir unsere Pflicht erfüllt. Das ist nicht Sinn und Zweck vom Ganzen. Wenn, dann sollte man sich schon gewissenhaft mit diesem Kulturerbe auseinandersetzen und unter Miteinbeziehung der Bevölkerung hier entsprechende Vorschläge machen. Die Kompetenz soll aber bei der Gemeinde bleiben. Die Meinung von mir persönlich, aber auch die meiner Fraktion und der Landesregierung ist, dass wir hier nicht zwangsweise uns an die Stelle der Gemeinden setzen sollen.

Was die Vertretung der Experten anbelangt, ist es ganz klar, dass das Beamte sind und nicht Interessensvertreter. Sie vertreten nicht eine Lobby sondern sind Beamte und haben hier das öffentliche Interesse zu wahren.

Absatz 8. Es stimmt, es war effektiv so, dass ich schon in der Gesetzgebungskommission nicht gerade erfreut war, als man die Umweltverbände gestrichen hat. Ich habe damals schon angekündigt, dass wir das wieder herstellen wollen. Kollegen Köllensperger und Dello Sbarba, die Landesregierung hat hier inhaltlich einen identischen Antrag gestellt. Der Antrag vom Abgeordneten Dello Sbarba ist der erste und deshalb ist es richtig, dass der angenommen wird, somit ist unserer hinfällig. Wir sind absolut damit einverstanden.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: Articolo 47, comma 3. Il comma è così sostituito: “3. Il procedimento per l'individuazione e la disciplina degli insiemi di cui all'articolo 11 comma 1 lettera b) è avviato su iniziativa della Giunta comunale entro 6 mesi dall'entrata in vigore della presente legge o al più tardi contestualmente all'approvazione del piano comunale per il territorio e il paesaggio di cui all'articolo 51. Ove tale termine non sia rispettato, il procedimento è avviato dal direttore/dalla direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio. Si applica la procedura prevista dall'articolo 59. L'approvazione sia dell'individuazione e disciplina degli insiemi, sia della relativa variante, spetta comunque al Consiglio comunale.”

Artikel 47 Absatz 3. Der Absatz erhält folgende Fassung: „3. Das Verfahren zur Ausweisung und Regelung von Ensembles laut Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b) wird auf Initiative des Gemeindeausschusses innerhalb von 6 Monaten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes oder spätestens zusammen mit der Genehmigung des Gemeindeplans für Raum und Landschaft gemäß Artikel 51 eingeleitet. Wird dieser Termin nicht eingehalten, wird das Verfahren vom Direktor/von der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung eingeleitet. Es wird das Verfahren laut Artikel 59 angewandt. Die Genehmigung der Ausweisung und Regelung von Ensembles sowie jene der jeweiligen Änderung steht auf jeden Fall dem Gemeinderat zu.“

E' aperta la votazione: respinto con 5 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 47, comma 3. Le parole "all'articolo 59" sono sostituite dalle parole "al comma 2".

Artikel 47, Absatz 3. Die Wörter "Artikel 59" werden durch die Wörter "Absatz 2" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 1 voto favorevole, 16 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 47, comma 3. Alla fine del comma è aggiunto il seguente periodo: “Il procedimento è avviato su iniziativa della Giunta comunale entro 6 mesi dall'entrata in vigore della presente legge o al più tardi contestualmente all'approvazione del piano comunale per il territorio e il paesaggio di cui all'articolo 51. Ove tale termine non sia rispettato, il procedimento è avviato dal direttore/dalla direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio.”

Artikel 47 Absatz 3. Am Ende des Absatzes wird folgender Wortlaut hinzugefügt:

„Das Verfahren wird auf Initiative des Gemeindeausschusses innerhalb von 6 Monaten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes oder spätestens zusammen mit der Genehmigung des Gemeindeplans für Raum und Landschaft gemäß Artikel 51 eingeleitet. Wird dieser Termin nicht eingehalten, wird das Verfahren vom Direktor/von der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung eingeleitet.“

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 14 voti contrari e 7 astensioni.

Subemendamento n. 4. 1, presentato dalla consigliera Hochguber Kuenzer: Articolo 47, comma 7. Nell'emendamento n. 4 le parole “da due rappresentanti” sono sostituite dalle parole “da un/una rappresentante” e dopo le parole “...del Comune interessato.” sono aggiunti i seguenti periodi: “Su richiesta dei soggetti proprietari delle aree viene effettuato un sopralluogo il cui esito va formalizzato in un verbale che i partecipanti devono sottoscrivere. Ove necessario, la commissione ristretta può effettuare un sopralluogo, al quale sono invitati i soggetti proprietari dei fondi interessati. Ai componenti della commissione non spetta alcun compenso.”

Artikel 47 Absatz 7. Im Änderungsantrag Nr. 4 werden die Wörter „die aus zwei Personen“ durch die Wörter „welche aus je einer Person“ ersetzt und nach den Wörtern „...der betroffenen Gemeinden besteht.“ werden folgende Sätze hinzugefügt: „Auf Antrag der Grundeigentümer wird ein Lokalausweis durchgeführt, dessen Ergebnis in einem von den Beteiligten zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten ist. Bei Bedarf kann die verkleinerte Kommission einen Lokalausweis durchführen, zu dem der Eigentümer/die

Eigentümerin der betroffenen Liegenschaften eingeladen wird. Den Mitgliedern der Kommission steht keine Vergütung zu.“

E' aperta la votazione: approvato con 23 voti favorevoli, 1 voto contrario e 3 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 47, comma 7. Il periodo „Per la trasformazione della destinazione d'uso da bosco, verde agricolo, prato e pascolo alberato in un'altra delle citate destinazioni, le funzioni della Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio sono esercitate da una commissione composta da un/una rappresentante della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio, da un/una rappresentante della ripartizione provinciale competente in materia di foreste e da un/una rappresentante del Comune interessato.“ è così sostituito: „Per la trasformazione della destinazione d'uso da bosco, verde agricolo, prato e pascolo alberato in un'altra delle citate destinazioni, le funzioni della Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio sono esercitate da una commissione composta da due rappresentanti della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio, da un/una rappresentante della ripartizione provinciale competente in materia di foreste e da un/una rappresentante del Comune interessato.“

Artikel 47 Absatz 7. Der Satz „Im Falle einer Nutzungsänderung von Wald, Landwirtschaftsgebiet oder bestockter Wiese oder Weide in eine andere der genannten Nutzungen werden die Aufgaben der Landeskommision für Raum und Landschaft von einer Kommission wahrgenommen, welche aus je einer Person in Vertretung der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung und der für Forstwirtschaft zuständigen Landesabteilung und einer Person in Vertretung der betroffenen Gemeinde besteht.“ erhält folgende Fassung: „Im Falle einer Nutzungsänderung von Wald, Landwirtschaftsgebiet oder bestockter Wiese oder Weide in eine andere der genannten Nutzungen werden die Aufgaben der Landeskommision für Raum und Landschaft von einer Kommission wahrgenommen, die aus zwei Personen in Vertretung der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung Landesabteilung einer Person der für Forstwirtschaft zuständigen Landesabteilung, sowie einer Person in Vertretung der betroffenen Gemeinde besteht.“

E' aperta la votazione: respinto con 5 voti favorevoli, 16 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 5, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 47 comma 7. Le parole „un/una rappresentante della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio“ sono sostituite dalle parole „due rappresentanti della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio“.

Artikel 47 Absatz 7. Die Wörter „aus je einer Person in Vertretung der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung und der für Forstwirtschaft zuständigen Landesabteilung“ werden durch die Wörter „aus zwei Personen in Vertretung der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung, einer Person in Vertretung der für Forstwirtschaft zuständigen Landesabteilung“ ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 6, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 47 comma 7. Alla fine del comma è aggiunto il seguente periodo: „Il terreno oggetto della trasformazione d'uso non può essere destinato a un uso diverso nei 20 anni successivi.“

Artikel 47 Absatz 7. Am Ende des Absatzes wird folgender Satz hinzugefügt: „Das Grundstück Gegenstand der Nutzungsänderung darf in den darauffolgenden 20 Jahren keiner anderen Nutzung zugeführt werden.“

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 7, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 47 comma 8. Il comma è così sostituito: „8. Le Comunità comprensoriali, gli enti o le associazioni che abbiano per fine istituzionale la protezione della natura, del paesaggio e dell'ambiente possono comunque presentare proposte adeguatamente motivate di varianti al piano paesaggistico. La ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio avvia il procedimento di variante del piano, previa valutazione positiva della fondatezza tecnica della proposta.“

Artikel 47 Absatz 8. Der Absatz erhält folgende Fassung: „8. Die Bezirksgemeinschaften oder die Körperschaften, Vereine und Verbände, die sich den Natur-, Landschafts- und Umweltschutz zum institutionellen Ziel gesetzt haben, können in jedem Fall angemessen begründete Vorschläge zur Änderung des Landschaftsplanes vorlegen. Die für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständige Landesabteilung leitet das Verfahren zur Änderung des Planes ein, sofern sie den Vorschlag als fachlich begründet erachtet.“

E' aperta la votazione: approvato con 22 voti favorevoli e 3 voti contrari.

Gli emendamenti n. 8 e n. 9 decadono in quanto di analogo contenuto.
Passiamo ora all'articolo 47. Collega Knoll, prego al Lei la parola.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich weiß nicht, ob jetzt ein Missgeschick passiert ist. Wir haben über den Änderungsantrag Nr. 4.1 der Kollegin Hochgruber Kuenzer abgestimmt und danach den Antrag Nr. 4 vom Kollegen Köllensperger. Der von der Kollegin Hochgruber Kuenzer wurde angenommen, der Änderungsantrag vom Kollegen Köllensperger wurde aber abgelehnt. Also das heißt, wenn dieser abgelehnt wurde, existiert er nicht. Es ist also ein Durcheinander entstanden.

PRESIDENTE: È esattamente così. Il subemendamento modificava l'emendamento, se non è approvato l'emendamento, decade anche il subemendamento.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *senza microfono*

PRESIDENTE: Se il n. 4.1 fosse stato sostitutivo, allora non si votava il n. 4.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Soweit ich die Geschäftsordnung verstehe, ist es so, wenn ein "subemendamento" angenommen wird, dann fällt der "emendamento". Nein?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ohne Jemandem nahe treten zu wollen, aber was nicht gesagt worden ist, aber das wird es auch nicht ändern, wir hätten eigentlich die klare Information haben müssen, dass wir über den so abgeänderten Antrag abstimmen. Ich weiß nicht, ob das so erfolgt ist. Ich habe nur gehört, jetzt kommt der Antrag Nr. so und so und den haben wir dann versenkt und somit auch den anderen. Das ist, glaube ich, allen klar. Ob es klar war, dass wir über den abgeänderten Antrag abstimmen? Okay, das muss man nicht dazusagen. Tatsache ist, dass es jetzt so gelaufen ist, oder? Zur allgemeinen Zufriedenheit scheint es nicht zu sein.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Io penso che la legge sia abbastanza complessa, la maggioranza aveva tutta la possibilità di pensare bene gli emendamenti, penso che questi incidenti, di cui mi dispiace, presidente, però succedono anche perché si usano emendamenti di colleghi di altri partiti. Io ho emendato solo i miei emendamenti e credo che per tener sotto controllo la materia, se ognuno lavora sui suoi è meglio.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione dell'articolo. E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 13 astensioni.
Passiamo all'articolo 48.

Art. 48

Piani di settore

- 1. I piani di settore (PdS) perseguono gli obiettivi, osservano i principi e si conformano alle direttive del piano strategico provinciale; essi possono riguardare anche solo parti limitate del territorio provinciale.*
- 2. I piani di settore previsti da altre leggi provinciali di settore devono adeguarsi al piano strategico provinciale.*

Art. 48

Fachpläne

- 1. Die Fachpläne (FPL) setzen die Ziele, die Grundsätze und die Richtlinien des Landesstrategieplanes um; sie können auch nur bestimmte Teile des Landesgebietes betreffen.*
- 2. Die von anderen Landesgesetzen für bestimmte Bereiche vorgesehenen Fachpläne müssen dem Landesstrategieplan angepasst werden.*

Non ci sono emendamenti.

Apro la votazione sull'articolo 48: approvato con 14 voti favorevoli e 13 astensioni.
Passiamo all'articolo 49.

Art. 49

Procedimento di approvazione del piano di settore

1. La proposta del piano di settore, deliberata dalla Giunta provinciale e corredata della relativa documentazione, è pubblicata per la durata di 30 giorni, sulla Rete Civica dell'Alto Adige e nelle sedi dei Comuni. Durante questo periodo chiunque può presentare osservazioni.
2. Entro il termine perentorio di 60 giorni dalla data di pubblicazione, i Comuni territorialmente interessati esprimono il loro parere motivato sulla proposta del piano, tenuto conto delle osservazioni e proposte ricevute.
3. La Giunta provinciale, sentiti gli organi consultivi competenti per materia, delibera sulle osservazioni, sulle proposte e sui pareri, e approva il piano, definendone il periodo di validità.
4. La delibera di approvazione del piano è pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione ed entra in vigore il giorno successivo alla pubblicazione.
5. Per eventuali modifiche al piano si procede secondo le disposizioni del presente articolo.

Art. 49*Verfahren zur Genehmigung des Fachplanes*

1. Der Planentwurf wird von der Landesregierung beschlossen und mit den entsprechenden Unterlagen im Südtiroler Bürgernetz und in den Sitzen der Gemeinden für 30 aufeinander folgende Tage veröffentlicht. Während dieses Zeitraumes kann jeder/jede Anmerkungen vorbringen.
2. Innerhalb der Ausschlussfrist von 60 Tagen ab dem ersten Tag der Veröffentlichung geben die Gemeinden ihre begründete Stellungnahme zum Planentwurf ab, wobei sie auf die eingebrachten Einwände und Vorschläge Bezug nehmen.
3. Nach Anhören der fachlich zuständigen Beratungsorgane beschließt die Landesregierung über die Einwände, Vorschläge und Stellungnahmen und genehmigt den Plan, wobei sie auch den Zeitraum seiner Gültigkeit festlegt.
4. Der Beschluss zur Genehmigung des Plans wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht und tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.
5. Für allfällige Planänderungen wird gemäß den Vorschriften dieses Artikels verfahren.

Non ci sono emendamenti.

Passiamo alla votazione dell'articolo 49. E' aperta la votazione: approvato con 14 voti favorevoli e 13 astensioni.

Sono già quasi le ore 13.00. Interrompo la seduta fin al pomeriggio.

ORE 12.59 UHR

Ore 14.38 UHR

Vorsitz des Vizepräsidenten / Presidenza del vicepresidente: dott. Thomas Widmann.

PRÄSIDENT: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, einen schönen guten Nachmittag. Ich danke für das zahlreiche und pünktliche Erscheinen. Ich bitte um den Namensaufruf.

Namensaufruf – appello nominale

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Renzler. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Kollege Bizzo bis 15. Uhr entschuldigt ist. Ebenfalls entschuldigt ist Kollegin Stirner. Kollege Tommasini bis 15.00 Uhr. Ebenfalls Kollege Wurzer und Kollegin Artioli.

Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der 213. Landtagssitzung vom 06.06.2018 allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis zum Ende der Sitzung schriftliche Einwände vorgelegt werden, sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass wir beim Artikel 50 des Landesgesetzentwurfes Nr. 151/18 angeht sind.

CAPO III
PIANIFICAZIONE COMUNALE
Art. 50
Programma di sviluppo comunale
per il territorio e il paesaggio

1. I Comuni, preferibilmente in forma associata, elaborano il programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio (PSCTP) quale strumento di programmazione a lungo termine per lo sviluppo del territorio e del paesaggio comunale. Esso ha una validità di almeno 10 anni. Prima della sua scadenza il programma deve essere rielaborato oppure confermato con delibera del Consiglio comunale. Non sono ammesse varianti puntuali.

1-bis. I Comuni elaborano il programma di sviluppo comunale in un procedimento pubblico che garantisca la partecipazione dei cittadini e delle cittadine, delle associazioni e dei gruppi di interessi.

2. Le prescrizioni, i principi e gli obiettivi definiti nel programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio sono vincolanti per il piano comunale per il territorio e il paesaggio.

3. Il programma di sviluppo comunale è elaborato ponderando con indirizzi di sviluppo dei Comuni limitrofi, che sono acquisiti nel procedimento di valutazione ambientale strategica.

4. Nel programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio il Comune definisce i seguenti contenuti minimi:

a) gli obiettivi di sviluppo territoriale e socioeconomico per il soddisfacimento del fabbisogno abitativo, per l'esercizio delle attività economiche, sociali, culturali, sportive e ricreative, tenuto conto delle infrastrutture essenziali come i servizi pubblici, gli spazi pubblici, i mezzi di trasporto, la fornitura di acqua, energia e le reti di telecomunicazioni;

b) il fabbisogno attuale e lo stato effettivo di accessibilità e di fruibilità dei servizi pubblici, di aree e servizi di interesse pubblico e generale esistenti, dei servizi di vicinato e dei luoghi di lavoro, nonché quanto necessario per lo sviluppo economico e agricolo del territorio;

c) il censimento degli edifici vuoti e delle aree dismesse, non utilizzate o abbandonate esistenti e la determinazione degli obiettivi e dei termini per il loro riuso;

d) l'individuazione e delimitazione dell'area insediabile di cui all'articolo 17, comma 3, tenuto conto del piano paesaggistico;

e) un programma di mobilità e di accessibilità che definisca le strategie, gli obiettivi, le misure e il cronoprogramma per la limitazione del traffico motorizzato, l'incentivazione della mobilità ciclopedonale e l'incentivazione della connettività su percorsi brevi tramite usi promiscui;

f) un programma per lo sviluppo del turismo che, in conformità al piano di settore per il turismo, riporti gli indici territoriali per le strategie di sviluppo del turismo, incluso il numero massimo dei posti letto; la Giunta provinciale predispone linee guida per l'elaborazione del programma per lo sviluppo del turismo;

g) un registro del valore dei terreni agricoli e l'indicazione di misure per preservare i siti ad alto rendimento;

h) il periodo di validità e il cronoprogramma per la sua attuazione.

III. KAPITEL
GEMEINDEPLANUNG
Art. 50
Gemeindeentwicklungsprogramm
für Raum und Landschaft

1. Die Gemeinden, vorzugsweise mehrere zusammengeschlossen, erarbeiten für ihr Gebiet das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft (GProRL) als langfristiges Planungsinstrument. Das Entwicklungsprogramm gilt mindestens 10 Jahre. Vor seinem Verfall muss das Entwicklungsprogramm mit Beschluss des Gemeinderates überarbeitet oder bestätigt werden. Punktuelle Änderungen sind nicht zulässig.

1-bis. Die Gemeinden erarbeiten das Gemeindeentwicklungsprogramm im Rahmen eines öffentlichen Verfahrens, das die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, der Verbände und der Interessensgruppen gewährleistet.

2. Die im Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft festgesetzten Vorgaben, Grundsätze und Ziele sind verbindlich für den Gemeindeplan für Raum und Landschaft.

3. Das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft ist in Abwägung mit den Entwicklungszielen der Nachbargemeinden zu erarbeiten, welche im Rahmen der strategischen Umweltprüfung zu ermitteln sind.

4. Das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft der Gemeinde beinhaltet mindestens Folgendes:

a) die räumlichen und die sozioökonomischen Entwicklungsziele zur Deckung des Wohnungsbedarfs und zur Ausübung von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, Sport- und Freizeittätigkeiten mit Berücksichtigung der wesentlichen Infrastrukturen wie öffentliche Einrichtungen, öffentlicher Freiraum, Verkehrsmittel, Wasser- und Energieversorgung und Kommunikationsnetze;

b) den aktuellen Bedarf und das bereits bestehende Angebot an Erreichbarkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen Diensten, Flächen und Diensten in öffentlichem oder allgemeinem Interesse, Nahversorgungseinrichtungen und Arbeitsplätzen und für die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung des Gebietes;

c) die Erhebung der leerstehenden Gebäude und der ungenutzten oder aufgelassenen erschlossenen Flächen und die Festlegung der Ziele und Fristen für deren Wiederverwendung;

d) die Ausweisung und Abgrenzung des Siedlungsgebietes laut Artikel 17 Absatz 3, unter Berücksichtigung des Landschaftsplanes;

e) ein Mobilitäts- und Erreichbarkeitskonzept, in dem die strategische Ausrichtung, die Ziele und Maßnahmen und der Zeitplan für die Verkehrsberuhigung, die Förderung von Fuß- und Radmobilität und die Förderung der kurzen Wege durch Mischnutzung festgelegt werden;

f) ein Tourismusentwicklungskonzept; dieses beinhaltet in Übereinstimmung mit dem Fachplan für Tourismus gebietsbezogene Indizes für Strategien zur Entwicklung des Tourismus einschließlich der Festlegung der Höchstbettenzahl; die Landesregierung legt Richtlinien für die Ausarbeitung des Tourismusentwicklungskonzeptes fest;

g) ein Verzeichnis der Bonität der landwirtschaftlichen Grundstücke und die Erarbeitung von Maßnahmen für die Schonung der ertragreichen Standorte;

h) den Gültigkeitszeitraum sowie einen Zeitplan für die Umsetzung des Programms.

Es gibt 8 Änderungsanträge dazu. Ich bitte um Wortmeldungen. Kollege Blaas, bitte.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident. Ich habe einen Änderungsantrag zum Artikel 50 Absatz 1 deshalb eingebracht, weil er mir für die Gemeinden zu limitierend erscheint. Das heißt, bei einer Gültigkeit von 10 Jahren ohne eventuelle Ausnahmeregelung scheint mir das zu restriktiv zu sein. Insbesondere die Tatsache, dass heute 10 Jahre eine kleine Ewigkeit ist alles was die Bautätigkeit und die Urbanistik angeht. Von da her habe ich diesen Antrag eingebracht. Ich bin als ehemaliger Oppositionsvertreter in der Gemeinde nicht unbedingt für große Spielräume in der Gemeinde. Aber in diesem Falle muss ich sagen, dass meine Vernunft mir sagt, dass es sinnvoll wäre, punktuelle Änderungen auch in Zukunft zuzulassen. Wie gesagt, ein Zeitraum von 10 Jahren. Wir haben alle gesehen bei den Bauleitplänen, wie oft die abgeändert werden mussten, wie oft die angepasst und justiert werden mussten, von da her ist es sinnvoll, dass wir diesen Spielraum der jeweiligen Gemeinde zugestehen. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Qui si tratta del programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio, quindi il piano strategico del Comune, noi riteniamo, con il collega Blaas, che questo debba avere una validità di 10 anni, perché "almeno di 10 anni" non ha senso, si potrebbe dire "fino a", ma "almeno" vuol dire che poi potrebbe averlo per 50 anni. Quindi con l'emendamento al comma 2 proponiamo la cancellazione della parola "almeno".

Inoltre con l'emendamento n. 6 proponiamo che ci sia un parere della commissione legislativa sui criteri del Piano per lo sviluppo del turismo, a noi sembra importante, al turismo abbiamo dedicato particolare attenzione.

L'emendamento n. 7 propone l'introduzione per il Piano di sviluppo del turismo il fatto che debba essere garantita, dentro le linee guida predisposte dalla Giunta, che sia rispettato il tetto massimo di 229.088 letti fissato nell'attuale legge urbanistica provinciale, quindi il testo diventerebbe "La Giunta provinciale predispone le linee guida per l'elaborazione del programma per lo sviluppo del turismo, anche al fine di garantire che tale sviluppo non oltrepasso il numero massimo complessivo di 29.088 letti esistenti alla data del 1° gennaio 1985, a questo teniamo particolarmente.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Auch ich habe hierzu einen Änderungsantrag. Ich habe mit dem Landesrat schon gesprochen. Der Antrag wird zwar nicht angenommen, ich möchte ihn aber trotzdem erklären, weil er mir einfach wichtig ist, nicht als Bauer sondern als Sohn eines Kellermeisters. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Wenn man Ausweisungen der Siedlungsgebiete macht, müssen wir wissen, dass Südtirol für den Weinbau sehr bekannt ist. Der Wein ist einer der besten Botschafter des Landes, auch international. Er wird überall hin exportiert. Ich erlebe in meinem Heimatdorf Terlan in den letzten Jahren eine Art Salamitaktik, und zwar dass immer mehr sehr gute Weinflächen dem Bau zum Opfer gelangen. Deshalb wäre mein Ansinnen, dass bei der Erarbeitung dieser Pläne die Gemeinden die Weinfachwelt anhören und sich erklären lassen, wo eine gute Weinlage und wo keine gute Weinlage ist. Das ist nämlich ein großer Unterschied. Weinbau wächst nicht neben der Etsch im Etschtal, sondern er muss in die höheren Lagen gehen. Das sollte man wirklich beachten, im Gemeinderat sind nicht nur Vertreter der bäuerlichen Welt sondern großteils andere Vertreter. Ich glaube, wenn diese das von den Kellermeistern erklärt bekommen, dann hat es eine andere Gewichtung und es entsteht eine andere Sensibilität. Man sollte deshalb bei der Ausweisung die Fachwelt anhören.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Ich habe erst jetzt alle Anträge durchgesehen. Auf den ersten Anblick sieht man nicht unbedingt, dass mein Antrag Nr. 1 und der von Ihnen eingebrachte Antrag, Herr Präsident, die Nr. 4, eigentlich auf dasselbe hinauslaufen. Wenn Sie von der Streichung des vierten Satzes sprechen, habe ich diesen eben im Text nicht eingefügt. Von da her sind es zwei deckungsgleiche Anträge. Ich möchte auch betonen, dass das hier natürlich wieder ein Zufall sein wird, von Ihnen als Jahrgangskollege, dass Sie hier den Antrag nach meinem eingereicht haben. Für weitere Interpretationen ist Spiel genug gegeben.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Blaas. Ich kann Sie beruhigen. Der Antrag Nr. 4 wird zurückgezogen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(senza microfono)*

SCHIEFER (SVP): Somit erübrigt sich mein Beitrag.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich würde das Wort "mindestens" streichen, damit die 10 Jahre gelten. Ich schaue schnell nach, ob ich mir diesen Antrag zu eigen machen kann, ob der einen gewissen vernünftigen Ansatz hat. Der vierte Satz wird gestrichen. Wenn es genehm ist, dann mache ich mir diesen Antrag zu eigen.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Das Gemeindeentwicklungsprogramm ist ja ein neues Instrument, wie wir das heute schon des Öfteren festgestellt haben und es ist auch sehr umfangreich. Es wäre übertrieben zu sagen, dass auch die Kleingemeinden alle 10 Jahre dieses Gemeindeentwicklungsprogramm machen müssen. Deshalb haben die Gemeinden über den Rat der Gemeinden gesagt, wir sollten hier flexibel vorgehen. Wir sollen sagen, mindestens 10 Jahre, aber die Gemeinden sollen auch die Möglichkeit haben, hier einen längeren Zeitraum vorzusehen, z.B. 15 Jahre. Ich weiß, dass viele kleinere Gemeinden diesen Weg gehen werden.

Kollege Blaas, hier geht es nicht um mangelnde Flexibilität. Der Gemeindeentwicklungsplan legt Grundsätzliches fest, unter anderem auch das Siedlungsgebiet. Das soll nicht ständig abgeändert werden. Innerhalb des Siedlungsgebietes ist die Gemeinde in Zukunft viel flexibler als heute. Was aber nicht gewünscht wäre ist, wenn laufend und punktuell das Siedlungsgebiet selbst abgeändert wird. Das ist eine

Folge vom Gemeindeentwicklungsplan. Also da sollte es Stabilität geben. Ansonsten hat die Gemeinde innerhalb des Siedlungsgebietes viel mehr Handlungsmöglichkeit als sie heute hat. Sie kann auf die verschiedenen Erfordernisse reagieren.

Die punktuellen Änderungen habe ich angesprochen.

Kollege Stocker, Ihr Änderungsantrag, er ist sehr wichtig und inhaltlich kann ich dem sehr viel abgewinnen. Was Kollege Stocker schreibt, ist richtig. Er sagt, man sollte auf die Qualität besonderer Lagen Rücksicht nehmen, sie sollten zumindest aufgezeichnet werden. Ich habe ihm schon im persönlichen Gespräch gesagt, dass das auf alle Fälle in Ordnung geht. Nur, wenn wir es so annehmen würden, wäre es einschränkend auf die Weinwirtschaft bezogen. Wir sagen, es gilt genauso im Obstbau. Auch im Obstbau, ich schaue in meine Heimatgemeinde, ist es auch so, nicht alle Sorten sind für alle Lagen geeignet. Auch hier gibt es Unterschiede. Da könnten uns Kollege Schuler oder Widmann einiges sagen. Es wäre diskriminierend, wenn wir nur einen Landwirtschaftszweig, der zwar besonders bedeutend und auch kulturgeschichtlich von herausragender Bedeutung ist, aber wir haben unter g) geschrieben: "das Verzeichnis der Bonität der landwirtschaftlichen Grundstücke und die Erarbeitung von Maßnahmen für die Schonung der ertragreichen Standorte." Das muss ja genau erarbeitet werden. In den Durchführungsbestimmungen werden wir selbstverständlich genau diesen Antrag aufgreifen, wir wissen dass das im Weinbau eine besondere Bedeutung hat, aber nicht nur im Weinbau. Wenn wir den Antrag so annehmen würden, wäre er einschränkend für die anderen Zweige der Landwirtschaft.

Ich möchte noch die sprachliche Korrektur im Artikel 50, Absatz 4 Buchstabe c) ansprechen. Im italienischen Text werden die Wörter "delle aree dismesse, non utilizzate o abbandonate esistenti" durch die Wörter "delle aree urbanizzate dismesse, non utilizzate o abbandonate esistenti" ersetzt. Im deutschen Text bleibt es gleich. Das ist nur eine sprachliche Korrektur, auf die uns die Mitarbeiter des Landtages aufmerksam gemacht haben.

PRÄSIDENT: Danke für die Korrektur. Ich sehe keine gegenteilige Haltung, somit kommen wir nun zur Abstimmung der Änderungsanträge.

Änderungsantrag Nr. 1, eingebracht vom Abgeordneten Blaas. Artikel 50 Absatz 1. Der Absatz wird wie folgt ersetzt: „1. Die Gemeinden, vorzugsweise mehrere zusammengeschlossen, erarbeiten für ihr Gebiet das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft (GProRL) als langfristiges Planungsinstrument. Das Entwicklungsprogramm gilt mindestens 10 Jahre. Vor seinem Verfall muss das Entwicklungsprogramm mit Beschluss des Gemeinderates überarbeitet oder bestätigt werden.“

Articolo 50, comma 1. Il comma è così sostituito: "1. I Comuni, preferibilmente in forma associata, elaborano il programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio (PSCTP) quale strumento di programmazione a lungo termine per lo sviluppo del territorio e del paesaggio comunale. Esso ha una validità di almeno 10 anni. Prima della sua scadenza il programma deve essere rielaborato oppure confermato con delibera del Consiglio comunale."

Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Jastimmen, 16 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss. Artikel 50 Absatz 1. Das Wort "mindestens" wird gestrichen.

Articolo 50, comma 1. La parola "almeno" è soppressa.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 6 Jastimmen, 12 Gegenstimmen und 8 Enthaltung abgelehnt.

Der **Änderungsantrag Nr. 3** ist vom Einbringer Abgeordneten Pöder zurückgezogen worden und somit hinfällig.

Änderungsantrag Nr. 4, eingebracht von den Abgeordneten Widmann, Noggler, Stirner und Schiefer und vom Abgeordneten Pöder zu eigen gemacht. Artikel 50 Absatz 1. Der vierte Satz wird gestrichen.

Articolo 50, comma 1. Il quarto periodo è soppresso.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 2 Jastimmen, 12 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 5, eingebracht vom Landesrat Theiner. Artikel 50 Absatz 4. Im Artikel 50 Absatz 4 wird nach Buchstabe c) folgender neuer Buchstabe c 01) hinzugefügt: "c01) Erhebung der Ensembles."

Articolo 50, comma 4. Al comma 4 dell'articolo 50 dopo la lettera c) è inserita la seguente nuova lettera c01): "c01) censimento degli insiemi."

Ich eröffne die Abstimmung: mit 25 Jastimmen und 2 Enthaltungen genhemigt.

Änderungsantrag Nr. 6, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss. Artikel 50 Absatz 4 Buchstabe f). Nach den Wörtern „die Landesregierung legt“ werden die Wörter „nach Einholen einer Stellungnahme des zuständigen Gesetzgebungsausschusses“ eingefügt.

Articolo 50, comma 4, lettera f). Dopo le parole “la Giunta provinciale”, sono aggiunte le parole “,previo parere della commissione legislativa competente,”.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Jastimmen, 14 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 7, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss. Artikel 50 Absatz 4 Buchstabe f). Am Ende des Buchstaben wird folgender Text hinzugefügt: „, auch um sicherzustellen, dass mit dieser Entwicklung die am 1. Jänner 1985 vorhandene Höchstzahl von insgesamt 229.088 Betten nicht überschritten wird.

Articolo 50, comma 4, lettera f). Alla fine della lettera è aggiunto il seguente testo: “, anche al fine di garantire che tale sviluppo non oltrepassi il numero massimo complessivo di 229.088 letti esistenti alla data del 1 gennaio 1985.”

Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Jastimmen, 14 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 8, eingebracht vom Abgeordneten Sigmar Stocker. Artikel 50 Absatz 4 Buchstabe g). Folgender Satz wird hinzugefügt: „Verwaltungen von Städten und Gemeinden, welche Weinbau auf ihrem Gemeindegebiet betreiben können, sollen die Weinfachwelt zur Qualität der vorhandenen Weinlagen im Gemeindegebiet anhören.“

Articolo 50, comma 4, lettera g). È aggiunto il seguente periodo: “le amministrazioni delle città e dei Comuni che possono praticare la viticoltura sul proprio territorio, devono interpellare gli esperti del settore in merito alla qualità dei vigneti presenti sul territorio comunale;”

Ich eröffne die Abstimmung: mit 12 Jastimmen, 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Kollege Blaas, bitte.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Jetzt bin ich doch etwas überrascht, aber es soll mir recht sein. Ich möchte zurückkommen zum Abänderungsantrag, den ich eingebracht habe. Ganz so falsch kann ich mit meinem Antrag nicht gelegen sein, denn sonst hätte der Jahrgangskollege Widmann nicht 2 Tage später einen ähnlichen präsentiert mit einigen Mitunterstützern der Mehrheitspartei. Ich glaube deshalb, dass er sehr sinnvoll war. Wieso man sich dann schlussendlich nicht dazu durchgerungen hat, bleibt offen. Ich glaube wir hätten hier den Gemeinden durchaus einen Spielraum geben sollen, speziell in der Anfangsphase. Da können manchmal Fehler passieren, da kann es manchmal Schwierigkeiten geben. Also wäre es sinnvoll gewesen. Ihre Replik, Herr Landesrat, zum Thema "würde den Idealzustand darstellen", also, sehr rigide. Das kann man durchaus teilen. Allerdings für den Anfang hätte ich mir gewünscht, dass die Gemeinden einen Spielraum haben ohne sich dann in komplizierten Verfahren oder evtl. auf Rechtsstreitigkeiten einlassen zu müssen. Wie gesagt, das wäre der Idealzustand, aber ich glaube nicht an ein perfektes Gesetz.

Vorsitz des Präsidenten / Presidenza del presidente: dott. Roberto BIZZO

PRESIDENTE: Grazie collega Blaas. La parola all'assessore Theiner.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Ich möchte nochmals wiederholen. Die sprachliche Korrektur, die ich vorher schon erwähnt habe, wird vorgenommen, auf die uns die Mitarbeiter des Südtiroler Landtages aufmerksam gemacht haben.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione dell'articolo 50. E' aperta la votazione: approvato con 17 voti favorevoli, 1 voto contrario e 8 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 51.

Art. 51

Piano comunale per il territorio e il paesaggio

1. Il Comune elabora il piano comunale per il territorio e il paesaggio (PCTP) per l'intero territorio comunale. Il piano comunale definisce i vari utilizzi del territorio in conformità con le disposizioni degli strumenti di pianificazione sovracomunali e il programma di sviluppo comunale. Nel

piano comunale sono evidenziate tutte le prescrizioni di rilevanza territoriale e paesaggistica anche di altri strumenti.

2. Il piano comunale ha efficacia a tempo indeterminato. Qualora nuove esigenze comportino un mutamento dell'impostazione generale e delle caratteristiche essenziali del piano, il Comune procede alla sua rielaborazione.

3. Nel piano comunale il Comune:

a) individua le aree e le reti necessarie per le opere essenziali di urbanizzazione di cui all'articolo 18 e ne disciplina l'uso;

b) effettua la delimitazione e definisce la destinazione delle singole zone urbanistiche con la rispettiva disciplina di edificazione e d'uso, funzionale a un assetto complessivo e unitario o riferita a specifiche aree territoriali; per promuovere la riqualificazione del patrimonio edilizio e urbanistico di singole zone determinate, può prescrivere distanze tra fabbricati inferiori alla distanza minima di 10 metri tra pareti finestrate e pareti di edifici antistanti, a condizione che tali distanze ridotte siano comunque idonee ad assicurare un equilibrato assetto urbanistico e paesaggistico in relazione alle tipologie degli interventi consentiti, tenuto conto degli specifici caratteri dei luoghi e dell'allineamento degli immobili già esistenti. È comunque fatto salvo il rispetto delle norme del codice civile e dei vincoli di interesse culturale e paesaggistico;

c) individua gli spazi aperti e le aree di verde pubblico;

d) stabilisce le eventuali parti del territorio comunale per cui il rilascio del titolo abilitativo per interventi di nuova costruzione è subordinato all'approvazione della pianificazione attuativa.

4. Gli elementi costitutivi del piano sono:

a) la relazione illustrativa articolata secondo i contenuti del piano, compresa l'individuazione degli interventi di valorizzazione del paesaggio ritenuti necessari;

b) il piano di zonizzazione urbanistica e paesaggistica in scala 1:5.000 e 1:10.000;

c) la descrizione delle convenzioni in vigore tra privati o enti e il Comune;

d) il piano delle infrastrutture tecniche;

e) le mappe catastali delle aree interessate da vincoli di cui all'articolo 40, comma 4;

f) le norme tecniche di attuazione del piano, che contengono la disciplina di edificazione e d'uso; la regolamentazione dei parcheggi è conforme al programma di mobilità e di accessibilità;

g) il programma per la realizzazione del piano con il cronoprogramma di attuazione delle misure previste dal piano.

5. Per la previsione di superfici destinate all'esercizio di commercio al dettaglio nelle zone produttive ai sensi dell'articolo 52, comma 10, sono inoltre necessari i seguenti allegati:

a) relazione illustrativa concernente la conformità e la compatibilità della proposta con le previsioni degli strumenti urbanistici comunali e con i criteri di cui all'articolo 52, comma 11; la stessa relazione deve contenere una descrizione dello stato di fatto e di progetto congruente con gli elaborati grafici presentati;

b) planimetrie dello stato di fatto in scala 1:100 dei vari piani, con l'esatta indicazione delle destinazioni d'uso in atto e di quelle programmate, riportanti le superfici espresse in metri quadrati con i relativi calcoli analitici e l'eventuale indicazione grafica della superficie di vendita, della superficie commerciale e della superficie lorda di pavimentazione, firmate da un professionista abilitato e dal richiedente;

c) specifica relazione sulle modalità previste per il carico e lo scarico delle merci (orari, giornate, vettori, zona adibita al carico e scarico delle merci);

d) valutazione dell'impatto occupazionale netto;

e) studio dell'impatto sulla rete commerciale esistente e sul contesto sociale;

f) studio dell'impatto territoriale ambientale, fatto comunque salvo quanto previsto dalla vigente legislazione in materia di valutazione di impatto ambientale;

g) descrizione delle caratteristiche progettuali;

h) indicazione di tutte le informazioni necessarie in merito all'ubicazione dell'area interessata dall'intervento;

i) indicazione degli eventuali vincoli gravanti sull'area interessata dal progetto e delle eventuali mitigazioni proposte;

- j) *descrizione analitica del sistema viario, dei trasporti e di accesso riguardante l'area interessata dal progetto, con indicazione delle eventuali ipotesi progettuali per le necessarie sistemazioni migliorative;*
- k) *specifica relazione sulla dotazione degli standard (occorre produrre la planimetria asseverata dei parcheggi in scala 1:100 firmata da un professionista abilitato, con dichiarata la superficie di vendita, la superficie lorda di pavimentazione e l'area destinata ai parcheggi);*
- l) *valutazione delle ricadute sul tessuto commerciale tradizionale;*
- m) *autocertificazione sulla disponibilità dei locali con allegata documentazione comprovante quanto dichiarato.*

 Art. 51

Gemeindeplan für Raum und Landschaft

1. Die Gemeinde erarbeitet den Gemeindeplan für Raum und Landschaft (GPlanRL) für das gesamte Gemeindegebiet. Der Gemeindeplan bestimmt die verschiedenen Nutzungen des Gebiets unter Beachtung der Vorgaben der übergemeindlichen Planungsinstrumente und des Gemeindeentwicklungsprogramms. Im Gemeindeplan werden alle für das Gebiet raum- und landschaftsrelevanten Vorgaben, auch aus anderen Instrumenten, dargestellt.

2. Der Gemeindeplan gilt für unbestimmte Zeit. Ist aufgrund neuer Gegebenheiten eine Änderung der Grundausrichtung und der wesentlichen Merkmale des Planes erforderlich, überarbeitet ihn die Gemeinde.

3. Im Gemeindeplan:

a) weist die Gemeinde die Flächen und Trassen aus, welche für die wesentlichen Erschließungsanlagen laut Artikel 18 erforderlich sind, und regelt ihre Nutzung,

b) bestimmt die Gemeinde die Abgrenzung und Nutzung der einzelnen urbanistischen Gebiete und erlässt die jeweiligen Bau- und Nutzungsvorschriften zum Zweck einer umfassenden und einheitlichen oder auf spezifische Gebietsbereiche bezogenen Regelung; zur Förderung der Neugestaltung der Bau- und der städtischen Substanz bestimmter einzelner Gebiete können abweichend vom grundsätzlich vorgeschriebenen Mindestabstand von 10 Metern zwischen den Mauern mit Fensteröffnungen und den Mauern der davorstehenden Gebäude geringere Gebäudeabstände vorgesehen werden, sofern mit diesen unter Berücksichtigung der besonderen Ortseigenschaften und der Anordnung der bereits bestehenden Liegenschaften je nach Art der erlaubten Eingriffe trotzdem eine ausgeglichene Raum- und Landschaftsordnung gewährleistet werden kann. Auf jeden Fall sind die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches und die Bindungen von kulturellem und landschaftlichem Interesse einzuhalten,

c) weist die Gemeinde die Freiräume und die öffentlichen Grünflächen aus,

d) legt die Gemeinde fest, für welche Teile des Gemeindegebietes ein Baurechtstitel für Neubauten nur nach Genehmigung der Durchführungsplanung erworben werden kann.

4. Bestandteile des Planes sind:

a) der nach Planinhalten gegliederte erläuternde Bericht, einschließlich der Darstellung der zur Landschaftsaufwertung erforderlichen Maßnahmen,

b) der Plan zur urbanistischen und landschaftlichen Flächenwidmung in den Maßstäben 1:5.000 und 1:10.000,

c) die Beschreibung der geltenden Vereinbarungen zwischen Privaten oder Körperschaften und der Gemeinde,

d) der Plan der technischen Infrastrukturen,

e) die Katastermappen der Flächen, die von Bindungen laut Artikel 40 Absatz 4 betroffen sind,

f) die technischen Durchführungsbestimmungen zum Plan, welche die Bau- und Nutzungsregelungen enthalten; die Regelung der Parkplätze erfolgt in Einklang mit dem Mobilitäts- und Erreichbarkeitskonzept,

g) das Programm zur Umsetzung des Planes mit dem Zeitplan für die Durchführung der darin vorgesehenen Maßnahmen.

5. Bei Ausweisung von Flächen zur Ausübung des Einzelhandels in Gewerbegebieten laut Artikel 52 Absatz 10 sind zusätzlich folgende Anlagen erforderlich:

- a) *erläuterender Bericht hinsichtlich der Übereinstimmung und Vereinbarkeit des Vorschlags mit den Vorgaben der gemeindlichen Raumplanungsinstrumente und den Vorschriften laut Artikel 52 Absatz 11; dieser Bericht muss auch die Beschreibung des derzeitigen Bestandes und der geplanten Maßnahmen enthalten, die mit den vorgelegten grafischen Darstellungen übereinstimmen müssen,*
- b) *Pläne des derzeitigen Bestandes der verschiedenen Stockwerke im Maßstab 1:100, unter genauer Angabe sowohl der aktuellen als auch der geplanten Zweckbestimmung, wobei die Flächen in Quadratmetern anzugeben sind, mit den entsprechenden analytischen Berechnungen und mit eventueller grafischer Darstellung der Verkaufsflächen, der Handelsflächen und der Bodenbruttofläche, die von einem befähigten Freiberufler/einer befähigten Freiberuflerin und der Person, die den Antrag stellt, unterschrieben sein muss,*
- c) *detaillierter Bericht über die für das Ab- und Aufladen vorgesehenen Modalitäten (Uhrzeiten, Tage, Zulieferer, Be- und Entladeplatz),*
- d) *Evaluierung der Auswirkungen auf die Nettobeschäftigung,*
- e) *Studie über die Auswirkungen auf das bestehende Handelsnetz und auf das soziale Umfeld,*
- f) *Studie über die Umweltauswirkungen für das Gebiet, unbeschadet der geltenden Bestimmungen über die Umweltverträglichkeitsprüfung,*
- g) *Beschreibung der Planungsmerkmale,*
- h) *Angabe aller notwendigen Informationen hinsichtlich des Standorts der von der Maßnahme betroffenen Fläche,*
- i) *Angabe etwaiger Belastungen der vom Vorhaben betroffenen Fläche und der eventuell vorgeschlagenen Abschwächungsmaßnahmen,*
- j) *detaillierte Beschreibung des Verkehrs-, Transport- und Zufahrtsnetzes der vom Projekt betroffenen Fläche, wobei gegebenenfalls Planungsvorschläge zu notwendigen Verbesserungen anzugeben sind,*
- k) *detaillierter Bericht über die Standardausstattung (mit einem Lageplan der Parkplätze im Maßstab 1:100, der von einem befähigten Freiberufler/einer befähigten Freiberuflerin bestätigt und unterzeichnet sein muss und aus dem die Verkaufsfläche, die Bruttobodenfläche und die für Parkplätze bestimmte Fläche hervorgehen),*
- l) *Bewertung der Auswirkungen auf das herkömmliche Handelsgefüge,*
- m) *Eigenbescheinigung über die Verfügbarkeit der Räumlichkeiten, die durch die Vorlage entsprechender Unterlagen belegt werden muss.*

Sono stati presentati due emendamenti. La parola al collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): L'articolo 51 parla del Piano comunale per il territorio e il paesaggio, è il Piano operativo, prima abbiamo parlato del Piano strategico.

Noi abbiamo fatto un'audizione con due esperti di legislazione urbanistica ed entrambi, e mi sembrava che fossimo tutti d'accordo, hanno definito questo Piano il Piano del Sindaco, cioè hanno detto il Piano strategico ha una validità più a lungo periodo, ma il Piano comunale dovrebbe prevedere un programma entro i 5 anni, quindi entro la legislatura comunale, e una volta che questi 5 anni sono passati, quello che non è stato realizzato viene annullato e bisognerebbe rifare un nuovo Piano in modo tale da garantire alla pianificazione comunale la necessaria elasticità e la capacità di adattarsi alle trasformazioni della città, perché magari in 5 anni si scopre che una cosa che non è stata fatta non ha più senso farla, se poi ha senso farla si rifà il Piano e ci si rimette dentro. Questo ci hanno detto i professori Sbeti e Torricelli, e quindi lo hanno chiamato Piano del Sindaco e dicono che tutti gli strumenti di pianificazione hanno una validità limitata nel tempo, sono piani a tempo determinato, alla fine dei quali scadono tutte le autorizzazioni e tutte le individuazioni di aree, eccetera e bisogna rifarlo, loro hanno detto ottimale 5 anni perché diventa il piano del Sindaco. Noi ci siamo convinti di quella cosa e ci siamo stupiti poi di leggere invece, perché questi erano anche consulenti della Giunta provinciale, nell'articolo 51 che addirittura il Piano comunale ha efficacia a tempo indeterminato. Loro ci hanno detto che il Piano strategico dovrebbe essere di lungo periodo e il Piano comunale di 5 anni, invece noi abbiamo una legge che prevede che il Piano strategico duri 10 anni e il Piano operativo sia a tempo indeterminato. Mi sembra un ribaltamento, per cui noi proponiamo di introdurre quella norma che ci hanno suggerito i professori consulenti della Giunta provinciale e cioè che il Piano comunale ha effi-

cacia per 5 anni alla fine dei quali il Comune deve procedere a una sua rielaborazione e con la fine dell'efficacia del Piano comunale decadono anche tutte le autorizzazioni, i diritti edificatori, i titoli abilitativi, eccetera, autorizzati e non utilizzati nel corso del quinquennio di validità.

Poi nel comma 3, lettera b) si dice "per [promuovere] la riqualificazione del patrimonio edilizio e urbanistico di singole zone determinate, può prescrivere distanze tra fabbricati inferiori alla distanza minima di 10 metri [...]". La questione delle distanze è stata oggetto della norma di attuazione famosa, quindi lo sappiamo, sappiamo anche che la questione delle distanze ha dei limiti nella nostra capacità di competenza autonoma, non è libertà di distanza, ma entro certi limiti, che sono anche rispecchiati da questo testo, si può derogare ai 10 metri di distanza. Il punto è, collega Theiner e funzionari della Giunta, che voi avete messo questa eccezione sulle distanze in due articoli. La deroga sulle distanze si trova in questo articolo 51, che è il Piano comunale generale, e poi si trova anche nell'articolo 56 sui Piani di attuazione, per cui io faccio un Piano generale che fa la deroga sulle distanze e poi nel Piano di attuazione faccio la deroga della deroga? Io mi sono consultato anche con legali dei Comuni, eccetera, e loro dicono che bisogna decidersi, o la deroga si introduce nel Piano comunale nel momento generale della pianificazione e si individuano zone per deroga, dove la deroga funziona, e questo è lo spirito di questo comma. Ma allora non serve l'ulteriore deroga nei Piani di attuazione, oppure, al contrario, si prevede la possibilità di deroga nei Piani di attuazione e non si cita la deroga nel Piano comunale per il territorio e il paesaggio. Dove sia meglio, io un'idea ce l'ho, però mi affido ai tecnici, quello che a me sembra discutibile è che sia prevista due volte la deroga delle distanze, perché se è prevista nel Piano comunale per singoli lotti, perché nel Piano di attuazione si deve fare ancora la deroga delle distanze? Oppure se si può fare nei Piani di attuazione, come mai ci si deve preoccupare fin dal Piano comunale? Insomma, delle due l'una per questo io ho proposto due emendamenti soppressivi dell'uno e dell'altro, non per cancellarli tutti e due, ma per decidere di mantenerne uno e cancellarne un altro.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Ich hätte im erstem Moment geglaubt, sie wären für die Abschaffung. Wir alle wissen, es gibt eine eigene Durchführungsbestimmung. Das ist heute schon bestehendes Gesetz. Sie fragen sich zu Recht, warum steht das im Art. 51 und wird auch im Art. 56 vorgehen. Was vielleicht auf den ersten Moment ein Widerspruch erscheinen mag, ist es aber nicht aufgrund der Tatsache, dass wir nicht überall Durchführungspläne haben. Deswegen ist es richtig, dass es in den Gemeindeplan kommt. Ich könnte es auch nur mit Durchführungsplan machen, aber wir haben nicht überall Durchführungspläne. Es ist also kein Widerspruch, sondern es ist absolut richtig. Wir haben uns sehr gut informiert.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Entweder oder?

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Nein, nicht entweder oder. ...Praktisch wird es dann entweder oder, richtig. Es ist auch schon heute so.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 51, comma 2. Il comma è così sostituito: "2. Il piano comunale ha efficacia per cinque anni, alla fine dei quali il Comune deve procedere alla sua rielaborazione. Con la fine dell'efficacia del piano comunale decadono anche tutte le autorizzazioni, i diritti edificatori e i titoli abilitativi rilasciati in base al piano e non utilizzati nel corso del quinquennio della sua validità".

Artikel 51 Absatz 2. Der Absatz erhält folgende Fassung: „2. Der Gemeindeplan gilt für 5 Jahre und muss nach dessen Verfall von der Gemeinde überarbeitet werden. Mit dem Verlust der Rechtswirksamkeit des Gemeindeplanes verfallen auch sämtliche aufgrund desselben Planes erlassenen Bewilligungen, Baurechte und Genehmigungen, die während der 5-jährigen Wirksamkeit des Planes nicht in Anspruch genommen wurden.“

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 18 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 51, comma 3, lettera b). Le parole: "per promuovere la riqualificazione del patrimonio edilizio e urbanistico di singole zone determinate, può prescrivere distanze tra fabbricati inferiori alla distanza minima di 10 metri tra pareti finestrate e pareti di edifici antistanti, a condizione che tali distanze ridotte siano comunque idonee ad assicurare un equilibrato assetto urbanistico e paesaggistico in relazione alle tipologie degli interventi consentiti, tenuto

conto degli specifici caratteri dei luoghi e dell'allineamento degli immobili già esistenti. È comunque fatto salvo il rispetto delle norme del codice civile e dei vincoli di interesse culturale e paesaggistico;” sono soppresse.

Artikel 51 Absatz 3 Buchstabe b). Die Wörter “zur Förderung der Neugestaltung der Bau- und der städtischen Substanz bestimmter einzelner Gebiete können abweichend vom grundsätzlich vorgeschriebenen Mindestabstand von 10 Metern zwischen den Mauern mit Fensteröffnungen und den Mauern der davorstehenden Gebäude geringere Gebäudeabstände vorgesehen werden, sofern mit diesen unter Berücksichtigung der besonderen Ortseigenschaften und der Anordnung der bereits bestehenden Liegenschaften je nach Art der erlaubten Eingriffe trotzdem eine ausgeglichene Raum- und Landschaftsordnung gewährleistet werden kann. Auf jeden Fall sind die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches und die Bindungen von kulturellem und landschaftlichem Interesse einzuhalten,“ sind gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 16 voti contrari e 10 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 51. Se non ci sono interventi, apro la votazione: approvato con 15 voti favorevoli, 4 voti contrari e 8 astensioni.

Passiamo all'articolo 52.

Art. 52

Procedimento di approvazione del programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio e del piano comunale per il territorio e il paesaggio

1. *La proposta di programma o di piano è adottata dal Consiglio comunale, sentita la Commissione Comunale territorio e paesaggio.*
2. *La proposta adottata, corredata della relativa documentazione, viene pubblicata per la durata di 30 giorni all'albo del Comune e sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Durante questo periodo chiunque può presentare osservazioni. Il Comune disciplina ulteriori misure idonee di informazione e partecipazione della popolazione.*
- 2-bis. *Il termine di cui al comma 4 dell'articolo 40 inizia a decorrere dopo il ricevimento dell'avviso, ma non prima della pubblicazione di cui al comma 2.*
3. *I Comuni specificati all'articolo 22, comma 1, del decreto del Presidente della Repubblica 22 marzo 1974, n. 381, chiedono inoltre il parere dell'autorità militare.*
4. *Scaduto il termine di cui al comma 2, il Comune trasmette immediatamente le osservazioni ricevute alla ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio.*
5. *La Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio esprime il suo parere entro il termine di 30 giorni dal ricevimento di tutta la documentazione.*
6. *Entro il termine di 30 giorni dal ricevimento del parere della Commissione, il Consiglio comunale adotta definitivamente la proposta, tenuto conto del parere della Commissione provinciale e delle osservazioni pervenute. In caso di dissenso rispetto al parere della Commissione provinciale, la delibera è espressamente motivata. Il Comune trasmette immediatamente la delibera consiliare e la documentazione necessaria alla ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio.*
7. *La Giunta provinciale approva il programma o il piano entro 30 giorni dal ricevimento della documentazione. Essa può apportare modifiche motivate necessarie ad assicurare:*
 - a) *il rispetto delle disposizioni della normativa vigente, nonché delle prescrizioni del piano strategico provinciale e dei piani di settore;*
 - b) *la razionale e coordinata sistemazione dei servizi, delle opere e degli impianti di interesse statale, provinciale e comprensoriale;*
 - c) *la conformità alle prescrizioni del programma di sviluppo comunale e della pianificazione paesaggistica.*
8. *Qualora non esplicitamente disposto diversamente, l'approvazione del piano dalla Giunta provinciale comporta l'applicazione di diritto dell'articolo 46, comma 1, lettera e), a tutte le nuove zone edificabili.*
9. *La delibera viene pubblicata sulla Rete Civica dell'Alto Adige e nel Bollettino Ufficiale della Regione ed entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale.*

10. In deroga a quanto disposto dai commi precedenti, all'individuazione e alla previsione nel piano comunale per il territorio e il paesaggio di aree destinate all'esercizio del commercio al dettaglio da inserire nelle zone produttive provvede la Giunta provinciale, di concerto con il Consiglio dei Comuni e previo parere dei Comuni circostanti.

11. In tal caso le varianti al piano comunale per il territorio e il paesaggio, che individuano le aree destinate all'esercizio del commercio al dettaglio all'interno delle zone produttive, devono obbligatoriamente preferire: in primo luogo, le aree di recupero o riqualificazione urbanistica, per la presenza di strutture dismesse o degradate; in secondo luogo, le aree in cui siano presenti altre attività commerciali. La Giunta provinciale, prima di esaminare le zone produttive, può proporre al Comune o ai Comuni interessati dai relativi impatti l'individuazione di zone di riqualificazione urbanistica con l'eccezione delle zone già aventi destinazione produttiva. In tal caso il procedimento si sospende per 120 giorni, entro i quali deve intervenire la delibera di adozione o di rigetto da parte del Comune.

12. La previsione delle aree nel piano comunale per il territorio e il paesaggio di cui al comma 10 è assoggettata alla preventiva valutazione ambientale strategica (VAS) ai sensi dell'articolo 6 e seguenti della legge provinciale 13 ottobre 2017, n. 17.

13. Nell'ambito del procedimento di cui all'articolo 49, la Giunta provinciale verifica in particolare se l'eventuale individuazione garantisca la tutela della salute, dei lavoratori, dell'ambiente, ivi incluso l'ambiente urbano, dei beni culturali, il governo del territorio e il mantenimento e la ricostruzione del tessuto commerciale tradizionale, nonché la tutela della vivibilità dei centri storici. In ogni caso deve essere garantito l'approvvigionamento di prossimità alla popolazione locale per il mantenimento di una struttura stabile della popolazione, al fine di prevenire fenomeni di marginalizzazione e spopolamento, anche in relazione alla specificità topografica montana del territorio provinciale e alla sua accessibilità; inoltre deve sussistere un interesse pubblico generale. La Giunta provinciale determina altresì, d'intesa con il Consiglio dei Comuni, il numero di posti macchina necessari in relazione alla superficie di vendita.

Art. 52

Verfahren zur Genehmigung des
Gemeindeentwicklungsprogramms und des
Gemeindeplans für Raum und Landschaft

1. Der Entwurf für das Programm oder den Plan wird vom Gemeinderat nach Anhörung der Gemeindegemeinschaft Raum und Landschaft beschlossen.

2. Der beschlossene Programm- oder Planentwurf wird mit den entsprechenden Unterlagen für die Dauer von 30 Tagen an der Amtstafel der Gemeinde und im Südtiroler Bürgernetz veröffentlicht. Während dieses Zeitraums kann jeder/jede Anmerkungen vorbringen. Die Gemeinde bestimmt weitere angemessene Maßnahmen zur Information und Beteiligung der Bevölkerung.

2-bis. Die Frist laut Artikel 40 Absatz 4 läuft nach dem Erhalt der Mitteilung, aber frühestens nach der Veröffentlichung laut Absatz 2.

3. Die in Artikel 22 Absatz 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 22. März 1974, Nr. 381, angegebenen Gemeinden holen auch die Stellungnahme der Militärbehörde ein.

4. Nach Ablauf der Frist laut Absatz 2 übermittelt die Gemeinde die eingebrachten Anmerkungen unverzüglich der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung.

5. Die Landeskommission für Raum und Landschaft gibt ihre Stellungnahme innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt sämtlicher Unterlagen ab.

6. Innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Stellungnahme der Landeskommission beschließt der Gemeinderat definitiv über den Entwurf unter Erwägung dieser Stellungnahme und der eingegangenen Anmerkungen. Allfällige Abweichungen von der Stellungnahme der Landeskommission sind ausdrücklich zu begründen. Die Gemeinde übermittelt den Ratsbeschluss mit der erforderlichen Dokumentation unverzüglich der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung.

7. Die Landesregierung genehmigt das Programm oder den Plan innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Dokumentation. Sie kann begründete Änderungen anbringen, um Folgendes zu gewährleisten:

- a) die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen sowie der Vorgaben des Landesstrategieplanes und der Fachpläne;
- b) die koordinierte rationelle Unterbringung der Einrichtungen, Bauten und Anlagen, die für den Staat, das Land und die Bezirksgemeinschaften von Interesse sind;
- c) die Übereinstimmung mit den Vorgaben des Gemeindeentwicklungsprogramms und der Landschaftsplanung.

8. Sofern nicht ausdrücklich anderweitig bestimmt, bewirkt die Genehmigung des Planes durch die Landesregierung von Rechts wegen die Anwendung von Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe e) auf sämtliche neu ausgewiesenen Baugebiete.

9. Der Beschluss wird im Südtiroler Bürgernetz und im Amtsblatt der Region veröffentlicht und tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

10. Abweichend von den Bestimmungen laut den vorhergehenden Absätzen sorgt die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden und nach Einholen der Stellungnahme der umliegenden Gemeinden dafür, dass für die Ausübung des Einzelhandels bestimmte Flächen in Gewerbegebieten ermittelt und im Gemeindeplan für Raum und Landschaft ausgewiesen werden.

11. In diesem Fall muss bei Änderungen des Gemeindeplans für Raum und Landschaft, wodurch die für die Ausübung des Einzelhandels bestimmten Flächen in Gewerbegebieten ermittelt werden, an erster Stelle den Flächen für die Wiedergewinnung oder die urbanistische Neugestaltung wegen Vorhandenseins aufgelassener oder verfallener Strukturen, sowie an zweiter Stelle Flächen, auf denen andere Handelstätigkeiten ausgeübt werden, Vorrang gegeben werden. Bevor die Landesregierung die Gewerbegebiete prüft, kann sie der Gemeinde oder den Gemeinden, die von den diesbezüglichen Auswirkungen betroffen sind, die Ausweisung eines Gebiets urbanistischer Neugestaltung vorschlagen, mit Ausnahme der Gebiete, die bereits die Zweckbestimmung zur Gewerbetätigkeit vorweisen. In diesem Fall wird das Verfahren für 120 Tage unterbrochen; innerhalb dieser Frist muss die Gemeinde die Ausweisung eines solchen Gebiets beschließen oder ablehnen.

12. Der Ausweisung der Flächen im Gemeindeplan für Raum und Landschaft laut Absatz 10 muss eine strategische Umweltprüfung (SUP) im Sinne von Artikel 6 und folgende des Landesgesetzes vom 13. Oktober 2017, Nr. 17, vorausgehen.

13. Im Rahmen des Verfahrens laut Artikel 49 prüft die Landesregierung insbesondere, ob bei einer allfälligen Ausweisung der Schutz der Gesundheit, der Arbeitnehmenden und der Umwelt, einschließlich des dörflichen und städtischen Bereichs, der Kulturgüter, der Raumentwicklung, der Erhaltung und Wiederherstellung des herkömmlichen Handlungsgefüges sowie der Schutz der Lebensqualität in den historischen Ortskernen gewährleistet wird. In jedem Fall muss zum Erhalt einer vitalen Bevölkerungsstruktur die Nahversorgung der ortsansässigen Bevölkerung gewährleistet sein, um Phänomene der Ausgrenzung und Abwanderung vorzubeugen, auch unter Berücksichtigung der besonderen topographischen Gegebenheiten des Landes mit seinen Berggebieten und der Erreichbarkeit; zudem muss ein allgemeines öffentliches Interesse bestehen. Die Landesregierung legt weiters, im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden, die Anzahl der erforderlichen Autoabstellplätze im Verhältnis zur Verkaufsfläche fest.

Sono stati presentati 4 emendamenti. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Il nostro emendamento ripropone l'argomento della partecipazione e dell'informazione, come ho spiegato questa mattina, quindi non ci ritorno, l'emendamento riguardava tutti i Piani, respinto su tutti i Piani, ma ripropone il processo di partecipazione e informazione almeno nel procedimento di approvazione dei Piani a livello comunale, quindi in una sede più ristretta, però molto più pregnante si propone di specificare e articolare meglio il tema della partecipazione.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Mit dem Abänderungsantrag zum Artikel 52 Absatz 1 wollte ich eigentlich wieder die Gemeinden unterteilen in etwas größere und kleinere Gemeinden. Mein Vorschlag ist in Gemeinden mit über 6.000 Einwohnern den Gemeinderat nicht damit zu befassen und in den Kleingemeinden soll es so bleiben. Da wird dieser Plan nicht so oft behandelt und somit gilt die Notwendigkeit größere Gemeinden zu entlasten und nicht den Gemeinderat damit zu beauftragen.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Was die Partizipation anbelangt, haben wir uns heute schon mehrmals ausgesprochen. Wir haben auch vorgesehen, dass die Gemeinden das machen müssen. Wir wollen aber nicht vorschreiben, wie sie es machen, weil es unterschiedliche Größenordnung und unterschiedliche Komplexitäten gibt. Das soll jede Gemeinde für sich selbst machen.

Kollege Blaas, wir glauben schon, dass es ein sehr wichtiges Instrument ist und dass hier der Gemeinderat damit befasst sein soll.

Zum Abänderungsantrag seitens der Landesregierung Nr. 4 gilt folgendes: Der Rat der Gemeinden hatte die Sorge, dass hier die Zeiten unsicher werden, wenn sie z.B. das Gemeindeentwicklungsprogramm abgeben. Wie lange dauert das dann bis die Landesregierung den Plan und das Programm genehmigt hat? Wir haben uns also mit dem Rat der Gemeinden auf diese Termine verständigt, wie sie hier vorgesehen sind. Da heißt es: "Genehmigt die Landesregierung das Programm oder den Plan nicht innerhalb von 90 Tagen, so kann die Gemeinde eine Begründung der Verzögerung einfordern und nach ergebnislosem Verstreichen weiterer 60 Tage das Programm oder den Plan veröffentlichen und in Kraft setzen." Also innerhalb von 150 Tagen muss das erfolgen. Nach einer längeren Aussprache ist der Rat der Gemeinden mit dieser Lösung zufrieden. Deshalb schreiben wir hier diese Norm vor im Interesse einer zeitlichen Sicherheit, damit es nicht auf die lange Bank geschoben wird. Die Gemeinden fragen, was passiert dann, wenn man ein solches Programm beschließt, was große Auswirkungen hat, es aber unbestimmt lange Zeit dauert, bis es in Kraft tritt? Das wollen sie vermeiden.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 52, comma 01. Prima del comma 1 è inserito il seguente comma: "01. Nel procedimento di approvazione del programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio e del piano comunale per il territorio e il paesaggio, così come dei piani di attuazione e degli accordi di cui all'art.20 della presente legge, il Comune promuove l'informazione e la partecipazione dei cittadini e delle cittadine, delle associazioni e dei gruppi di interesse. I risultati delle attività d'informazione e partecipazione contribuiscono alla definizione degli strumenti di pianificazione. La Provincia, sentita la commissione legislativa competente e il Consiglio dei Comuni, promulga linee guida per la partecipazione della popolazione all'elaborazione dei programmi e dei piani per il territorio e il paesaggio. La Provincia coadiuva i Comuni nel promuovere tale informazione e partecipazione e promuove attività di formazione a supporto dei processi partecipativi e della crescita della cultura della partecipazione".

Artikel 52 Absatz 01. Vor Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt: „01. Im Zuge des Verfahrens zur Genehmigung des Gemeindeentwicklungsprogramms und des Gemeindeplans für Raum und Landschaft sowie der Durchführungspläne und der Vereinbarungen gemäß Artikel 20 des vorliegenden Gesetzes, fördert die Gemeinde die Information und die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, der Verbände sowie der Interessengruppen. Die Ergebnisse der Informations- und Beteiligungstätigkeit tragen zur Festlegung der Planungsinstrumente bei. Nach Anhörung des zuständigen Gesetzgebungsausschusses und des Rates der Gemeinden erlässt das Land Richtlinien für die Beteiligung der Bevölkerung an der Ausarbeitung der Programme und Pläne für Raum und Landschaft. Das Land unterstützt die Gemeinden bei der Förderung der Informations- und Beteiligungstätigkeit und fördert Fortbildungsmaßnahmen zur Unterstützung der partizipativen Prozesse und zum Ausbau der Beteiligungskultur.“

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Blaas. Articolo 52, comma 1. Il comma è così sostituito: "1. La proposta di programma o di piano è adottata, sentita la Commissione comunale territorio e paesaggio, dal Consiglio comunale nei Comuni con meno di 6.000 abitanti e dalla Giunta comunale nei Comuni con più di 6.000 abitanti."

Artikel 52 Absatz 1. Der Absatz erhält folgende Fassung: „1. Der Entwurf für das Programm oder den Plan wird vom Gemeinderat in Gemeinden mit unter 6.000 Einwohnern und vom Gemeindeausschuss in

Gemeinden mit über 6.000 Einwohnern nach Anhörung der Gemeindegemeinschaft Raum und Landschaft beschlossen.“

E' aperta la votazione: respinto con 9 voti favorevoli, 16 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 3, presentato dal consigliere Köllensperger. Articolo 52, comma 6. Il comma è così sostituito: "6. Entro il termine di 30 giorni dal ricevimento del parere vincolante della Commissione, il Consiglio comunale adotta definitivamente la proposta. Il Comune trasmette immediatamente la delibera consiliare e la documentazione necessaria alla ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio."

Artikel 52 Absatz 6. Der Absatz erhält folgende Fassung: „6. Innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der bindenden Stellungnahme der Landeskommission beschließt der Gemeinderat definitiv über den Entwurf. Die Gemeinde übermittelt den Ratsbeschluss mit der erforderlichen Dokumentation unverzüglich der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung.“

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 16 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 52, comma 7. Alla fine del comma 7 dell'articolo 52 è aggiunta la seguente frase: "Qualora la Giunta provinciale non approvi il programma o il piano entro 90 giorni, il Comune può esigere una giustificazione del ritardo e – trascorsi ulteriori 60 giorni senza esito – procedere alla pubblicazione ed attuazione del programma o del piano."

Artikel 52 Absatz 7. Artikel 52 Absatz 7 wird am Ende mit folgendem Satz ergänzt: "Genehmigt die Landesregierung das Programm oder den Plan nicht innerhalb von 90 Tagen, so kann die Gemeinde eine Begründung der Verzögerung einfordern und nach ergebnislosem Verstreichen weiterer 60 Tage das Programm oder den Plan veröffentlichen und in Kraft setzen."

E' aperta la votazione: approvato con 19 voti favorevoli e 11 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 52. Se non ci sono interventi apro la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 13 astensioni.

Passiamo all'articolo 53.

Art. 53

Varianti al piano comunale per il territorio e il paesaggio

1. *Per le varianti al piano comunale che riguardano interventi all'interno dell'area insediabile di cui all'articolo 17, comma 3, e non incidono sulle aree e sugli immobili assoggettati a tutela paesaggistica si applica il procedimento di cui all'articolo 59. L'approvazione della variante spetta comunque sempre al Consiglio comunale.*
2. *Per le varianti al PCTP diverse da quelle previste al comma 1 si applica il procedimento di cui all'articolo 52, ma la relativa adozione è di competenza della Giunta comunale.*
3. *La Giunta provinciale può apportare d'ufficio le modifiche al PSCTP e al PCTP di cui all'articolo 52, comma 7. In tal caso si applica il procedimento di cui all'articolo 49.*
4. *La correzione di errori materiali nelle norme di attuazione, nelle rappresentazioni grafiche o in altri elaborati del piano è disposta su richiesta del Comune o disposta d'ufficio dal direttore/dalla direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio. Dell'intervenuta correzione è data notizia sulla Rete Civica dell'Alto Adige e nel Bollettino Ufficiale della Regione. All'eventuale rigetto della richiesta del Comune provvede con decreto il direttore/la direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio.*
5. *Le correzioni necessarie per l'armonizzazione grafica tra il piano paesaggistico, l'eventuale piano del parco e gli strumenti di pianificazione comunale sono disposte, anche d'ufficio, dal direttore/dalla direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio, sentito il Comune interessato.*

Art. 53

Änderungen zum Gemeindeplan für Raum und Landschaft

1. Auf Änderungen zum Gemeindeplan, die Maßnahmen im Siedlungsgebiet laut Artikel 17 Absatz 3 betreffen und sich nicht auf unter Landschaftsschutz gestellte Gebiete und Liegenschaften auswirken, wird das Verfahren laut Artikel 59 angewandt. Die Genehmigung der Änderung erfolgt jedoch immer durch den Gemeinderat.
2. Auf alle Änderungen zum GPlanRL, welche nicht unter die in Absatz 1 vorgesehenen fallen, wird das Verfahren laut Artikel 52 angewandt, der Entwurf wird jedoch vom Gemeindeausschuss beschlossen.
3. Die Landesregierung kann von Amts wegen die Änderungen laut Artikel 52 Absatz 7 am GProRL und am GPlanRL vornehmen. In diesem Fall wird das Verfahren laut Artikel 49 angewandt.
4. Materielle Fehler in den Durchführungsbestimmungen, in den grafischen Darstellungen oder in anderen Planunterlagen werden auf Antrag der Gemeinde oder von Amts wegen auf Anordnung des Direktors/der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung berichtigt. Die erfolgte Berichtigung wird im Südtiroler Bürgernetz und im Amtsblatt der Region bekannt gemacht. Eine allfällige Ablehnung des Antrages der Gemeinde erfolgt mit Dekret des Direktors/der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung.
5. Die notwendigen Berichtigungen, um den Landschaftsplan, den allfälligen Parkplan und die Planungsinstrumente der Gemeinde graphisch aufeinander abzustimmen, werden nach Anhörung der betroffenen Gemeinde, auch von Amts wegen, vom Direktor/von der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung verfügt.

Sono stati presentati 3 emendamenti. La parola al consigliere Dello Sbarba.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Al comma 2 per le varianti al Piano comunale territorio e paesaggio si applica la procedura di approvazione, ma l'adozione è di competenza della giunta comunale. Noi siamo assolutamente contrari a spostare qualsiasi potere che riguardi l'urbanistica solo sulla giunta comunale e quindi proponiamo di eliminare questa cosa e applicare il procedimento dell'articolo 52, sapendo che a volte, anzi spesso, le varianti sono il Piano e quindi è uno strumento importante e non di poco conto.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Meine beiden Anträge gehen exakt in die gleiche Richtung. Der Antrag Nr. 3 ist identisch zu dem vom Kollegen Dello Sbarba. Auch die Begründung ist identisch wie jene, die er bereits geliefert hat. Der erste Antrag möchte hier zusätzlich eine bindende Stellungnahme der Landeskommision. Insgesamt habe ich die gleichen Zweifel. Wenn wir das auf die Ebene des Gemeindeausschusses herunter brechen, dann kann die Gemeinde einen guten Plan präsentieren und im Ausschuss kann dieser dann laufend abgeändert werden. Wir haben schlussendlich 116 verschiedene Gemeindepläne und das Risiko einer anlassbezogenen Änderung ist hier, das wissen Sie alle, extrem hoch. Aus diesem Grund bin auch ich strikt dagegen, dass das auf die Ebene des Gemeindeausschusses herunter gebrochen wird.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Wir hatten vor wenigen Minuten die Diskussion, wo von verschiedenen Debattenteilnehmern festgestellt wurde, dass das zu schwerfällig wäre. Ich habe gesagt, dass das Gemeindeentwicklungsprogramm das grundlegende Dokument ist und das ist richtig, dass das vom Gemeinderat und von der Landesregierung beschlossen wird. Da haben wir einen zweifachen Schutz. Hingegen was z.B. innerhalb der Siedlungsgrenze ist, soll die Gemeinde flexibel handhaben können. Das wurde auch angemahnt. Hier sollte man schnell handeln können. Es braucht nicht mehr die Prozeduren, die es heute gibt. Heute gilt ein sehr langes Verfahren, wo auch das Land involviert ist. Darum haben wir gesagt, nein, auf der Ebene soll es möglichst flexibel gehandhabt werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass das beim Gemeindeausschuss angesiedelt werden soll.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger. Articolo 53, comma 1. Al termine del comma sono aggiunte le seguenti parole: "entro 30 giorni dal ricevimento del parere vincolante della Commissione provinciale."

Artikel 53 Absatz 1. Am Ende des Absatzes werden folgende Wörter hinzugefügt: ", innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der bindenden Stellungnahme der Landeskommission."

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 14 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 53, comma 2. Le parole ", ma la relativa adozione è di competenza della Giunta comunale" sono soppresse.

Artikel 53 Absatz 2. Die Wörter ", der Entwurf wird jedoch vom Gemeindeausschuss beschlossen" werden gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 15 voti contrari e 9 astensioni.

L'emendamento n. 3 non si tratta in quanto di contenute analogo all'emendamento n. 2.

Passiamo all'articolo 53. E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli, 1 voto contrario e 11 astensioni.

Passiamo all'articolo 54.

Art. 54

Piani delle zone di pericolo e attuazione della direttiva 2012/18/UE

1. La Giunta provinciale approva le linee guida per la redazione dei piani delle zone di pericolo (PZP). Con regolamento di esecuzione sono determinate le norme relative agli interventi ammissibili e alle misure, differenziati a seconda del grado e del tipo di pericolo rilevato, per la prevenzione di pericoli o danni dovuti a eventi naturali. Ove la situazione orografica lo renda opportuno, va privilegiata la redazione di piani delle zone di pericolo sovracomunali.

2. I Comuni redigono i piani delle zone di pericolo nel rispetto delle citate linee guida entro 2 anni dall'entrata in vigore della presente legge.

3. La Giunta provinciale può prorogare tale termine, previa presentazione di un elenco delle priorità da parte del Consiglio dei Comuni.

4. In caso di inerzia del Comune, la Giunta provinciale provvede d'ufficio secondo il procedimento di cui all'articolo 49. Le spese sono addebitate al Comune inerte.

5. L'attuazione degli obiettivi e dei principi di cui alla direttiva 2012/18/UE del Parlamento e del Consiglio, del 4 luglio 2012, sul controllo dei pericoli di incidenti rilevanti connessi con determinate sostanze pericolose tramite adeguate procedure di consultazione, è garantita nei modi di cui ai commi seguenti.

6. Se la Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio tratta questioni riguardanti l'ambito di rischio dell'area intorno allo stabilimento di cui all'articolo 2 della direttiva 2012/18/UE, determinato dalla conferenza dei servizi prevista dall'articolo 11 della legge provinciale 16 giugno 1992, n. 18, e successive modifiche, rilascia il proprio parere tenuto conto delle prescrizioni di cui alla relazione conclusiva della citata conferenza dei servizi.

7. Se sono previsti la nuova costruzione o l'ampliamento di uno stabilimento di cui all'articolo 2 della direttiva 2012/18/UE, oppure se il nuovo insediamento o l'opera progettata si trovano nell'ambito di rischio determinato dalla conferenza dei servizi, senza che sia stato rilasciato il parere di cui al comma 6, l'autorità competente decide tenuto conto delle prescrizioni contenute nella relazione conclusiva della conferenza dei servizi.

Art. 54

Gefahrenzonenpläne und Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU

1. Die Landesregierung genehmigt die Leitlinien für die Erstellung der Gefahrenzonenpläne (GZP). Mit Durchführungsverordnung werden die Bestimmungen zu den zulässigen Maßnahmen und den Vorhaben zur Abwendung von Gefahren oder Schäden durch Naturereignisse, differenziert nach Grad und Art der festgestellten Gefahr, festgelegt. Wo dies aufgrund der naturräumlichen Situation angezeigt ist, ist die Erstellung von übergemeindlichen Gefahrenzonenplänen vorzuziehen.

2. Die Gemeinden erstellen die Gefahrenzonenpläne unter Beachtung der genannten Leitlinien innerhalb von 2 Jahren ab Inkrafttreten dieses Gesetzes.
3. Die Landesregierung kann die genannte Frist verlängern, wenn der Rat der Gemeinden eine entsprechende Prioritätenliste vorlegt.
4. Im Falle der Untätigkeit der Gemeinde geht die Landesregierung von Amts wegen nach dem Verfahren laut Artikel 49 vor. Die Kosten werden der untätigen Gemeinde angelastet.
5. Die Umsetzung der Grundsätze und Ziele der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen durch geeignete Konsultationsverfahren wird gemäß den folgenden Absätzen sichergestellt.
6. Wenn die Landeskommission für Raum und Landschaft mit einer Angelegenheit befasst ist, die den Gefahrenbereich um den Betrieb gemäß Artikel 2 der Richtlinie 2012/18/EU betrifft, wie er von der Dienststellenkonferenz laut Artikel 11 des Landesgesetzes vom 16. Juni 1992, Nr. 18, in geltender Fassung, festgelegt wurde, gibt sie ihre Stellungnahme unter Berücksichtigung der Vorschriften ab, die im Abschlussbericht der genannten Dienststellenkonferenz enthalten sind.
7. Ist der Neubau oder die Erweiterung eines Betriebes laut Artikel 2 der Richtlinie 2012/18/EU geplant oder befindet sich eine neue Niederlassung oder das Bauvorhaben in dem von der Dienststellenkonferenz festgelegten Gefahrenbereich und wurde keine Stellungnahme laut Absatz 6 abgegeben, entscheidet die zuständige Behörde unter Berücksichtigung der Vorschriften, die im Abschlussbericht der Dienststellenkonferenz enthalten sind

Sono stati presentati 4 emendamenti. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): L'articolo 54 parla Piani delle zone di pericolo e nel comma 2 dice che i Comuni redigono i Piani delle zone di pericolo nel rispetto dei citate linee guida entro due anni dall'entrata in vigore della legge e poi il comma 3 dice che la Giunta provinciale può prorogare tale termine, senza dare limiti a tale termine. In realtà nel testo presentato in commissione c'era scritto "può prorogare tale termine per un massimo di due anni", a me sembra che questa previsione vada messa, quindi noi proponiamo di inserirla.

A parte questo, il comma 3 a me sembra un po' strano, perché il comma 2 dice che i Comuni redigono i Piani delle zone di pericolo, ora io mi immagino che alla scadenza dei due anni ci sia qualche Comune che lo ha fatto e qualche Comune che non lo ha fatto, e allora che senso ha dire che la Giunta provinciale può prorogare tale termine previa presentazione di un elenco delle priorità da parte del Consiglio dei Comuni? Qui chi chiede la proroga è il singolo Comune, non il Consiglio dei Comuni, non capisco cosa sia questo elenco delle priorità del Consiglio dei Comuni, mi sembra un po' pasticciato e trattandosi del Piano delle zone di pericolo pasticci non se ne dovrebbero fare.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Ich habe mich gerade informiert, die aktuelle Zahl: 78 Gefahrenzonenpläne, die Hälfte davon sind auch schon genehmigt und liegen auf. Es hat lange gedauert, aber das war auch gut so. Zum Vergleich im Bundesland Tirol hat es 40 Jahre gedauert bis alle Gemeinden die Gefahrenzonenpläne vorliegen hatten. In Absprache mit dem Rat der Gemeinden wird eine Prioritätenliste erarbeitet. Das ist auch wichtig. Es hätte keinen Sinn, wenn alle zugleich kommen würden. Wir haben es für richtig empfunden, hier Prioritäten zu setzen. Es gibt Gemeinden, wo das Gefahrenpotential wesentlich höher ist als in anderen Gemeinden. Ich möchte unabhängig vom Gesetzgebungsverfahren auch darauf hinweisen, wir hatten bis vor wenigen Jahren noch grundsätzliche Probleme. Viele Gemeinden haben die Sinnhaftigkeit der Gefahrenzonenpläne stark angezweifelt, dem ist heute nicht mehr so. Die Privaten, wenn sie etwas bauen möchten, müssten selbst diese Gutachten beilegen und die sind nicht gerade billig. Man stellt dem Ganzen sowieso nicht aus, wir haben auch eine Möglichkeit vorgesehen und als Landtag genehmigt, dass Umweltgelder auch für Maßnahmen, die in Gefahrenzonenplänen vorgesehen sind, verwendet werden können. Wir haben insgesamt einen sehr großen Zug, diese Gefahrenzonenpläne umzuändern. Auch diese 2 Jahre sind in Absprache mit dem Rat der Gemeinden entstanden.

PRESIDENTE: Grazie assessore, possiamo alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Pöder. Articolo 54, comma 2. Le parole "2 anni" sono sostituite dalle parole "un anno".

Artikel 54 Absatz 2. Die Wörter "2 Jahren" werden durch die Wörter "einem Jahr" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 15 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Pöder. Articolo 54, comma 3. Il comma è soppresso.

Artikel 54 Absatz 3. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 15 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 54, comma 3. Dopo le parole: "può prorogare tale termine" sono aggiunte le parole "per un massimo di 2 anni".

Artikel 54 Absatz 3. Nach den Wörtern "kann die genannte Frist" werden die Wörter "um höchstens 2 Jahre" eingefügt.

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 15 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dal consigliere Pöder. Articolo 54, comma 4. Il comma è così sostituito: "4. Se un Comune non predispone e approva un piano delle zone di pericolo entro il termine di cui al comma 2, la Giunta provinciale, come previsto dall'Ordinamento dei Comuni vigente in Regione, entro un mese dalla decorrenza del termine nomina un commissario prefettizio, il quale quanto prima, e in ogni caso entro 4 mesi, predispone un piano delle zone di pericolo."

Artikel 54 Absatz 4. Der Absatz erhält folgende Fassung: „4. Wenn eine Gemeinde nicht innerhalb der in Abs. 2 vorgesehenen Frist einen Gefahrenzonenplan erstellt und beschlossen hat, setzt die Landeregierung innerhalb von einem Monat nach Ablauf der Frist einen kommissarischen Verwalter der Gemeinde gemäß den Bestimmungen der in der Region geltenden Gemeindeordnung ein, welcher unverzüglich und jedenfalls innerhalb von 4 Monaten einen Gefahrenzonenplan erstellt.“

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 15 voti contrari e 9 astensioni.

Passiamo all'articolo 54. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): È chiaro, i Piani delle zone di pericolo mettono dei vincoli alla possibilità di edificare e quindi creare profitto per i proprietari dei terreni. Non sempre è così, ma spesso il tiro alla fune che succede nei Comuni sui Piani delle zone di pericolo deriva ovviamente dagli interessi in conflitto su questo piano.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nur eine Frage an den Landesrat. Die Zahl, die Sie vorher genannt haben, war das die Anzahl der Gemeinden, die den Gefahrenzonenplan aufgestellt haben? Was passiert, wenn in einer Gemeinde ein Betrieb gebaut wurde, weil es dort noch keinen Gefahrenzonenplan gibt, und dann festgestellt wird, dass der Betrieb in dieser Gefahrenzone liegt. Was ist dann die Folge, die daraus resultiert? Würden Sie das kurz erklären?

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Zur ersten Frage: Ja es ist die Anzahl der Gemeinden. Zur zweiten: Dieser Betrieb darf nicht erweitert werden.

PRESIDENTE: Grazie. Mettiamo in votazione l'articolo 54.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 13 astensioni.

Passiamo all'art. 55.

Art. 55

Procedimento di approvazione dei piani delle zone di pericolo

1. Per l'approvazione dei piani delle zone di pericolo si applica la procedura di cui all'articolo 52. La Giunta provinciale decide, sentiti gli uffici competenti della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio, della ripartizione provinciale competente per le foreste, l'ufficio provinciale competente in materia di geologia e prove materiali e l'agenzia provinciale competente per la protezione civile.

2. Le prescrizioni del piano delle zone di pericolo prevalgono su eventuali prescrizioni contrattanti del piano comunale.

3. Nel caso in cui si acquisiscano nuove conoscenze o qualora, per effetto della realizzazione di opere di protezione o di eventi di altro genere, si verificano cambiamenti sostanziali delle situazioni di pericolo, si procede alla modifica del piano delle zone di pericolo.

4. Se un intervento risulta in contrasto con il piano delle zone di pericolo, l'autorità competente sospende il rilascio o il perfezionamento del titolo abilitativo in attesa della modifica del progetto o della realizzazione di opere di protezione o di altri interventi che garantiscano un adeguato livello di sicurezza.

Art. 55

Verfahren zur Genehmigung
der Gefahrenzonenpläne

1. Auf die Genehmigung der Gefahrenzonenpläne wird das Verfahren laut Artikel 52 angewandt. Die Landesregierung entscheidet nach Anhören der zuständigen Ämter der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung und der für Forstwirtschaft zuständigen Landesabteilungen, des für Geologie und Baustoffprüfung zuständigen Landesamtes sowie der für Bevölkerungsschutz zuständigen Landesagentur.

2. Die Vorschriften des Gefahrenzonenplanes haben Vorrang gegenüber allfälligen abweichenden Vorschriften des Gemeindeplanes.

3. Wenn neue Erkenntnisse vorliegen oder wenn sich die Gefahrensituationen infolge der Errichtung von Schutzbauten oder durch sonstige Ereignisse erheblich ändern, wird der Gefahrenzonenplan abgeändert.

4. Bei Vorhaben, die im Widerspruch zum Gefahrenzonenplan stehen, setzt die zuständige Behörde die Erteilung oder Vervollständigung der Genehmigung aus, bis das Projekt entsprechend geändert ist oder Schutzbauten oder andere Maßnahmen realisiert worden sind, mit denen ausreichende Sicherheit gewährleistet ist.

Sono presentati due emendamenti. Collega Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Assessore Theiner, io non capisco il testo italiano del Suo emendamento, c'è confusione della sintassi.

Trattandosi delle zone di pericolo e dell'approvazione d'ufficio delle varianti alle zone di pericolo, penso che il testo debba essere estremamente preciso e chiaro, teniamo conto che poi qui nascono spesso contenziosi in tribunale e c'è ancora la norma che il testo che fa fede giuridicamente è il testo italiano.

Il nostro emendamento riguarda il comma 4. C'è un pericolo, però qualcuno costruisce, oppure rilascia il permesso di costruire, la Provincia, autorità competente, sospende queste autorizzazioni, a meno che non si modifichi il progetto in contrasto con la zona di pericolo, oppure si realizzino opere di protezione o altri interventi che garantiscono – e qui il testo dice – un adeguato livello di sicurezza. Chi stabilisce qual è l'adeguato livello di sicurezza? Siamo in aree dove qualcuno vuole costruire e il piano di pericolo gli mette i bastoni fra le ruote, allora si fanno delle opere e queste sono sufficienti se garantiscono un adeguato livello di sicurezza. A mio parere questo termine non è corretto, non è giuridicamente individuabile e io preferisco – e per questo noi abbiamo fatto un emendamento – sostituirlo con le parole che erano previste nel testo iniziale della legge, non quello arrivato in commissione ma una bozza precedente, che prevedeva – come prevede la normativa statale – l'eliminazione del pericolo e noi proponiamo di mantenerla.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Das ist korrekt, Kollege Dello Sbarba, was Sie zitiert haben. Wir haben das ursprünglich vorgesehen. Es hat hier auch eine Diskussion gegeben mit den entsprechenden Berufsgemeinschaften und uns wurde klargemacht, dass eine komplette Ausschaltung des Risikos nicht möglich ist. Niemand kann sagen, dieses Gebiet ist garantiert lawinensicher oder hier ist garantiert kein Murenabgang. Das kann man leider Gottes nicht von vorneherein ausschließen. So wie es wir hier festgeschrieben haben, ist eine ausreichende Sicherheit gegeben, aber eine Garantie kann von Niemandem verlangt werden. Ich möchte auf den sprachlichen Einwand zu sprechen kommen vom Kollege Dello Sbarba. Wir haben hier den geltenden Gesetzestext, der schon in Kraft ist. Wir haben nur den wieder verwendet. Was heißt dieser Änderungsantrag? Also: "Die Änderungen an Gefahrenzonenplänen infolge von Sicherungsmaßnahmen, die von der Landesverwaltung oder den Gemeinden durchgeführt wurden,

können durch die Landesregierung nach Anhörung der zuständigen Ämter genehmigt werden; in diesem Fall entfallen die vorhergehenden Verfahrensschritte laut Artikel 52." Ein konkretes Beispiel ist wenn die Landesverwaltung für eine Lawinerverbauung aufkommt. Sinn und Zweck ist es ja das Risiko zu minimieren, wie gesagt, ganz ausgeschaltet kann es nicht werden. Aber die Fachleute sagen, aller Voraussicht nach gibt es hier kein Gefahrenpotential. Den italienischen Text haben wir vom heute geltenden Text übernommen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): interrompe

PRESIDENTE: Lo rileggo io. Nel testo italiano va eliminata la prima riga, che è una ripetizione, per cui l'emendamento Theiner suona così: "Le modifiche ai piani delle zone di pericolo, dovute a misure di sicurezza attuate dall'amministrazione provinciale [...]" e tutto il resto poi scorre. Si toglie "qualora la Giunta provinciale non approvi".

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Ok, das war falsch. Ja, das ist richtig.

PRESIDENTE: Grazie. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 55 comma 1. Alla fine del comma 1 dell'articolo 55 è aggiunta la seguente frase: "Le modifiche ai piani delle zone di pericolo dovute a misure di sicurezza attuate dall'Amministrazione provinciale o comunale possono essere approvate dalla Giunta provinciale sentiti gli uffici competenti; in questo caso non si applicano le fasi procedurali antecedenti di cui all'articolo 52."

Artikel 55 Absatz 1. Artikel 55 Absatz 1 wird am Ende mit folgendem Satz ergänzt: "Die Änderungen an Gefahrenzonenplänen infolge von Sicherungsmaßnahmen, die von der Landesverwaltung oder den Gemeinden durchgeführt wurden, können durch die Landesregierung nach Anhören der zuständigen Ämter genehmigt werden; in diesem Fall entfallen die vorhergehenden Verfahrensschritte laut Artikel 52."

E' aperta la votazione: approvato con 21 voti favorevoli e 7 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 55, comma 4. Le parole "un adeguato livello di sicurezza" sono sostituite dalle parole "l'eliminazione del pericolo".

Artikel 55 Absatz 4. Die Wörter "mit denen ausreichende Sicherheit gewährleistet ist" werden durch die Wörter "mit denen die Gefahr beseitigt wird" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 8 voti favorevoli, 16 voti contrari e 2 astensioni.

Passiamo all'articolo 55. Se non ci sono interventi passiamo alla votazione.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 13 astensioni.

Passiamo all'art 56.

CAPO IV

PIANIFICAZIONE ATTUATIVA

Art. 56

Piano di attuazione

1. *Il piano di attuazione (PdA) viene elaborato per nuove zone miste da destinare e per le aree per le quali la presente legge o il piano comunale lo preveda. I piani di attuazione possono essere elaborati anche per altre aree. In questo caso devono essere inseriti nel piano comunale in sede di approvazione.*

2. *Con il piano di attuazione viene garantito l'uso e l'allestimento efficiente e di qualità degli spazi pubblici e privati. Il piano di attuazione si basa sull'equa ripartizione, tra tutti i soggetti proprietari degli immobili interessati, dei diritti edificatori, degli obblighi di messa a disposizione delle opere di urbanizzazione primaria e secondaria e delle relative aree. Il piano di attuazione disciplina inoltre il recupero della quota del plusvalore della pianificazione di cui all'articolo 19.*

3. *La ripartizione dei diritti e degli obblighi di cui al comma 2 avviene indipendentemente dall'ubicazione originaria dei singoli immobili interessati, tenuto conto delle aree rispettivamente utilizzate.*

4. *Il piano di attuazione comprende:*

a) *una rappresentazione in scala non inferiore a 1:500, con i seguenti contenuti minimi:*

- 1) la delimitazione della zona, lo stato di fatto, l'utilizzazione, la planivolumetria degli edifici esistenti all'interno della zona e di quelli circostanti la zona;
 - 2) i principali dati altimetrici, le opere di urbanizzazione primaria e secondaria, gli allacciamenti alle opere esistenti al di fuori della zona, gli accessi, la planivolumetria e la destinazione d'uso degli edifici previsti;
 - 3) le disposizioni tipologiche, estetiche e costruttive sugli edifici, sugli spazi pubblici e sull'allestimento delle aree verdi;
 - 4) la rappresentazione delle superfici destinate all'edilizia agevolata;
 - b) la relazione illustrante l'impostazione del piano, con indicazioni dettagliate delle opere di urbanizzazione primaria e secondaria esistenti o da realizzare, nonché l'indicazione di massima della spesa relativa alle opere da realizzare;
 - c) la situazione catastale e fondiaria;
 - d) le norme di attuazione;
 - e) uno schema per la costituzione della comunione e/o per la divisione materiale dei terreni;
 - f) il plastico in scala non inferiore a 1:500 o una idonea visualizzazione tridimensionale.
5. Il piano d'attuazione deve rispettare la destinazione della zona e la densità edilizia stabilita nel piano comunale. Salvo prescrizioni particolari per singole zone, esso può derogare alle altre prescrizioni previste per la zona nel piano comunale.
6. Con piano d'attuazione possono essere stabilite le distanze degli edifici all'interno della zona, dai confini della zona e dagli edifici al di fuori della zona. Tali distanze possono essere anche inferiori a quelle stabilite dal piano comunale per la zona interessata o per le zone confinanti, a condizione che siano comunque idonee ad assicurare un equilibrato assetto urbanistico e paesaggistico in relazione alle tipologie degli interventi consentiti, tenuto conto degli specifici caratteri dei luoghi e dell'allineamento degli immobili già esistenti. È comunque fatto salvo il rispetto delle norme del codice civile e dei vincoli di interesse culturale e paesaggistico.
7. Qualora con il piano di attuazione vengano stabilite distanze dagli edifici al di fuori della zona inferiori a quelle stabilite dal piano comunale per le zone confinanti, nella proposta del piano di attuazione di cui all'articolo 59, comma 1, gli edifici al di fuori della zona dovranno essere graficamente evidenziati.
8. In sede di approvazione del piano di attuazione il Comune può prevedere che anche gli interventi di nuova costruzione e di ristrutturazione urbanistica possano essere realizzati tramite segnalazione certificata di inizio attività (SCIA), purché il piano contenga precise disposizioni planivolumetriche, tipologiche, estetiche e costruttive.
9. L'incarico per la redazione di un nuovo piano di attuazione per zone miste con una superficie superiore a 5.000 metri quadrati o per zone produttive con una superficie superiore a 10.000 metri quadrati viene assegnato mediante concorso di progettazione ai sensi dell'articolo 18 della legge provinciale 17 dicembre 2015, n. 16, e successive modifiche.

IV. KAPITEL DURCHFÜHRUNGSPLANUNG

Art. 56

Durchführungsplan

1. Durchführungspläne (DFP) müssen für neu auszuweisende Mischgebiete sowie für jene Flächen erstellt werden, für die dieses Gesetz oder der Gemeindeplan dies vorsieht. Durchführungspläne können auch für andere Flächen erstellt werden. In diesem Fall sind sie bei ihrer Genehmigung in den Gemeindeplan einzutragen.
2. Der Durchführungsplan gewährleistet die effiziente und hochwertige Nutzung und Gestaltung des öffentlichen und privaten Raumes. Er basiert auf der gerechten Aufteilung der Baurechte unter allen Eigentümern/Eigentümerinnen der betroffenen Liegenschaften sowie der damit verbundenen Verpflichtung zur Bereitstellung von primären und sekundären Erschließungsanlagen und der hierfür erforderlichen Flächen. Der Durchführungsplan regelt zudem den anteilmäßigen Einbehalt des Planungsmehrwertes laut Artikel 19.

3. Die Aufteilung der in Absatz 2 genannten Rechte und Pflichten erfolgt, unabhängig von der ursprünglichen Lage der einzelnen betroffenen Liegenschaften, unter Berücksichtigung der jeweils beanspruchten Flächen.

4. Der Durchführungsplan enthält:

a) eine Darstellung im Maßstab von mindestens 1:500 mit folgendem Mindestinhalt:

1) die Gebietsbegrenzung, der Ist-Zustand, die Nutzung und die Baumassenverteilung der im Gebiet bestehenden und der umliegenden Gebäude,

2) die wichtigsten Höhenmaße, die primären und sekundären Erschließungsanlagen, die Anschlüsse an die außerhalb des Gebietes bestehenden Bauwerke, die Zufahrten und Zugänge sowie die Baumassenverteilung und die Zweckbestimmung der vorgesehenen Gebäude,

3) die Bestimmungen zur Charakteristik, Ästhetik und baulichen Gestaltung der Gebäude und der öffentlichen Räume und zur Ordnung der Grünflächen,

4) die Darstellung der Flächen, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind,

b) eine Beschreibung des Plankonzepts mit detaillierten Angaben zu den vorhandenen oder zu errichtenden primären und sekundären Erschließungsanlagen sowie mit Angabe der voraussichtlichen Kosten der zu errichtenden Anlagen,

c) den Kataster- und Grundbuchsstand,

d) die Durchführungsbestimmungen,

e) den Entwurf für die Gründung der Miteigentumsgemeinschaft und/oder für die materielle Teilung der Grundstücke,

f) das Modell im Maßstab von mindestens 1:500 oder eine entsprechende 3D-Visualisierung.

5. Der Durchführungsplan muss die Nutzung des Gebietes und die Baudichte einhalten, welche im Gemeindeplan festgeschrieben sind. Vorbehaltlich besonderer Vorschriften für einzelne Gebiete kann er von den anderen Vorgaben abweichen, die der Gemeindeplan für das jeweilige Gebiet vorsieht.

6. Mit dem Durchführungsplan können die Gebäudeabstände innerhalb des Gebietes, zu den Gebietsgrenzen und zu den Gebäuden außerhalb des Gebietes festgelegt werden. Diese Abstände können auch geringer sein als jene, die der Gemeindeplan für das betreffende Gebiet oder für die angrenzenden Gebiete vorsieht, sofern unter Berücksichtigung der besonderen Ortseigenschaften und der Anordnung der bereits bestehenden Liegenschaften trotzdem je nach Art der erlaubten Eingriffe eine ausgeglichene Raum- und Landschaftsordnung gewährleistet wird. Auf jeden Fall sind die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches und die Bindungen von kulturellem und landschaftlichem Interesse einzuhalten.

7. Wenn mit dem Durchführungsplan geringere Abstände zu Gebäuden außerhalb des Gebietes vorgesehen werden als im Gemeindeplan für die angrenzenden Gebiete festgelegt, müssen die betroffenen Gebäude außerhalb des Gebietes im Planentwurf laut Artikel 59 Absatz 1 grafisch hervorgehoben werden.

8. Die Gemeinde kann im Rahmen der Genehmigung des Durchführungsplanes vorsehen, dass auch die Neubaumaßnahmen und die Maßnahmen zur städtebaulichen Umgestaltung mit zertifizierter Meldung des Tätigkeitsbeginns (ZeMeT) realisiert werden können, sofern der Plan bereits präzise Bestimmungen zur Baumassenverteilung, zur Charakteristik, zur Ästhetik und zur Bebauung enthält.

9. Der Auftrag zur Erstellung eines neuen Durchführungsplanes für Mischgebiete mit einer Fläche von mehr als 5.000 Quadratmeter oder für Gewerbegebiete mit einer Fläche von mehr als 10.000 Quadratmeter wird durch einen Planungswettbewerb im Sinne von Artikel 18 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16, in geltender Fassung, vergeben.

Sono stati presentati 8 emendamenti. Consigliere Zimmerhofer, prego.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir kommen zum Kapitel 4. Durchführungsplanung. Wir ersuchen im Art. 56 Absatz 4 Buchstabe a) Punkt 4), dass dieser Punkt gestrichen werden soll. Begründung. Die Darstellung der Flächen, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind, sollten nicht zwangsläufig hinterlegt werden müssen, da das einen zusätzlichen Kosten- und Planungsaufwand darstellt. Danke schön!

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Kollege Zimmerhofer, Ihr Abänderungsantrag sagt: Absatz 4 Buchstabe a) "eine Darstellung im Maßstab von mindestens 1:500 mit folgendem Mindestinhalt:", das soll gestrichen werden. Wir brauchen das. Die Flächen müssen identifiziert werden. Wir brauchen genau diese Darstellung, ansonsten kann es nicht identifiziert werden. Man muss wissen, wo die Flächen für den geförderten Wohnbau sind.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione degli emendamenti all'articolo 56.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle. Articolo 56, comma 4, lettera a), punto 4). Il punto è soppresso.

Artikel 56 Absatz 4 Buchstabe a) Punkt 4). Der Punkt wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 6 voti favorevoli, 15 voti contrari e 5 astensioni.

L'emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Tinkhauser, Oberhofer, Blaas e Zingerle, articolo 56, comma 4, lettera a), numero 4) e **l'emendamento n. 3**, presentato dai consiglieri Widmann, Stirner, e Schiefer, articolo 56, comma 4, lettera a) punto 4), non si votano perché sono analoghi a quello precedente.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 56, comma 5. Le parole "Salvo prescrizioni particolari per singole zone, esso può derogare alle altre prescrizioni previste per la zona nel piano comunale." sono soppresse.

Artikel 56 Absatz 5. Die Wörter "Vorbehaltlich besonderer Vorschriften für einzelne Gebiete kann er von den anderen Vorgaben abweisen, die der Gemeindeplan für das jeweilige Gebiet vorsieht." werden gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 5, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 56, comma 6. Il comma è soppresso.

Artikel 56 Absatz 6. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 15 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 6, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 56, comma 6. I secondo periodo è soppresso.

Artikel 56 Absatz 6. Der zweite Satz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 15 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 7, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 56, comma 7. Il comma è soppresso.

Artikel 56 Absatz 7. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 14 voti contrari e 8 astensioni.

Emendamento n. 8, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 56, comma 8. Il comma è soppresso.

Artikel 56 Absatz 8. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 14 voti contrari e 8 astensioni.

Passiamo all'articolo 56. Consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Prima volevo intervenire sugli emendamenti per presentarli, ma sono già stati votati, non importa. Però vorrei dire una cosa che si riferisce a un emendamento importante. Io trovo che in questo articolo ci sia una contraddizione forte, il Piano di attuazione ovviamente è un Piano di attuazione del Piano comunale e nel comma 5 si dice "Il Piano d'attuazione deve rispettare la destinazione della zona e la densità edilizia stabilita nel Piano comunale. Salvo prescrizioni particolari per singole zone, esso può derogare alle altre prescrizioni previste per la zona nel Piano comunale". Ma se può derogare alle altre prescrizioni previste per la zona del Piano comunale, che ci sta a fare il Piano comunale se nel Piano di attuazione si può derogare in maniera così generosa? Questo era il nostro dubbio, per questo volevamo eliminare questo passo.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Das ist genau so wie es bereits heute der Fall ist. Das steht im Gemeindeplan und man kann, weil es eben spezifische Erfordernisse in einer bestimmten Zone gibt, andere Vorschriften erlassen. Das ist heute auch schon so.

PRESIDENTE: Grazie. Passiamo alla votazione dell'articolo 56.

E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 12 astensioni.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Scusi presidente, Lei sa che su questo articolo e sul prossimo noi avevamo presentato dei subemendamenti a dei nostri emendamenti e voi ce li avete dichiarati non ammissibili perché erano subemendamenti che agivano non sull'emendamento, ma sull'articolo. Erano emendamenti soppressivi e poi invece il subemendamento diceva che l'articolo era modificato. Io ho accettato perché il subemendamento deve lavorare sull'emendamento, non sull'articolo. Poi ho ricevuto – e lo dico subito così ci pensate – un emendamento 4.1 all'articolo 61, comma 1, lettera e), n. 6 che si riferisce all'emendamento n. 4, che dice “La cifra ‘20’ è sostituita dalla cifra ‘30’”, quindi l'emendamento parla solo di una sostituzione di una cifra con un'altra. Il subemendamento invece, agisce sull'articolo e non sull'emendamento perché sostituisce le parole “20% del” con le parole “40% se si tratta di volume fuori terra e 80% se si tratta di volume interrato”. Questo è un subemendamento che agisce sull'articolo e non sull'emendamento. Lo sollevo alla cieca, non ho ancora valutato il tipo di emendamento che è stato presentato, ma se era vero, e io lo ho accettato, che i nostri subemendamenti che obiettivamente lavoravano sull'articolo e non sull'emendamento, non potevano essere accettati, allora anche il subemendamento n. 4.1 a mio parere per lo stesso motivo non può essere ammissibile.

PRESIDENTE: Ce lo guardiamo.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Guardatevelo bene.

PRESIDENTE: Passiamo all'articolo 57.

Art. 57

Piano di recupero

- 1. Ai fini del perseguimento degli obiettivi di cui all'articolo 25, per i centri storici i Comuni devono elaborare piani di attuazione denominati piani di recupero.*
- 2. Il piano di recupero può modificare l'assetto esistente dei lotti, delle infrastrutture e delle destinazioni d'uso.*
- 3. Il piano di recupero può inoltre prevedere la demolizione di edifici esistenti non più compatibili con gli obiettivi della pianificazione comunale.*
- 4. Per gli immobili sottoposti a vincolo storico e artistico le misure di recupero sono definite in accordo con la ripartizione provinciale competente in materia di tutela storico-artistica. I piani di recupero per i centri storici sono definiti previo parere della ripartizione provinciale competente in materia di tutela storico-artistica.*
- 4-bis. Per variazioni dei piani di recupero, che non riguardano edifici sotto tutela delle belle arti, non è necessario il parere della ripartizione provinciale competente in materia di tutela storico-artistica.*
- 5. Al piano di recupero si applicano, in quanto compatibili, le norme previste per il piano di attuazione.*

Art. 57

Wiedergewinnungsplan

- 1. Zur Erreichung der Ziele gemäß Artikel 25 müssen die Gemeinden für die historischen Ortskerne Durchführungspläne ausarbeiten, die als Wiedergewinnungspläne bezeichnet werden.*
- 2. Der Wiedergewinnungsplan kann die bestehende Ordnung der Baulose, der Infrastrukturen und der Zweckbestimmungen verändern.*
- 3. Der Wiedergewinnungsplan kann zudem den Abbruch bestehender Gebäude vorsehen, deren Erhalt nicht mit den Zielen der Gemeindeplanung kompatibel ist.*
- 4. Für denkmalgeschützte Liegenschaften werden die Wiedergewinnungsmaßnahmen im Einvernehmen mit der für Denkmalschutz zuständigen Landesabteilung festgelegt. Die Wiedergewinnungspläne für die historischen Ortskerne werden nach Einholung der Stellungnahme der für Denkmalschutz zuständigen Landesabteilung festgelegt.*

4-bis. Für Änderungen der Wiedergewinnungspläne, welche keine denkmalgeschützten Gebäude betreffen, ist das Gutachten der für Denkmalschutz zuständigen Landesabteilung nicht erforderlich.

5. Soweit vereinbar, sind auf den Wiedergewinnungsplan die Bestimmungen über die Durchführungspläne anzuwenden.

Sono stati presentati 3 emendamenti. E' aperta la discussione. Collega Knoll, prego.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Köllensperger, erklären sie bitte, warum Sie "die denkmalgeschützten Liegenschaften" durch die Wörter "historische Ortskerne" ersetzen möchten. Es gibt durchaus auch außerhalb der historischen Ortskerne denkmalgeschützte Liegenschaften, die ins Interesse einer solchen Planung kommen könnten und die dann außen vor wären. Was ist dafür der Grund?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Noi vorremmo eliminare il comma 4-bis che restringe la possibilità di parere della Ripartizione delle belle arti nel caso dei Piani di recupero. Ci sembra un argomento delicato e il giudizio della Ripartizione belle arti ci sembra necessario.

SCHIEFER (SVP): Ich möchte nur auf Punkt 4-bis hinweisen. "Für Änderungen der Wiedergewinnungspläne, welche keine denkmalgeschützten Gebäude betreffen, ist das Gutachten der für Denkmalschutz zuständigen Landesabteilung nicht erforderlich." Das habe ich in der Gesetzgebungskommission eingebracht und zwar aus der einfachen Überlegung, weil es viele Fälle gibt. Nicht bei der Gesamtgenehmigung eines Wiedergewinnungsplanes sondern nur bei Abänderung des Wiedergewinnungsplanes. Der zuständige Landesrat Mussner horcht aufmerksam zu. Da ist es unnütz, dass man für kleine Abänderungen von Wiedergewinnungsplänen, wo keine denkmalgeschützten Gebäude vorhanden sind, das Gutachten des Landesdenkmalamtes verlangt. Das Landesdenkmalamt ist eh schon überfordert, Gutachten abzugeben und kommt mit der Arbeit vielfach nicht nach. Deshalb würde ich bitten, dass man das lässt und dass man insofern den Bauwerbern und den Gemeinden entgegen kommt. Danke.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Mein Antrag Nr. 3 ist identisch zum Antrag Nr. 2 des Kollegen Dello Sbarba, den Absatz 4-bis zu streichen, auch aus dem gleichen Grund. Zu Antrag Nr. 1 und auch zur Frage von Sven Knoll: Ich möchte "denkmalgeschützte Liegenschaften" mit "innerhalb der historischen Ortskerne" ersetzen weil die Stellungnahme der zuständigen Landesabteilung so nur auf jene Gebiete/Zonen limitiert wird, wo denkmalgeschützte Gebäude stehen. Ich möchte das auf den ganzen historischen Ortskern ausdehnen. Also mehr Schutz nicht weniger.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Kollege Köllensperger, wir haben jetzt schon eine ständige fachliche Betreuung in der Kommission, den Fachmann für Baukultur. Ich glaube es wäre übertrieben, wenn wir zusätzlich noch das Denkmalamt involvieren würden. Ich glaube, man würde übers Ziel hinausschießen. Den Absatz 4-bis, den Sie streichen wollen, sind wir der Meinung, dass wir ihn sehr wohl brauchen.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione degli emendamenti all'articolo 57.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger. Articolo 57, comma 4. Le parole „Per gli immobili sottoposti a vincolo storico e artistico“ sono sostituite dalle parole “Per tutte le aree del centro storico,”.

Artikel 57 Absatz 4. Die Wörter „Für denkmalgeschützte Liegenschaften“ werden durch die Wörter „Innerhalb der historischen Ortskerne“ ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 23 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 57, comma 4-bis. Il comma è soppresso.

Artikel 57 Absatz 4-bis. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 13 voti favorevoli, 14 voti contrari e 1 astensione.

L'emendamento n. 3 decade in quanto analogo al n. 2.

Passiamo ora all'articolo 57. Collega Knoll, prego.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich möchte nur auf das antworten, was Kollege Theiner angesprochen hat, dass man für Gebäude, die nicht unter Denkmalschutz stehen, nicht nochmals ein Gutachten vom Denkmalamt einholt. Ich empfinde das schon problematisch. Es gibt eine Reihe von Gebäuden, die durchaus erhaltenswert wären oder zumindest Teile davon, die aber heute nicht als denkmalgeschützte Gebäude ausgewiesen sind. Oder und das erleben wir auch immer wieder, dass es denkmalgeschützte Gebäude gibt, die irgendwann aus dem Denkmalschutz heraus genommen werden, und dann plötzlich zum Abriss freistehen. Das wird bei normalen Gebäuden nicht zur Anwendung kommen. Wenn irgendwo ein Wohnhaus von den 70er, 80er Jahren steht, dann stellt sich diese Frage nicht. Es geht hier um wenige Fälle, wo ich glaube, dass es interessant wäre, wenn man dort zumindest nochmals ein Gutachten des Denkmalschutzamtes einholt, ob es sinnvoll wäre, dieses Gebäude zu erhalten oder nicht. Erinnern wir uns z.B. an den Fall des ehemaligen Gerichtsgebäudes in Welsberg, was da passiert ist. Da wäre ich froh gewesen, wenn man denkmalschutztechnisch ein bisschen genauer hingeschaut hätte. Wenn dieser Passus 4-bis nicht enthalten ist, ändert das substantiell nichts, aber er gibt uns die Möglichkeit in solchen Fällen das Denkmalamt nochmals um ein Gutachten zu fragen. Deswegen, Herr Landtagspräsident, würde ich bitte eine getrennte Abstimmung des Artikels 4-bis verlagern.

PRESIDENTE: Suspendo la seduta per 20 minuti.

ORE 15.52 UHR

ORE 16.10 UHR

PRESIDENTE: Possiamo riprendere i lavori. Siamo alla votazione dell'articolo 57. E' stata chiesta la votazione separata del comma 4-bis. Per cui voteremo prima l'articolo 57 con l'esclusione del comma 4-bis.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 13 astensioni.

Passiamo ora alla votazione del comma 4-bis.

E' aperta la votazione: approvato con 17 voti favorevoli, 9 voti contrari e 4 astensioni.

Passiamo all'articolo 58.

Art. 58

Piano di riqualificazione urbanistica

1. Per le zone di riqualificazione urbanistica di cui all'articolo 29 deve essere predisposto, nell'interesse pubblico di migliorare la qualità dell'ambiente e del tessuto urbanistico, un piano di attuazione denominato piano di riqualificazione urbanistica (PRU). Gli interventi di riqualificazione urbanistica possono essere volti ad incentivare la razionalizzazione e valorizzazione del patrimonio edilizio esistente, degli spazi pubblici e delle aree verdi e a promuovere ed agevolare la rigenerazione delle aree già urbanizzate con le seguenti finalità:

- a) favorire il riuso delle aree già urbanizzate e renderne attrattiva la trasformazione;
- b) favorire la densificazione delle aree urbane;
- c) mantenere e incrementare l'attrattività dei quartieri, favorendo la pluralità delle relative funzioni;
- d) riqualificare le connessioni con il contesto urbano.

2. L'attuazione degli interventi previsti nel piano di riqualificazione urbanistica è disciplinato da accordi urbanistici ai sensi dell'articolo 20.

3. Al piano di riqualificazione urbanistica si applicano, in quanto compatibili, le norme previste per il piano di attuazione e il piano di recupero.

Art. 58

Neugestaltungsplan

1. Für die Gebiete urbanistischer Neugestaltung laut Artikel 29 muss zur gemeinnützigen Verbesserung der Umweltqualität und des städtebaulichen Gefüges ein Durchführungsplan, genannt Neugestaltungsplan, erstellt werden. Die Neugestaltungsmaßnahmen können darauf abzielen, die bestehende Bausubstanz, die öffentlichen Räume und die Grünflächen zu rationali-

sieren und aufzuwerten und die Wiederbelebung der bereits erschlossenen Gebiete mit folgender Zielsetzung zu fördern und zu erleichtern:

a) die Wiederverwendung bereits erschlossener Gebiete begünstigen und Anreize für die Umwandlung schaffen,

b) die Verdichtung der urbanen Gebiete begünstigen,

c) die Attraktivität der Ortsviertel durch eine Vielfalt von Nutzungen erhalten und steigern,

d) die Einbindung in den städtebaulichen Kontext neugestalten.

2. Die Umsetzung der im Neugestaltungsplan vorgesehenen Maßnahmen wird durch Raumordnungsvereinbarungen laut Artikel 20 geregelt.

3. Soweit vereinbar, werden auf den Neugestaltungsplan die Bestimmungen zum Durchführungs- und zum Wiedergewinnungsplan angewandt.

Sono stati presentati 2 emendamenti. La parola al consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Assessore, vedo che abbiamo lo stesso dubbio sul comma 2, sono contento. Noi volevamo eliminare la previsione che per forza gli interventi del Piano di riqualificazione urbanistica passassero per forza attraverso gli accordi urbanistici, ho visto che Lei lo trasforma in una *Kann-Bestimmung* che può anche andar bene, per cui sono contento che la sostanza dell'obiettivo venga ottenuta con l'uno o con l'altro emendamento.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Es ist genau so wie Kollege Dello Sbarba e gesagt hat. Da liegen wir nahe beieinander. "Die Umsetzung der im Neugestaltungsplan vorgesehenen Maßnahmen kann durch Raumordnungsvereinbarungen laut Artikel 20 geregelt werden." Also muss nicht, kann.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 58, comma 2. Il comma è soppresso.

Artikel 58 Absatz 2. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 14 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 58, comma 2. Il comma 2 dell'articolo 58 è così sostituito: "2. L'attuazione degli interventi previsti nel piano di riqualificazione urbanistica può essere disciplinata da accordi urbanistici ai sensi dell'articolo 20."

Artikel 58 Absatz 2. Artikel 58 Absatz 2 erhält folgende Fassung: "2. Die Umsetzung der im Neugestaltungsplan vorgesehenen Maßnahmen kann durch Raumordnungsvereinbarungen laut Artikel 20 geregelt werden."

E' aperta la votazione: approvato con 18 voti favorevoli e 11 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 58.

E' aperta la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

Passiamo all'articolo 59.

Art. 59

Procedimento di approvazione dei piani di attuazione

1. La proposta del piano di attuazione è adottata dalla Giunta comunale, sentita la Commissione comunale per il territorio e il paesaggio.

2. La proposta del piano adottata, corredata della relativa documentazione, viene pubblicata per la durata di 30 giorni all'albo del Comune e sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Entro lo stesso termine i soggetti interessati possono presentare al Comune le loro osservazioni sulla proposta del piano. I Comuni prevedono ulteriori misure di informazione e partecipazione della popolazione.

3. Il piano di attuazione è approvato dal Consiglio comunale. La delibera di approvazione deve motivare l'adozione del piano in riferimento alle osservazioni presentate. Nei Comuni con più di 10.000 abitanti l'approvazione del piano è di competenza della Giunta comunale.

4. In occasione dell'approvazione del piano possono essere apportate modifiche ai fini del rispetto delle disposizioni di legge e regolamentari in materia, o modifiche utili al miglioramento della pianificazione dell'insediamento, oppure modifiche al confine della zona per adattarlo alla situazione reale.
5. Il Comune pubblica la delibera di approvazione, corredata della relativa documentazione tecnica, sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Il piano di attuazione entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione.
6. Il piano di attuazione non è sottoposto a valutazione ambientale strategica (VAS) né a verifica di assoggettabilità, qualora il piano comunale sia stato sottoposto a VAS e definisca la localizzazione dei nuovi interventi e delle opere di urbanizzazione, i rispettivi indici di edificabilità, gli usi ammessi e i contenuti planivolumetrici, tipologici e costruttivi degli interventi, nonché i limiti e le condizioni di sostenibilità ambientale delle trasformazioni previste.
7. Le modifiche al piano di attuazione sono soggette allo stesso procedimento previsto per la sua approvazione. La Giunta comunale può approvare le modifiche al piano di attuazione, a condizione che la Commissione comunale per il territorio e il paesaggio abbia dato il suo beneplacito all'unanimità al suddetto piano.
8. Ai piani di attuazione di competenza della Provincia si applica il procedimento di cui all'articolo 49.

Art. 59

Verfahren zur Genehmigung
der Durchführungspläne

1. Der Entwurf des Durchführungsplanes wird vom Gemeindeausschuss nach Anhören der Gemeindegemeinschaft beschlossen.
2. Der genehmigte Planentwurf wird zusammen mit den entsprechenden Unterlagen an der Amtstafel der Gemeinde und im Südtiroler Bürgernetz 30 Tage lang veröffentlicht. Innerhalb dieser Frist können die Betroffenen bei der Gemeinde ihre Anmerkungen zum Planentwurf einbringen. Die Gemeinden sehen weitere Maßnahmen zur Information und Beteiligung der Bevölkerung vor.
3. Der Durchführungsplan wird vom Gemeinderat genehmigt. Im Genehmigungsbeschluss ist auf die eingebrachten Anmerkungen mit Begründung einzugehen. In den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern/Einwohnerinnen ist die Genehmigung des Planes Zuständigkeit des Gemeindeausschusses.
4. Anlässlich der Genehmigung des Plans können Änderungen zur Einhaltung der einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, zur Verbesserung der Siedlungsplanung oder zur Anpassung der Gebietsgrenzen an die reale Situation vorgenommen werden.
5. Die Gemeinde veröffentlicht den Genehmigungsbeschluss einschließlich der entsprechenden technischen Unterlagen im Südtiroler Bürgernetz. Der Durchführungsplan tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.
6. Die Durchführungspläne unterliegen weder der strategischen Umweltprüfung (SUP) noch der Feststellung der SUP-Pflicht, wenn der Gemeindeplan der SUP unterzogen wurde und darin die Standortbestimmung der neuen Vorhaben und der Erschließungsanlagen, die jeweilige Baufläche, die zugelassenen Nutzungen und die Vorgaben hinsichtlich der Baumassenverteilung, der Charakteristik und der baulichen Gestaltung festgelegt sowie die Grenzen und Bedingungen für die Umweltverträglichkeit der vorgesehenen Veränderungen aufgezeigt sind.
7. Für Änderungen zum Durchführungsplan wird dasselbe Verfahren wie für die Genehmigung angewandt. Der Gemeindeausschuss kann die Änderungen des Durchführungsplans genehmigen, sofern die Gemeindegemeinschaft diesen einstimmig gutgeheißt hat.
8. Auf die Durchführungspläne in Zuständigkeit des Landes wird das Verfahren laut Artikel 49 angewandt.

Sono stati presentati 4 emendamenti. La parola al consigliere Köllensperger.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Der Änderungsantrag Nr. 1 ist zum Absatz 1. Hier ist es momentan so, dass der Entwurf des Durchführungsplanes vom Gemeindeausschuss nach Anhören der Gemeindekommission beschlossen wird. Das wird also alles in der Gemeindebaukommission behandelt. Das Landesamt bleibt hier völlig außen vor. Mein Antrag möchte hingegen, dass der Entwurf vom Gemeindeausschuss nach positivem Gutachten der Landeskommision für Raum und Landschaft behandelt wird, damit sich das nicht alles auf Gemeindeebene abspielt.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Aber auch heute schon ist das Zuständigkeit der Gemeinde und das soll im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde bleiben.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione degli emendamenti.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger. Articolo 59, comma 1. Il comma è così sostituito: "1. La proposta del piano di attuazione è adottata dalla Giunta comunale, previo parere positivo della Commissione provinciale per il territorio e il paesaggio."

Artikel 59 Absatz 1. Der Absatz erhält folgende Fassung: "1. Der Entwurf des Durchführungsplanes wird vom Gemeindeausschuss nach positivem Gutachten der Landeskommision für Raum und Landschaft beschlossen."

E' aperta la votazione: respinto con 5 voti favorevoli, 12 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 59, comma 3. Le parole "Nei Comuni con più di 10.000 abitanti l'approvazione del piano è di competenza della Giunta comunale." sono soppresse.

Artikel 59 Absatz 3. Die Wörter "In den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern/Einwohnerinnen ist die Genehmigung des Planes Zuständigkeit des Gemeindeausschusses." werden gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 14 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 59, comma 3. Le parole "10.000 abitanti" sono sostituite dalle parole "50.000 abitanti".

Artikel 59 Absatz 3. Die Wörter "10.000 Einwohnern/Einwohnerinnen" werden durch die Wörter "50.000 Einwohnern/Einwohnerinnen" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 14 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 59, comma 7. Il comma è così sostituito: "7. Le modifiche al piano di attuazione sono soggette allo stesso procediment previsto per la sua approvazione.

Artikel 59 Absatz 7. Der Absatz erhält folgende Fassung: "7. Für Änderungen zum Durchführungsplan wird dasselbe Verfahren wie für die Genehmigung angewandt."

E' aperta la votazione: respinto con 7 voti favorevoli, 15 voti contrari e 7 astensioni.

Passiamo ora all'articolo 59.

E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 14 astensioni.

Passiamo all'articolo 60.

Art. 60

Efficacia dei vincoli preordinati all'esproprio

1. Le prescrizioni del piano comunale per il territorio e il paesaggio che assoggettano determinate aree a vincoli preordinati all'esproprio comportano la dichiarazione di pubblica utilità.

2. Le prescrizioni perdono ogni efficacia e le aree interessate riacquistano le destinazioni precedenti se, entro 10 anni dalla data di approvazione del piano o della variante puntuale allo stesso, gli enti competenti non hanno provveduto all'acquisizione delle aree stesse o il Consiglio comunale non ha confermato con motivazione specifica il permanere della pubblica utilità.

Art. 60

Rechtswirkung der Bindungen in Hinblick auf eine Enteignung

1. *Vorgaben des Gemeindeplans für Raum und Landschaft, welche für bestimmte Flächen Bindungen in Hinblick auf eine Enteignung mit daraus folgendem Bauverbot auferlegen, gelten als Gemeinnützigkeitserklärung.*

2. *Die Vorgaben verlieren jede Rechtswirkung und für die entsprechenden Flächen gelten wieder die ursprünglichen Nutzungswidmungen, wenn die zuständigen Körperschaften diese Flächen nicht innerhalb von 10 Jahren ab Genehmigung des Planes oder der spezifischen Änderung desselben erwerben oder wenn der Gemeinderat nicht das Fortbestehen der Gemeinnützigkeit mit entsprechender Begründung bestätigt.*

Non ci sono emendamenti. Se non ci sono interventi votiamo l'articolo 60.

E' aperta la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 14 astensioni.

Chiedo scusa, all'articolo 60 c'è da aggiungere una correzione linguistica al testo in lingua italiana. Non posso mettere in votazione un articolo che non è chiaro. Sospendo la seduta per 5 minuti.

ORE 16.19 UHR

ORE 16.26 UHR

PRESIDENTE: Possiamo riprendere i lavori e tornare all'articolo 60. Nel testo italiano, al comma 1, manca un pezzo. Non so se è stato un errore di stampa o di trascrizione. Leggo il comma 1, come deve essere: "Le prescrizioni del piano comunale per il territorio e il paesaggio che assoggettano determinate aree a vincoli preordinati all'esproprio" – e qui va inserito il pezzo mancante – "ed al conseguente divieto di edificazione comportano la dichiarazione di pubblica utilità". Mancava "ed al conseguente divieto di edificazione", per cui dobbiamo mettere nuovamente in votazione l'articolo 60, con la correzione che ho appena letto all'aula.

E' aperta la votazione sull'articolo 60: approvato con 15 voti favorevoli e 12 astensioni.

Passiamo all'articolo 61.

TITOLO V TITOLI ABILITATIVI

CAPO I DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 61

Definizione degli interventi edilizi

1. *Ai fini della presente legge si intendono per:*

a) *"interventi di manutenzione ordinaria", gli interventi edilizi che riguardano le opere di riparazione, rinnovamento e sostituzione delle finiture degli edifici e quelle necessarie ad integrare o mantenere in efficienza gli impianti tecnologici esistenti;*

b) *"interventi di manutenzione straordinaria", le opere e le modifiche necessarie per rinnovare e sostituire parti anche strutturali degli edifici, nonché per realizzare ed integrare i servizi igienico-sanitari e tecnologici, sempre che non alterino la volumetria complessiva degli edifici e non comportino modifiche delle destinazioni d'uso. Nell'ambito degli interventi di manutenzione straordinaria sono ricompresi anche quelli consistenti nel frazionamento o accorpamento delle unità immobiliari con esecuzione di opere, anche se comportanti la variazione delle superfici delle singole unità immobiliari nonché del carico urbanistico, purché non sia modificata la volumetria complessiva degli edifici e si mantenga l'originaria destinazione d'uso;*

c) *"interventi di restauro e di risanamento conservativo", gli interventi edilizi rivolti a conservare l'organismo edilizio e ad assicurarne la funzionalità mediante un insieme sistematico di opere che, nel rispetto degli elementi tipologici, formali e strutturali dell'organismo stesso, ne consentano anche il mutamento delle destinazioni d'uso, purché con tali elementi compatibili, nonché conformi a quelle previste dalla pianificazione comunale. Tali interventi comprendono il consolidamento, il ripristino e il rinnovo degli elementi costitutivi dell'edificio, l'inserimento degli elementi accessori e degli impianti richiesti dalle esigenze dell'uso, nonché l'eliminazione degli elementi estranei all'organismo edilizio;*

d) "interventi di ristrutturazione edilizia", gli interventi rivolti a trasformare gli organismi edilizi mediante un insieme sistematico di opere che possono portare ad un organismo edilizio per sagoma, superficie, dimensione e tipologia in tutto o in parte diverso dal precedente. Tali interventi comprendono il ripristino o la sostituzione di alcuni elementi costitutivi dell'edificio, la loro eliminazione, la modifica e l'inserimento di nuovi elementi ed impianti. Nell'ambito degli interventi di ristrutturazione edilizia sono ricompresi anche quelli consistenti nella demolizione e ricostruzione con la stessa volumetria dell'edificio preesistente, fatte salve le sole innovazioni necessarie per l'adeguamento alla normativa antisismica, nonché gli interventi volti al ripristino di edifici, o parti di essi, eventualmente crollati o demoliti, attraverso la loro ricostruzione, purché sia possibile accertarne la preesistente consistenza. Rimane fermo che, con riferimento agli immobili sottoposti a vincoli storico-artistici, gli interventi di demolizione e ricostruzione e gli interventi di ripristino di edifici crollati o demoliti costituiscono interventi di ristrutturazione edilizia soltanto ove sia rispettata la medesima sagoma dell'edificio preesistente;

e) "interventi di nuova costruzione", quelli di trasformazione edilizia e urbanistica del territorio non rientranti nelle categorie definite alle lettere precedenti. Sono comunque da considerarsi tali:

1) la costruzione di manufatti edilizi fuori terra o interrati, ovvero l'ampliamento di quelli presenti all'esterno della sagoma esistente, fermo restando, per gli interventi pertinenziali, quanto previsto al numero 6);

2) gli interventi di urbanizzazione primaria e secondaria realizzati da soggetti diversi dal Comune;

3) la realizzazione di infrastrutture e di impianti, anche per pubblici servizi, che comporti la trasformazione in via permanente di suolo inedificato;

4) l'installazione di torri e tralicci per impianti radio-ricetrasmittenti e di ripetitori per i servizi di telecomunicazione;

5) l'installazione di manufatti leggeri, anche prefabbricati, e di strutture di qualsiasi genere, quali roulotte, camper, case mobili, imbarcazioni, che siano utilizzati come abitazioni, ambienti di lavoro, oppure come depositi, magazzini e simili, ad eccezione di quelli che siano diretti a soddisfare esigenze meramente temporanee o siano ricompresi in strutture ricettive all'aperto per la sosta e il soggiorno dei turisti, previamente autorizzate sotto il profilo urbanistico, edilizio e, ove previsto, paesaggistico;

6) gli interventi pertinenziali che le norme tecniche degli strumenti urbanistici, in relazione alla zonizzazione e al pregio ambientale e paesaggistico delle aree, qualificano come interventi di nuova costruzione, ovvero che comportino la realizzazione di un volume superiore al 20 per cento del volume dell'edificio principale;

7) la realizzazione di depositi di merci o di materiali, la realizzazione di impianti per attività produttive all'aperto, ove comportino l'esecuzione di lavori cui consegua la trasformazione permanente del suolo inedificato;

f) "interventi di ristrutturazione urbanistica", quelli rivolti a sostituire l'esistente tessuto urbanistico-edilizio con altro diverso, mediante un insieme sistematico di interventi edilizi, anche con la modificazione del disegno dei lotti, degli isolati e della rete stradale.

V. TITEL

EINGRIFFSGENEHMIGUNGEN

I. KAPITEL

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 61

Definition der Baumaßnahmen

1. Im Sinne dieses Gesetzes versteht man unter:

a) „ordentliche Instandhaltungsmaßnahmen“ alle Baumaßnahmen zum Instandsetzen, Erneuern und Austausch der Gebäudeoberflächen sowie Arbeiten, die notwendig sind, um die vorhandenen technischen Anlagen zu ergänzen oder funktionsfähig zu erhalten,

b) „außerordentliche Instandhaltungsmaßnahmen“ alle Bauarbeiten und Änderungen, die notwendig sind, um Gebäudeteile – auch tragende Teile – zu erneuern oder auszutauschen oder um Hygiene-, Sanitär- oder technische Anlagen zu errichten oder zu ergänzen, durch die aber die gesamte Baumasse der Gebäude und die Nutzung der einzelnen Gebäude nicht geändert werden. Unter die außerordentliche Instandhaltung fällt auch die mit Bauarbeiten verbundene Aufteilung oder Zusammenlegung von Liegenschaftseinheiten, auch wenn sich dadurch die Fläche der einzelnen Liegenschaftseinheiten und das städtebauliche Gewicht ändern, jedoch nur, wenn die gesamte Baumasse der Gebäude nicht geändert und die ursprüngliche Zweckbestimmung beibehalten wird,

c) „Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen“ die Baumaßnahmen zur Erhaltung des Bauwerks und zur Gewährleistung seiner Funktionsfähigkeit mit aufeinander abgestimmten Bauarbeiten, die unter Berücksichtigung seiner Charakteristik, Ästhetik und Struktur auch Nutzungsänderungen ermöglichen, sofern diese mit den genannten Eigenschaften vereinbar sind und jenen Zweckbestimmungen entsprechen, die von der Gemeindeplanung vorgegeben sind. Diese Maßnahmen umfassen die Konsolidierung, die Wiederherstellung und die Erneuerung der Hauptelemente des Bauwerks, den Einbau von Nebenelementen und Anlagen, die zur Verwendung notwendig sind, und das Entfernen von Elementen, die nicht zum Bauwerk passen,

d) „Maßnahmen zur baulichen Umgestaltung“ alle Maßnahmen zur Umwandlung der Bauwerke mit aufeinander abgestimmten Bauarbeiten, durch die das Gebäude in seiner äußeren Form, hinsichtlich der Fläche oder des Ausmaßes oder in seiner Art vollständig oder teilweise verändert wird. Diese Maßnahmen umfassen die Wiederherstellung oder den Austausch einiger Hauptelemente des Gebäudes, deren Beseitigung und die Änderung und den Neueinbau von Elementen und Anlagen. Unter die Maßnahmen zur baulichen Umgestaltung fallen auch der Abbruch und der Wiederaufbau mit derselben Baumasse, außer es handelt sich nur um Neuerungen zur Anpassung an die Rechtsvorschriften über erdbebensicheres Bauen oder zur Wiederherstellung von eventuell zusammengefallenen oder abgebrochenen Gebäuden oder Gebäudeteilen durch Wiederaufbau, sofern der ursprüngliche Baubestand noch ermittelt werden kann. Handelt es sich jedoch um denkmalgeschützte Liegenschaften, gelten die Abbruch- und Wiederaufbauarbeiten und die Maßnahmen zur Wiederherstellung zusammengefallener oder abgebrochener Gebäude nur dann als Maßnahmen zur baulichen Umgestaltung, wenn die äußere Form des Gebäudes beibehalten wird,

e) „Neubaumaßnahmen“ alle Maßnahmen zur baulichen und raumordnerischen Umwandlung des Gebiets, die nicht unter die Kategorien laut den vorhergehenden Buchstaben fallen. Auf jeden Fall umfassen sie:

1) die Errichtung von neuen ober- oder unterirdischen Bauten oder die Erweiterung der bestehenden Bauten außerhalb der bisher bestehenden Bausubstanz, wobei für die Maßnahmen an Zubehörbauten Ziffer 6) zu beachten ist,

2) die Maßnahmen zur primären und sekundären Erschließung, die von anderen Bauträgern als der Gemeinde durchgeführt werden,

3) die Errichtung von Infrastrukturen und Anlagen, auch für öffentliche Einrichtungen, mit dauerhafter Umwandlung des unbebauten Bodens,

4) die Installation von Türmen und Ständern für Funk- und Umsetzeranlagen für Telekommunikationsdienste,

5) die Unterbringung von Leichtkonstruktionen, auch Fertigbauten, und beliebigen Objekten wie Wohnwagen, Wohnmobilen, Mobilheimen oder Booten, die als Wohnung, Arbeitsplatz, Lager, Magazin oder Ähnliches verwendet werden, mit Ausnahme jener, die nur für den kurzfristigen Bedarf verwendet werden oder die zu Beherbergungsanlagen im Freien gehören, welche als Rastplatz oder für längere Touristenaufenthalte dienen und nach den einschlägigen Raumordnungs- und Bauvorschriften und, falls vorgeschrieben, auch Landschaftsschutzbestimmungen bewilligt wurden,

6) Maßnahmen am Zubehör, die nach den technischen Bestimmungen der Raumplanungsinstrumente auf Grund der Flächenwidmung und der ökologischen oder landschaftlichen Bedeutung der Flächen als Neubaumaßnahmen einzustufen sind oder mit denen eine Baumasse von mehr als 20 Prozent der Baumasse des Hauptgebäudes verbaut wird,

7) die Errichtung von Waren- oder Materiallagern oder von Anlagen für Gewerbetätigkeiten im Freien, durch die Arbeiten notwendig sind, mit denen der unbebaute Boden dauerhaft umgewandelt wird,

f) „Maßnahmen zur städtebaulichen Umgestaltung“ alle Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, das bestehende städtebauliche Gefüge mit aufeinander abgestimmten Baumaßnahmen durch ein anderes zu ersetzen, auch durch Änderung der Baulosanordnung, der Häuserblöcke und des Verkehrsnetzes.

Sono stati presentati 5 emendamenti. La parola al consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): In questo articolo si tratta di definire cosa sono gli interventi edilizi e la loro dimensione. Se un intervento edilizio è più o meno impattante, cioè viene considerato nuova costruzione oppure no, c'è un procedimento di autorizzazione diverso. Se non è nuova costruzione è un procedimento ultrasemplificato, se è nuova costruzione ci vuole un procedimento come la nuova costruzione. Allora il problema è: quando un intervento è nuova costruzione? Questo è definito alla lettera e).

Io presento il subemendamento del collega Widmann, che secondo me non è accettabile neanche tecnicamente, perché non si può sostituire un numero con una frase di due righe e mezzo e tra l'altro non funziona la sintassi, perché le parole "per cento" rimangono sull'isola deserta come un naufrago perché non c'entrano niente. Questa è una questione fondamentale perché si possono chiudere gli occhi sulla formalità, ma se si fa i furbi, io mi irrigidisco perché questo subemendamento è una questione fondamentale, non è una stupidaggine colleghi, perché il testo dell'articolo prevede che non siano dichiarati come nuova costruzione, e quindi possano essere fatti con procedura semplificata, sostanzialmente senza autorizzazione, interventi che aumentano fino al 20 per cento della massa, della cubatura di un oggetto. Quindi se io amplio la mia casa meno del 20 per cento, questo non è nuova costruzione.

Il subemendamento 4.2 del vicepresidente Widmann e altri secondo me non è accettabile perché non è proporzionato con quello che sostituisce. Questo subemendamento sostituisce un numero con le parole "40 per cento se si tratta di volume fuori terra e 80 per cento se si tratta di volume interrato", cioè aumenta la volumetria realizzabile in più in un edificio senza che questa sia considerata nuova costruzione al 40 per cento sopra terra – cioè io posso aumentare casa mia del 40 per cento della volumetria senza che questo sia considerato nuova costruzione e posso aumentare tutto quello che c'è sottoterra dell'80 per cento, senza che sia considerato nuova costruzione. Provate a far valutare una casa prima di questi interventi e dopo, vediamo quanto vale e vediamo perché viene presentato un emendamento così, perché questo emendamento è un emendamento di speculazione edilizia pura.

Per questo è un emendamento grave, è grave che arrivi dalla maggioranza, vi dovevate chiarire le idee prima ed è grave, presidente, che con un trucco formale venga dichiarato ammissibile. Io chiedo che non venga dichiarato ammissibile, perché c'è una proporzionalità e io non posso sostituire una virgola con un'intera frase, non posso sostituire la cifra "30" con un'intera frase, nel subemendamento 4.1, che non è ammissibile. E se non è ammissibile il 4.1, non è ammissibile neanche il 4.2, perché lavora sul 4.1 e comunque se fosse ammissibile – ma non è ammissibile perché allora sarebbe stato ammissibile anche il nostro che metteva una frase al posto della soppressione di un articolo – non è ammissibile perché non sostituisce tutto quello che c'è da sostituire, tanto è vero che le parole "per cento" restano lì appese per aria, perché il 30 è "per cento", per cui questo non è accettabile e comunque, cari colleghi, è grave. Questo è un articolo da speculazione edilizia, che premia ricchi e basta.

Fin da ora io chiedo la votazione segreta dell'emendamento 4.2, se fosse dichiarato ammissibile, e chiedo a tutti quelli che hanno un minimo di coscienza sociale di votare contro, almeno nel segreto dell'urna.

PRESIDENTE: Il 4.1 era stato ritenuto non ammissibile, il 4.2 invece è ritenuto ammissibile.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): senza microfono

WIDMANN (SVP): Kollege Dello Sbarba, ich kann Ihre Aufregung bezüglich des Formellen verstehen. Sie sind lange Landtagspräsident gewesen und immer sehr korrekt. Ich kann Ihnen aber versichern, dass Sie den Inhalt des Artikels vollkommen falsch interpretiert haben. Es ist nämlich genau das Gegenteil der

Fall. Ich versuche es jetzt zu erklären. Wir haben deshalb unterbrochen, weil es mir und dem Kollegen Bizzo wichtig ist, ihre formellen Anliegen wirklich richtig zu stellen. Ganz vorne in diesem Artikel ist oberirdisch und unterirdisch. Die 20 beziehen sich auf oberirdisch und auf unterirdisch. Wenn ich nur die Zahl ersetze, 20 oder 30 oder 40, und sie auf oberirdisch und unterirdisch gleich beziehe, dann müsste ich nur die Zahl wechseln. Wenn ich auf oberirdisch Bezug nehme und auf unterirdisch differenziere, 40 auf oberirdisch und 80 auf unterirdisch, dann muss ich das mit einem Satz festschreiben.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (interrompe)

WIDMANN (SVP): Doch, das darf ich sehr wohl. ...

Das ist der Inhalt, das ist nicht das Formelle. Darf ich es kurz erklären, dass es alle verstehen. Der Inhalt war wirklich genau das Gegenteil. Zum Formellen. Es ist deshalb so, damit wir zwei Wege haben. Wir glauben, dass es möglich ist, den Antrag Nr. 4.1 zurückzuziehen und den Antrag Nr. 4.2 so zu genehmigen, dann von Amtswegen die Prozente zu streichen, weil es eine logische Folge ist, 20 steht für Prozente. So kann man, wenn der Satz falsch geschrieben ist, die Prozente dazugeben oder nicht. Die zweite Möglichkeit wäre, noch genauer aber komplizierter von der Abwicklung, ist, dass wir das genehmigen, so wie es jetzt ist und danach die Prozente getrennt abstimmen und das weg stimmen. Dann wäre es genau so wie Sie es wollen. Es ist aber absolut logisch, dass die Prozente mit 20 in Bezug stehen und von Amtswegen richtig gestellt werden. Das ist unsere Meinung, aber wir können beide Wege gehen.

Jetzt zum Inhalt. Es ist genau das Gegenteil der Fall was Kollege Dello Sbarba gesagt hat. Denken Sie an kleine Einheiten, an 500 Kubikmeter, ein Haus, oder einem Baugrund von 2000 Quadratmetern, das gibt es, wenn man an Latsch oder Bruneck denkt, z.B. die Magnago-Villa, auch wenn das nicht ein gutes Beispiel ist, weil dort sind Wohlhabende dahinter, aber es gibt auch viele, die nicht wohlhabend sind und mehr Grund haben als sie verbaut haben. Wenn man 1,5 Kubikmeter Grund hat und man nicht alles verbaut hat sondern einen größeren Garten hat, dann hat man das Recht den gesamten Grund zu verbauen, die gesamten 1,5 Kubikmeter Grund. Das heißt 2,3,4 Häuser zu bauen. Der Bauherr will aber in seinem kleinen Haus wohnen und will das nicht. Er hat viel mehr Recht als sie gesagt haben. Sie sagen, die 40 Prozent sind das Recht, man kann bauen ohne das zu genehmigen. Nein! Ich habe 100 Prozent Recht das zu verbauen aber ich will das nicht tun müssen. Wenn man auf den Artikel vorher, ich weiß nicht die Nummer, Bezug nimmt, dort steht, dass wenn man 20 Prozent erweitert, dann muss man vorher 90 Prozent, jetzt 80 Prozent verbauen. Wenn eine Familie, die das Geld nicht hat, der Sohn eine Erweiterung machen möchte auf dem Grund wo das Baurecht nicht neu ist, sondern schon vorherrscht, und nur einen kleinen Teil verbauen will, dann geht das nicht, weil er gezwungen wird 90 Prozent bzw. jetzt 80 Prozent auszubauen. Das heißt er müsste einem Bauherren verkaufen, damit er das realisiert. Ich erzähle Ihnen nicht eine Geschichte. Sie können die Experten fragen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (interrompe)

WIDMANN (SVP): Nein. Ich habe das Gefühl, Sie wollen das nicht verstehen. Sie sind ein sehr intelligenter Mensch und kombinationsfähig, deshalb verstehen sie das auch. Man hat das Recht 100 Prozent zu bauen und mit dem vorhergehenden Artikel hat man, wenn man um 20 Prozent erweitert ein Muss 90 Prozent zu verbauen. Das wollte ich verhindern. Ich mache ein plakatives Beispiel. Wenn man 20 Prozent unterirdisch erweitert, d.h wenn man keine Garagen hätte und 2 Garagen machen möchte bei einem Familienhaus, dann müsste man von meinem Grund 80 Prozent verbauen. Ich würde gezwungen werden ...so steht es im Gesetz. Ich zeige es Ihnen. ... Zumindest eine unterirdische Garage muss möglich sein. Der Sinn der Sache ist, dass mehr Dichte und weniger Grund verbraucht wird. Das ist unser aller Ziel, dass möglichst wenig Grund verbraucht wird. Eine gewisse Toleranz muss sein. Jetzt wäre es möglich 2 Garagen zu verbauen, einen Zubau zu machen, wenn die Familie größer wird, oder dem Sohn eine kleine Bleibe zu realisieren ohne das ganze Bauvolumen ausfüllen zu müssen. Das Recht gibt es aber schon. Also ist es kein Schwindel Kubatur zu gewinnen, sondern es ist ein Schutz, dass aufgrund einer Erweiterung man nicht gezwungen wird, alles zu verbauen. Es ist ein Schutz für kleine Leute, dass sie nicht gezwungen werden, den ganzen Grund auszubauen.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Trotzdem bleibt hier die formelle Problematik. Soweit ich es verstehe, soll 30 durch 40 ersetzt werden, Antrag 4.2 ersetzt werden. Haben Sie sich angeschaut, was zum Schluss übrig bleibt? Das kann so nicht stehenbleiben. Da ist auch keine formelle Korrektur möglich, meiner Meinung nach. Inhaltlich kann ich mich gerne davon überzeugen lassen, aber gesetzgeberisch bleibt ein Problem übrig. Herr Generalsekretär und Herr Präsident. Also kann das o nicht genehmigt werden. Ich habe schon verstanden, um was es geht. Aber es bleibt dann folgender Satz übrig: "Maßnahmen am Zubehör, die nach den technischen Bestimmungen der Raumplanungsinstrumente auf Grund der Flächenwidmung und der ökologischen oder landschaftlichen Bedeutung der Flächen als Neubaumaßnahmen einzustufen sind oder mit denen eine Baumasse von mehr als" und jetzt kommt es: "40 Prozent, sofern es sich um oberirdische Baumasse handelt, und 80 Prozent unterirdische Baumasse in Bezug auf die" "Prozent der Baumasse des Hauptgebäudes verbaut wird,". Das ist das Problem. Das bleibt übrig. Es geht nicht, wie hier der Einbringer möchte, dass zum Schluss steht: "in Bezug auf die Baumasse des Hauptgebäudes". Es bleibt dann leider übrig: "in Bezug auf die Prozent der Baumasse des Hauptgebäudes". Das ist ein Problem. Diese "Prozent" bekommen wir nicht weg, auch nicht durch eine sprachliche Korrektur. Wie wollen Sie eine sprachliche Korrektur begründen? Wenn wir das so beschließen, dann bleibt das gesetzestechisch übrig: "in Bezug auf die Prozent der Baumasse". Auf welche Prozente der Baumasse? Da haben wir schon ein Problem. Das ist eine eigenartige Formulierung im Gesetz. Das müsste dann nochmals gesetzgeberisch korrigiert werden.

PRESIDENTE: Collega Pöder, i casi sono due su questo. O è considerata una correzione linguistica perché è chiaro che le due parole diventano inutili. Se qualcuno ritiene che non sia una correzione linguistica ammissibile faremo una votazione per parti separate.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): (unterbricht)

PRESIDENTE: Lo avrei detto quando si passava alla votazione.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Inhaltlich gesehen, sehe ich auch, dass hier nicht die große Schweinerei durchgeführt wird. Im Gegenteil es wird präzisiert. Man kann über die Prozentsätze diskutieren, ob er nicht etwas zu hoch ist für die unterirdische Baumasse. Aber ich sehe das inhaltlich auch nicht problematisch. Es ist nicht nur eine Präzisierung, es ist eine Erleichterung. Es erscheint mir korrekter zu sein, wenn ich diese Möglichkeit eröffne. Die derzeit im Gesetz stehende Formulierung ist sehr restriktiv, extrem restriktiv. Sie legt ein sehr enges Korsett an und ist fast nicht umsetzbar. Das hat Kollege Widmann gerade erklärt. Deshalb denke ich schon, dass die Prozentsätze und die Änderungsmaßnahmen gerechtfertigt sind. Danach müssen wir abstimmen, damit das Wort "Prozent" verschwindet sonst haben wir eine problematische Situation.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich bitte nochmals um eine konkrete Erläuterung. Mir war es bisher in dieser Form nicht bekannt, was mit der unterirdischen Erweiterung gemeint ist. Das Beispiel vom Kollege Widmann, wenn man ein privates Reihenhaus besitzt auf einem Grundstück von 1.000 m², das Reihenhaus ist zweistöckig und ich habe 600 m² Wohnfläche und möchte jetzt auf diesen 1.000 m² Grundfläche eine Garage bauen, dann wird mir die Garage nicht genehmigt, wenn ich nicht oberirdisch auch etwas dazubau? Was soll ich denn da bauen auf meinem Grundstück? Es ist keine Wertung. Es ist nur eine Verständnisfrage. Wenn Sie bitte nochmals das bestehende Gesetz erläutern würden, damit es für uns nachvollziehbar ist.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Der Landesrat hat es schon erklärt. Das Ziel dieser Regelung ist die Reduzierung der Prozentsätze. Es gibt eine Pflicht, wenn man ein Baurecht hat. Es geht hier um die Fälle, in denen ein Grundbesitzer ein Baugrundstück hat, wo es bereits ein Baurecht gibt, da muss dieser 80% der möglichen Kubatur verbauen. Wir haben diese Regelungen heute schon in den Erweiterungszone, das steht im heutigen Gesetz schon so. Es ist immer dieselbe Logik. Man möchte Grund sparen. Es ist nicht so, dass Leute Baugrund haben und den nicht nützen. Es gibt Situation, wo man ein bestehendes Gebäude auf einem Baugrundstück hat und man noch viel bauen könnte, weil es eine Bauzone ist. Kollege Widmann sagt zu Recht, wenn diese Familie aber nur ein bisschen etwas dazubauen will, viel-

leicht weil sie sich nicht mehr leisten kann, - bis jetzt waren es 80% der möglichen Baukubatur - dann ist da zu hoch gegriffen. Dass man Familien zwingt, wenn sie eine Erweiterung planen, fast alles zu verbauen, ist nicht richtig. Sie zahlen im Übrigen auch die Gemeindeimmobiliensteuer auf das Baugrundstück. Das muss man auch berücksichtigen. Also möchten wir die Prozentsätze heruntersetzen, sowohl oberirdisch als auch unterirdisch. Es kann nämlich passieren, dass der Grundbesitzer eigentlich in der Lage wäre für seine Familie einen Zubau zu machen, aber nicht in der Lage ist alles zu verbauen, einen Teil verkaufen muss, damit er diesen Zubau machen kann, den er eigentlich alleine geschafft hätte. Das kann es nicht sein! Also hier geht es nicht um ein zusätzliches Baurecht, sondern wir möchten den Zwang der 80% der möglichen Baukubatur reduzieren, unterirdisch wie oberirdisch.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Se è così, ci avete messo 4 anni per fare questa legge, doveva essere il cons. Widmann ad accorgersene?

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione degli emendamenti all'articolo 61.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 61, comma 1, lettera d). Le parole "gli interventi di demolizione e ricostruzione e" sono soppresse.

Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe d). Die Wörter "die Abbruch – und Wiederaufbauarbeiten und" werden gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 22 voti contrari e 3 astensioni.

L'emendamento n. 2 è stato ritirato dal presentatore.

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 61, comma 1, lettera e), numero 6. La cifra "20" è sostituita dalla cifra "10".

Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe e) Ziffer 6. Die Zahl "20" wird durch die Zahl "10" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 22 voti contrari e 4 astensioni.

Il subemendamento 4.1 è stato ritirato dal presentatore.

Emendamento n. 4.2, presentato dai consiglieri Widmann, Nogger, Stirner, Schiefer, von Dellemann e Tschurtschenthaler. Articolo 61, comma 1, lettera e), numero 6. La cifra "30" è sostituita dalle parole "40 per cento, se si tratta di volume fuori terra, e 80 per cento, se si tratta di volume interrato,".

Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe e) Ziffer 6). Die Zahl "30" wird durch folgende Wörter ersetzt: "40 Prozent, sofern es sich um oberirdische Baumasse handelt, und 80 Prozent unterirdische Baumasse in Bezug auf die".

E' aperta la votazione: approvato con 23 voti favorevoli, 3 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Widmann, Nogger, Stirner, Schiefer, von Dellemann e Tschurtschenthaler, emendato dall'emendamento n. 4.2. Articolo 61, comma 1, lettera e) numero 6). La cifra "20" è sostituita dalla cifra "30".

Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe e) Ziffer 6). Die Zahl "20" wird durch die Zahl "30" ersetzt.

E' aperta la votazione: approvato con 21 voti favorevoli, 3 voti contrari e 5 astensioni.

L'emendamento n. 5 decade in quanto di contenuto analogo.

Passiamo ora all'articolo 61.

WIDMANN (SVP): Ich bitte um die getrennte Abstimmung, so wie es Kollege Dello Sbarba wollte.

PRESIDENTE: Allora passiamo alla votazione dell'articolo 61 così emendato con la votazione per parti separate del comma 6. Prima si vota tutto con l'esclusione delle parole "per cento" e poi passeremo alla votazione delle restanti parole.

Apro la votazione sull'articolo 61 senza le parole: "per cento": approvato con 17 voti favorevoli, 3 voti contrari e 12 astensioni.

Apro la votazione sulla restante parte, le parole "per cento" al comma 1, lettera e), numero 6: respinto con 20 voti contrari e 11 astensioni.

Passiamo all'articolo 62.

Art. 62

Organizzazione dei procedimenti amministrativi

● ● ● ● ● ● ● ●

ed istituzione del Front office per
le pratiche edilizie e paesaggistiche

1. I Comuni, nell'ambito della propria autonomia organizzativa, anche mediante l'esercizio in forma associata di servizi ai sensi dell'articolo 7 della legge provinciale 16 novembre 2017, n. 18, e dell'articolo 62 del decreto del Presidente della Regione 1° febbraio 2005, n. 3/L, recante "Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol", individuano autonomamente i soggetti, le forme e le metodologie per l'esercizio delle funzioni ad essi attribuite in base ai Titoli V e VI della presente legge.

2. I Comuni, nell'ambito della propria autonomia organizzativa, anche mediante l'esercizio in forma associata di servizi ai sensi dell'articolo 7 della legge provinciale 16 novembre 2017, n. 18, e dell'articolo 62 del decreto del Presidente della Regione 1° febbraio 2005, n. 3/L, costituiscono il Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche, quale unico punto di accesso che cura tutti i rapporti fra il privato, l'Amministrazione comunale e, ove occorra, le altre amministrazioni tenute a pronunciarsi in ordine all'intervento oggetto di segnalazione certificata di inizio attività (SCIA) o di richiesta di autorizzazione paesaggistica, di autorizzazione di interventi su beni culturali, di permesso di costruire o di autorizzazione idrogeologica-forestale.

3. Il Front office provvede in particolare:

a) alla ricezione delle SCIA, delle domande per il rilascio di autorizzazione paesaggistica, di autorizzazione idrogeologica-forestale e di permesso di costruire, delle comunicazioni di cui all'articolo 72, della segnalazione certificata per l'agibilità di cui all'articolo 81, e della relativa documentazione, o di ogni altro atto di assenso, comunque denominato, richiesto in base alla presente legge, nonché della documentazione relativa ai pareri e alle autorizzazioni in materia di tutela dei beni culturali soggetti a tutela storico-artistica;

b) all'adozione, nelle materie di cui alla lettera a), dei provvedimenti in tema di accesso ai documenti amministrativi, in favore di chiunque vi abbia interesse ai sensi degli articoli 24 e seguenti della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche;

c) alla consegna o trasmissione dell'autorizzazione paesaggistica, dell'autorizzazione idrogeologica-forestale, del permesso di costruire o del provvedimento sostitutivo ai sensi dell'articolo 18 della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, nonché delle certificazioni attestanti le prescrizioni normative e le determinazioni provvedimentali a carattere urbanistico, paesaggistico-ambientale, edilizio e di qualsiasi altro tipo, comunque rilevanti ai fini degli interventi di trasformazione edilizia del territorio, ivi compreso il certificato di destinazione urbanistica di cui all'articolo 82;

d) alla consulenza preliminare e al rilascio della certificazione preventiva sull'esistenza e sulla qualità dei vincoli di cui all'articolo 63.

4. Ai fini della SCIA, del rilascio dell'autorizzazione paesaggistica e del permesso di costruire, nonché per gli interventi di attività edilizia libera di cui all'articolo 70, comma 1, il Comune acquisisce, ove questi documenti non siano già stati allegati dal/dalla richiedente, anche tramite il procedimento di cui all'articolo 18 della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, ogni dichiarazione, parere, autorizzazione, nulla osta ed atto di assenso, comunque denominato, di competenza di pubbliche amministrazioni e di gestori di servizi pubblici, che è necessario ai fini della realizzazione dell'intervento di trasformazione del territorio, nel caso in cui non possa essere sostituito da un'autocertificazione o certificazione ai sensi di legge.

5. I Comuni nominano il Direttore/la Direttrice del Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche, che funge da responsabile del procedimento per l'istruttoria delle comunicazioni, segnalazioni e istanze di competenza del Front Office, qualora non deleghi l'istruttoria ad altri collaboratori del Front Office. In mancanza di personale qualificato il Comune può incaricare un tecnico/una tecnica non appartenente all'Amministrazione, che presta supporto al/alla responsabile del procedimento.

6. La Giunta provinciale definisce, d'intesa con il Consiglio dei Comuni, i contenuti e i moduli unificati per le richieste di autorizzazione paesaggistica e di permesso di costruire, per la segnalazione certificata di inizio attività (SCIA), per la comunicazione di inizio lavori asseverata (CILA) e per la segnalazione certificata per l'agibilità.

● ● ● ● ● ● ● ●

Art. 62
Organisation der Verwaltungsverfahren
und Servicestelle für
Bau- und Landschaftsangelegenheiten

1. Im Rahmen ihrer Organisationsautonomie bestimmen die Gemeinden autonom die Rechtssubjekte, die Formen und die Vorgangsweise zur Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse, die ihnen auf Grund des V. und VI. Titels dieses Gesetzes übertragen werden; dabei können sie sich auch zur gemeinsamen Führung von Einrichtungen im Sinne von Artikel 7 des Landesgesetzes vom 16. November 2017, Nr. 18, und von Artikel 62 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Dekret des Präsidenten der Region vom 1. Februar 2005, Nr. 3/L, zusammenschließen.

2. Im Rahmen ihrer Organisationsautonomie richten die Gemeinden eine Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten ein, die als einzige Anlaufstelle das Verbindungsglied zwischen Privaten, Gemeindeverwaltung und, bei Bedarf, anderen Verwaltungen ist, die sich zur Maßnahme äußern müssen, welche Gegenstand der zertifizierten Meldung des Tätigkeitsbeginns (ZeMeT) oder des Antrags auf landschaftsrechtliche Genehmigung, auf Genehmigung von Maßnahmen an Kulturgütern, auf Baugenehmigung oder auf hydrogeologisch-forstrechtliche Genehmigung ist; zur Führung dieser Servicestelle können sich die Gemeinden auch im Sinne von Artikel 7 des Landesgesetzes vom 16. November 2017, Nr. 18, und von Artikel 62 des Dekrets des Präsidenten der Region vom 1. Februar 2005, Nr. 3/L, zusammenschließen.

3. Die Servicestelle ist zuständig für:

a) die Entgegennahme der ZeMeT, der Anträge auf Erteilung der landschaftsrechtlichen Genehmigung, der hydrogeologisch-forstrechtlichen Genehmigung und der Baugenehmigung sowie der Meldungen laut Artikel 72, der Bezugsfertigkeitsmeldung laut Artikel 81 samt Unterlagen oder anderer auf der Grundlage dieses Gesetzes vorgeschriebener, beliebig benannter Zustimmungsakte sowie der Unterlagen in Zusammenhang mit Stellungnahmen und Bewilligungen in Bezug auf unter Denkmalschutz stehende Kulturgüter,

b) die Durchführung der Maßnahmen zur Gewährleistung des Rechts auf Zugang zu den Verwaltungsunterlagen in den Bereichen laut Buchstabe a) für alle, die im Sinne der Artikel 24 und folgende des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, ein Interesse daran haben,

c) die Aushändigung oder Übermittlung an die Antragstellenden der landschaftsrechtlichen Genehmigung, der hydrogeologisch-forstrechtlichen Genehmigung, der Baugenehmigung oder der stellvertretenden Maßnahme im Sinne von Artikel 18 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, der Bescheinigungen über die Einhaltung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften in den Bereichen Raumordnung, Landschafts- und Umweltschutz und Bauwesen sowie aller anderen Bescheinigungen, die bei Maßnahmen zur baulichen Umwandlung des Gebiets relevant sind, einschließlich der Flächenwidmungsbescheinigung laut Artikel 82,

d) die Vorabberaterung und die Ausstellung der Vorabbescheinigung über das Bestehen von Bindungen und deren Art laut Artikel 63.

4. Zum Zwecke der ZeMeT und der Ausstellung der landschaftsrechtlichen Genehmigung und der Baugenehmigung sowie auch für die Maßnahmen freier Bautätigkeit laut Artikel 70 Absatz 1 holt die Gemeinde, falls der Interessent/die Interessentin sie nicht bereits beigelegt hat, auch mit dem Verfahren laut Artikel 18 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, alle Erklärungen, Stellungnahmen, Genehmigungen, Unbedenklichkeitserklärungen und wie immer benannten Zustimmungsakte von öffentlichen Verwaltungen und Erbringern öffentlicher Dienste ein, die für die Durchführung der Maßnahme zur Gebietsumwandlung erforderlich sind und nicht durch eine Eigenbescheinigung oder gesetzlich vorgesehene Bescheinigung ersetzt werden können.

5. Die Gemeinden bestimmen den Leiter/die Leiterin der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten, welcher/welche die Funktion des/der Verfahrensverantwortlichen für die Bearbeitung der in die Zuständigkeit der Servicestelle fallenden Mitteilungen, Meldungen und Anträge übernimmt, sofern er/sie nicht andere Bedienstete der Servicestelle dazu bevoll-

mächtigt. In Ermangelung von qualifiziertem Personal kann die Gemeinde einen verwaltungs-externen Techniker/eine verwaltungsexterne Technikerin zur Unterstützung des/der Verfahrensverantwortlichen beauftragen.

6. Die Landesregierung legt im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden die Inhalte sowie einheitliche Vordrucke für die Anträge auf landschaftsrechtliche Genehmigung und auf Baugenehmigung, für die zertifizierte Meldung des Tätigkeitsbeginns (ZeMeT), für die beeidigte Bau-beginnmitteilung (BBM) und für die Meldung der Bezugsfertigkeit fest.

Sono stati presentati 6 emendamenti. Se non ci sono interventi passo la parola all'assessore Theiner, prego.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Die ersten 5 Abänderungsanträge haben denselben Inhalt, deswegen empfehlen wir den ersten anzunehmen. Klar ist, dass die anderen dann hinfällig sind. Im Abänderungsantrag Nr. 6 geht es um die Personalbestimmung, d.h. "mit Bereichsvertrag wird das Berufsbild des Leiters/der Leiterin der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten sowie die entsprechenden wirtschaftliche Behandlung festgelegt. Für den Zugang zum Berufsbild des Leiters/der Leiterin der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten ist jedenfalls der positive Abschluss eines von der Landesverwaltung definieren und selbst oder mittels Vergabe an Dritte durchgeführten Befähigungslehrgangs von nicht weniger als 100 Stunden notwendig." Klar ist, wenn wir diese Servicestellen schaffen müssen sie auch entsprechend vergütet werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, aber wir müssen auch zuerst die Befähigungskurse machen. In Absprache mit dem Rat der Gemeinden würden wir heuer im Herbst schon mit diesen Kursen beginnen.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo alla votazione dell'emendamento n. 1.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle. Articolo 62, comma 3, lettera a). La lettera è così sostituita: "a) alla ricezione delle SCIA, delle domande per il rilascio di autorizzazione paesaggistica, di autorizzazione idrogeologica-forestale e di permesso di costruire, delle comunicazioni di cui all'articolo 72, della segnalazione certificata per l'agibilità di cui all'articolo 81, e della relativa documentazione, o di ogni altro atto di assenso, comunque denominato, richiesto in base alla presente legge, della documentazione relativa ai pareri e alle autorizzazioni in materia di tutela dei beni culturali soggetti a tutela storico-artistica nonché di tutta la documentazione trasmessa dall'impresa edile, dal richiedente e dal tecnico, relativa agli elementi strutturali degli edifici nonché ai nominativi delle persone da autorizzare all'accesso alla pratica edilizia digitale;"

Artikel 62 Absatz 3 Buchstabe a). Der Buchstabe erhält folgende Fassung: „a) die Entgegennahme der ZeMeT, der Anträge auf Erteilung der landschaftsrechtlichen Genehmigung, der hydrogeologisch-forstrechtlichen Genehmigung und der Baugenehmigung sowie der Meldungen laut Artikel 72, der Bezugsfertigkeitsmeldung laut Artikel 81 samt Unterlagen oder anderer auf der Grundlage dieses Gesetzes vorgeschriebener, beliebig benannter Zustimmungsakte, der Unterlagen in Zusammenhang mit Stellungnahmen und Bewilligungen in Bezug auf unter Denkmalschutz stehende Kulturgüter, sowie sämtlicher vom Bauunternehmen, Antragsteller und Techniker übermittelter Unterlagen zu den Gebäudeträgwerken und zur Angabe der Personen, die eine Zugriffsberechtigung zur digitalen Bauakte erhalten sollen;“

E' aperta la votazione: approvato con 26 voti favorevoli e 4 astensioni.

Gli emendamenti n. 2, n. 3, n. 4 e n. 5 a questo punto decadono perché di contenuto analogo.

Emendamento n. 6, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 62, comma 5. Il comma 5 dell'articolo 62 è così sostituito: "5. Con contratto di comparto è definito il profilo professionale del Direttore/la Direttrice del Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche ed il relativo trattamento economico. In ogni caso, l'accesso al profilo del Direttore/la direttrice del Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche richiede il completamento positivo di un corso di qualificazione definito dall'Amministrazione provinciale e organizzata da lei stessa o da terzi di una durata di non meno di 100 ore. I comuni nominano il Direttore/la Direttrice del Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche, che ha i requisiti sopra menzionati e funge da responsabile del procedimento per l'istruttoria delle comunicazioni, segnalazioni e istanze di competenza del Front Office, qualora non deleghi l'istruttoria di altri collaboratori del Front Office. In mancanza di personale qualificato ai sensi del presente comma il comune può incaricare un tecnico/una tecnica non appartenente all'Amministrazione, che presta supporto al/alla responsabile del procedimento."

Artikel 62 Absatz 5 wird folgendermaßen ersetzt: "5. Mit Bereichsvertrag wird das Berufsbild des Leiters/der Leiterin der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten sowie die entsprechenden wirtschaftliche Behandlung festgelegt. Für den Zugang zum Berufsbild des Leiters/der Leiterin der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten ist jedenfalls der positive Abschluss eines von der Landesverwaltung definieren und selbst oder mittels Vergabe an Dritte durchgeführten Befähigungslehrgangs von nicht weniger als 100 Stunden notwendig. Die Gemeinden bestimmen den Leiter/die Leiterin der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten, welcher/welche die vorher genannten Zugangsvoraussetzungen erfüllt und welcher/welche die Funktion des/der Verfahrensverantwortlichen für die Bearbeitung der in die Zuständigkeit der Servicestelle fallenden Mitteilungen, Meldungen und Anträge übernimmt, sofern er/sie nicht andere Bedienstete der Servicestelle dazu bevollmächtigt. In Ermangelung von qualifiziertem Personal gemäß dieses Absatzes kann die Gemeinde einen verwaltungsexternen Techniker/eine verwaltungsexterne Technikerin zur Unterstützung des/der Verfahrensverantwortlichen beauftragen."

E' aperta la votazione: approvato con 21 voti favorevoli e 8 astensioni.

Passiamo all'articolo 62. Prego assessore, a Lei la parola.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Im Artikel 62 müssen die Bezüge richtig gestellt werden, worauf uns das Rechtsamt des Landtages darauf aufmerksam gemacht hat. In der Zwischenzeit sind neue Gesetze in Kraft getreten und deshalb muss es richtig gestellt werden. Die Wörter "Artikel 62 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Dekret des Präsidenten der Region vom 1. Februar 2005, Nr. 3/L" werden durch die Wörter "Artikel 33 des Regionalgesetzes vom 3. Mai 2018 Nr. 2 "Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol" ersetzt.

Le parole "articolo 62 del decreto del Presidente della Regione 1° febbraio 2005, n. 3/L, recante Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol" vengono sostituite dalle parole "articolo 33 della legge regionale 3 maggio 2018, n. 2, "Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige". Perché è stato proprio approvato ed è stato pubblicato recentemente.

PRESIDENTE: Questa la prenderei sostanzialmente come modifica di tipo tecnico.

Allora con la presente modifica passiamo alla votazione dell'articolo 62.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 14 astensioni.

Passiamo all'articolo 63.

Art. 63

Consulenza preliminare e certificazione preventiva sull'esistenza e sulla qualità dei vincoli

1. Il proprietario/La proprietaria dell'immobile o chi abbia titolo alla presentazione della domanda di autorizzazione paesaggistica, di autorizzazione idrogeologico-forestale, di permesso di costruire, della SCIA o della CILA, può chiedere preliminarmente al Comune una certificazione sulla presenza e sulla qualità di tutti i vincoli che interessano l'area oggetto di intervento, individuata in apposita documentazione allegata alla richiesta. La certificazione contiene altresì l'indicazione della normativa paesaggistica e urbanistica vigente per l'area medesima e che ha incidenza ai fini dell'edificazione.

2. Il soggetto di cui al comma 1 può altresì richiedere al Comune di effettuare una consulenza preliminare sul progetto che intende presentare, per accertare il rispetto dei requisiti e presupposti richiesti da leggi o da atti amministrativi a contenuto generale e verificare la completezza della documentazione che intende allegare.

3. Il Comune provvede entro 30 giorni alla consulenza preliminare e al rilascio della certificazione preventiva.

4. La certificazione preventiva conserva efficacia fino ad un'eventuale variazione sui vincoli.

5. Se la consulenza preventiva avviene in base ad un progetto presentato, in calce è riportata l'attestazione dell'avvenuto esame con l'indicazione sommaria delle risultanze; i documenti progettuali possono essere utilizzati ai fini dell'ulteriore procedimento senza pregiudizio per lo stesso.

Art. 63

Vorabberatung und Vorabbescheinigung über das Bestehen von Bindungen und deren Art

1. *Der Eigentümer/Die Eigentümerin der Liegenschaft oder wer sonst berechtigt ist, den Antrag auf landschaftsrechtliche Genehmigung, auf hydrogeologisch-forstrechtliche Genehmigung oder auf Baugenehmigung zu stellen oder die ZeMeT oder die BBM einzureichen, kann vorab bei der Gemeinde eine Bescheinigung darüber beantragen, ob und welche Bindungen für die von der geplanten Maßnahme betroffene Fläche bestehen; diese Fläche muss aus den Unterlagen hervorgehen, die dem Antrag beizulegen sind. Die Bescheinigung enthält auch den Verweis auf die für die Fläche geltenden Landschafts- und Raumordnungsbestimmungen, die für die geplante Baumaßnahme von Belang sind.*

2. *Die in Absatz 1 genannte Person kann auch bei der Gemeinde eine Vorabberatung über ein Projekt beantragen, welches sie einreichen möchte, um festzustellen, ob die von allgemeinen Rechts- und Verwaltungsvorschriften festgelegten Voraussetzungen und Anforderungen erfüllt und die Unterlagen, welche sie beilegen möchte, vollzählig und vollständig sind.*

3. *Innerhalb von 30 Tagen führt die Gemeinde die Vorabberatung durch und stellt die Vorabbescheinigung aus.*

4. *Die Vorabbescheinigung ist bis zur allfälligen Änderung einer Bindung rechtswirksam.*

5. *Erfolgt die Vorabberatung aufgrund eines Einreichprojektes, ist am unteren Ende die Bestätigung der erfolgten Prüfung mit einer Zusammenfassung des Ergebnisses anzuführen; die Projektunterlagen können unabhängig vom Ergebnis für das weitere Verfahren verwendet werden.*

Non ci sono emendamenti. Apro la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 12 astensioni. Passiamo all'articolo 64.

CAPO II

AUTORIZZAZIONE PAESAGGISTICA

Art. 64

Autorizzazione paesaggistica

1. *L'autorizzazione paesaggistica è valida per il periodo di efficacia del titolo abilitativo di cui all'articolo 74. Se l'autorizzazione è rilasciata con riferimento ad un intervento non soggetto a titolo abilitativo, essa è valida per un periodo di 5 anni, scaduto il quale la prosecuzione del progettato intervento deve essere sottoposta a nuova autorizzazione.*

2. *L'autorizzazione può essere subordinata all'osservanza di particolari prescrizioni o all'esecuzione di interventi sostitutivi o compensativi.*

3. *L'autorizzazione può inoltre essere subordinata alla prestazione di una cauzione in misura proporzionata alla natura dell'intervento autorizzato e degli interventi sostitutivi o compensativi eventualmente richiesti, nonché all'entità del danno che potrebbe essere arrecato al paesaggio. La cauzione deve essere prestata prima dell'inizio dei lavori. Se per le opere da eseguirsi è previsto un contributo provinciale da corrispondersi ai sensi di legge, al posto della cauzione può essere trattenuta una parte del contributo corrispondente al valore della cauzione stessa. In caso di trasgressione, la cauzione è devoluta all'esecuzione d'ufficio delle opere prescritte, qualora il soggetto responsabile dell'abuso non vi abbia provveduto entro il termine stabilito. La cauzione viene svincolata entro 60 giorni dalla data della comunicazione del completamento dell'intervento oggetto di autorizzazione.*

II. KAPITEL

LANDSCHAFTSRECHTLICHE GENEHMIGUNG

Art. 64

Landschaftsrechtliche Genehmigung

1. *Die landschaftsrechtliche Genehmigung gilt für den Zeitraum, in dem die Genehmigung laut Artikel 74 rechtswirksam ist. Wird die Genehmigung für eine Maßnahme erteilt, für die keine Eingriffsgenehmigung erforderlich ist, gilt sie 5 Jahre lang; nach Ablauf dieser Frist muss für die Fortsetzung der geplanten Maßnahme eine neue Genehmigung eingeholt werden.*

2. Die Genehmigung kann von der Erfüllung bestimmter Auflagen oder von der Durchführung von Ersatz- oder Ausgleichsmaßnahmen abhängig gemacht werden.

3. Die Genehmigung kann zudem von der Leistung einer Kautions abhängig gemacht werden, deren Höhe nach der Art der genehmigten Maßnahme und der eventuell vorgesehenen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen sowie nach dem Ausmaß des Schadens bemessen wird, der der Landschaft zugefügt werden könnte. Die Kautions muss vor Beginn der Arbeiten hinterlegt werden. Wird für die Bauarbeiten ein gesetzlich vorgesehener Landesbeitrag bezogen, kann anstelle der Kautions ein dem Kautionswert entsprechender Teil des Beitrags einbehalten werden. Bei Übertretung wird die Kautions für die Durchführung der vorgeschriebenen Bauarbeiten von Amts wegen verwendet, falls der Übertreter nicht innerhalb der festgesetzten Frist dafür sorgt. Die Kautions wird innerhalb von 60 Tagen ab dem Tag der Mitteilung der Fertigstellung des genehmigten Eingriffes freigestellt.

C'è 1 emendamento. Consigliere Pöder, prego.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Die Freistellung sollte etwas schneller gehen, und zwar innerhalb von 30 Tagen.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Dieser Abänderungsantrag scheint uns Ziel führend zu sein.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo alla votazione dell'emendamento all'articolo 64.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Pöder. Articolo 64, comma 3. La cifra "60 è sostituita dalla cifra "30".

Artikel 64 Absatz 3. Die Zahl "60" wird durch die Zahl "30" ersetzt.

E' aperta la votazione: approvato con 28 voti favorevoli e 1 astensione.

Passiamo ora all'articolo 64.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 13 astensioni.

Passiamo all'articolo 65.

Art. 65

Interventi e attività non soggetti ad autorizzazione paesaggistica

1. Non sono soggetti ad autorizzazione paesaggistica gli interventi e le attività che non alterano lo stato dei luoghi e l'aspetto esteriore degli edifici, nonché gli interventi e le attività elencati nell'allegato A alla presente legge. Sono fatte salve le specifiche prescrizioni d'uso dettate con riferimento ai beni paesaggistici di cui all'articolo 11. La Giunta provinciale può specificare gli interventi e le attività di cui all'allegato A in conformità al decreto del Presidente della Repubblica 13 febbraio 2017, n. 31, e successive modifiche ed integrazioni.

2. Resta comunque fermo l'obbligo di autorizzazione ai sensi delle norme provinciali in materia di foreste, tutela dell'ambiente e tutela dei beni culturali e per interventi e attività riguardanti habitat e specie tutelati ai sensi della legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6, e successive modifiche.

Art. 65

Maßnahmen und Tätigkeiten ohne Pflicht zur landschaftsrechtlichen Genehmigung

1. Keiner landschaftsrechtlichen Genehmigung bedarf es für Maßnahmen und Tätigkeiten, durch die der Zustand der Orte und das äußere Erscheinungsbild der Gebäude nicht verändert werden, sowie für die Maßnahmen und Tätigkeiten, die im Anhang A zu diesem Gesetz aufgelistet sind. Die spezifischen Nutzungsvorschriften, die in Bezug auf die Landschaftsgüter laut Artikel 11 festgeschrieben sind, werden dadurch nicht berührt. Mit Verordnung der Landesregierung können die Maßnahmen und Tätigkeiten laut Anhang A in Einklang mit dem Dekret des

Präsidenten der Republik vom 13. Februar 2017, Nr. 31, in geltender Fassung, spezifiziert werden.

2. Aufrecht bleibt die Genehmigungspflicht im Sinne der Landesbestimmungen in den Bereichen Forstwesen, Umweltschutz und Denkmalschutz sowie für Maßnahmen und Tätigkeiten, welche geschützte Lebensräume und Arten gemäß Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6, in geltender Fassung, betreffen.

Sono presenti 17 emendamenti. Consigliere Pöder, prego.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Jetzt kommen wir zu den Anhängen, hier zum Anhang A. Ich habe schon einige Bedenken. Man darf nicht vergessen, was dieser Artikel 65 bedeutet. Es braucht keine landschaftsrechtliche Genehmigung für Maßnahmen, die wir hier laut Anhang A zum Gesetz vorsehen. Im Anhang A ist eine ganze Reihe von Maßnahmen aufgelistet. Ich denke, dass wir hier diese Maßnahmen doch etwas durchforsten müssten, denn es ist schon sehr extensiv ausgelegt.

Zum Beispiel A 3), ich habe hier die Punkte angemerkt. Auf Seite 112 des Kommissionstextes ist der Anhang A aufgelistet zum Artikel 65 Absatz 1. Ich würde A 3) streichen, weil das Maßnahmen zur statischen Konsolidierung der Gebäude usw. sind. Das sind doch recht ordentliche Eingriffe. Es steht zwar "sofern sie nicht zu Änderungen morphologische rund typologischer Merkmale, der Materialien oder Außenverkleidungen oder des Volumens und der Höhe des Gebäudes führen". Ich denke, dass es hier bei der Konsolidierung zu einer Veränderung des gesamten Gefüges des Aussehens kommen kann und deshalb bin ich der Meinung, dass es eine landschaftsrechtliche Genehmigung braucht.

"A 4) Notwendige Eingriffe zur Beseitigung von architektonischen Barrieren, wie die Realisierung von externen Rampen für Höhenunterschiede bis zu 60 cm, ". Es ist mir schon klar dass es hier um die Barrieren geht, aber das sind recht beachtliche Eingriffe bisweilen. Ich denke, dass wir beim Punkt 4 sehr wohl eine landschaftsrechtliche Genehmigung bisweilen brauchen könnten.

Beim A 5) würde ich die Buchstaben c) und d) streichen. Da geht es um die Installation von Gasspeichern und die Errichtung kleinerer Anlagen zur Behandlung häuslicher Abwässer. Auch das sind Eingriffe, die zwar recht nett klingen und wir sagen könnten, da brauchen wir kein landschaftsrechtliche Genehmigung, aber das sind dann schon landschaftlich, um es klarzustellen, bisweilen recht ordentliche Eingriffe. Das kann sich dann bis zum Schluss schon auf das Landschaftsbild ziemlich negativ auswirken.

A 15) ist ein Eingriff. "Unbeschadet der Bestimmungen des Schutzes der archäologischen Güter" ... "die Realisierung und Instandhaltung von Eingriffen im Untergrund". Das ist eine ziemlich lange Auflistung.

In A 19) Buchstabe d) die Wörter "Holzhütten und" sollen gestrichen werden. Was ist eine Holzhütte? Das ist eine Interpretationssache. Auch das hier könnte eine Holzhütte sein, weil alles aus Holz gemacht ist. Ich kenne sehr schöne große Holzhütten, die man einfach als Holzhütten charakterisieren kann, die in der Landschaft aber schon ein einschneidendes Bild darstellen.

A 19) Buchstaben i) und l) "Planierungen im landwirtschaftlichen Grün ohne Stützbauwerke" bereiten bisweilen schon Sorgen. Das sind nicht immer nur Kleinigkeiten, die da geschehen. "Materialablagerungen im landwirtschaftlichen Grün" das ist auch sehr weitläufig. Da würde ich eine andere Definition verwenden. Da sind wir in einem Bereich, der sehr problematisch ist, weil er sehr dehnbar ist. Wenn ich ewige Materialablagerungen oder Planierungen habe, die weit das Maß des Erträglichen überschreiten, dann haben wir schon ein Problem. Da würde ich schon eine Einschränkung vornehmen.

A 20) Buchstabe d) Bau von Straßen für die Zwecke der land- und forstwirtschaftlichen" da stellt sich auch die Frage, wie man das interpretiert. Wenn man es einfach so zulässt wie es hier steht, dann ist es ein sehr extensiver Begriff.

A 29) "Maßnahmen zum getreuen Wiederaufbau von Gebäuden". Da müsste man kontrollieren, ob es ein getreuer Wiederaufbau ist.

A 30) "Abbruch und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes". Auch hier ein sehr ausgehnter Bereich.

A 31) halte ich auch für problematisch, dass wir da keine landschaftsrechtliche Genehmigung mehr brauchen.

Die anderen Bereiche leuchten mir ein. Wenn ich mir den Anhang A anschau, Herr Landesrat, frage ich mich, für was braucht es dann überhaupt noch eine landschaftsrechtliche Genehmigung? Da sind wir schon in einem sehr schwierigen Feld, wir haben eine sehr lange Liste. Es sind zwar einige Punkte dabei,

bei denen wir bereits bisher Ausnahmebestimmungen hatten, aber diese lange, lange Liste sagt mir unterm Strich, dass ich in Zukunft keine landschaftsrechtliche Genehmigungen mehr brauche bzw. nur mehr für sehr wenige Dinge brauche.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Il collega Pöder ha già spiegato di cosa si tratta e cioè l'articolo 65 sostanzialmente approva l'allegato A, che fa un lungo elenco di interventi non soggetti ad autorizzazione paesaggistica, cioè si può fare quello che è previsto, senza autorizzazione paesaggistica.

Anche nella normativa nazionale è previsto un allegato che fa l'elenco degli interventi previsti senza autorizzazione paesaggistica. Io ho confrontato i due allegati, non sono identici, i punti sono identici però noi abbiamo aggiunto dei sottopunti per ampliare la possibilità di intervento senza autorizzazione paesaggistica.

In commissione io ho chiesto all'assessore se noi, rispetto allo Stato, potevamo essere più restrittivi, tutelare di più il paesaggio, prevedere più autorizzazioni, e l'assessore sinceramente ha detto di sì, lo Stato impone che oltre questi interventi non si possa fare, ma noi saremmo stati liberi di restringere il numero di interventi, cioè di essere più virtuosi dello Stato italiano, cioè potevamo tutelare di più il paesaggio, essere più rigorosi, ma l'assessore ha dichiarato – sta a verbale – che si sono voluti usare tutti i margini possibili per rendere più semplice l'intervento e quindi ampliare la possibilità di intervenire, di fare opere o interventi senza autorizzazione paesaggistica.

Naturalmente per un territorio come l'Alto Adige/Südtirol che di paesaggio vive anche economicamente, perché vive di turismo, questa è un'affermazione che a me pare problematica. Io penso che noi potevamo essere più virtuosi di Roma, e non meno virtuosi, perché voi avete visto che ci sono in questo allegato una serie di commi che sono sottolineati, vuol dire ce sono stati sostituiti in commissione. La maggior parte di queste sostituzioni sono state imposte dal Ministero per essere più rispettosi, perché noi eravamo ancora più blandi e il Ministero ha detto che si doveva garantire che l'assetto idrogeologico non venisse alterato, eccetera. Quindi l'assessore Theiner ha fatto diversi emendamenti e li ha giustificati dicendo che erano stati imposti dal Ministero perché il testo iniziale era troppo blando, non rispettava soprattutto l'assetto idrogeologico.

Su questo operare io non sono d'accordo e non sono d'accordo che noi aggiungiamo i sottopunti. Il punto più problematico è l'A 19), che riguarda il verde agricolo. Il Ministero ha il 19 però non ha tutti questi sottopunti, ne ha di meno, noi abbiamo aggiunto sottopunti: l'A 19) a), l' A 19) d), l'A 19) i), l'A 19) l) e l'A 19) m). Questi non sono nell'allegato del Ministero, questi li abbiamo aggiunti noi, quindi noi andiamo oltre quello che lo Stato italiano prevede, e noi per Stato italiano intendiamo qualcosa di meno virtuoso di noi di solito, invece noi andiamo oltre nella possibilità di fare interventi sul paesaggio senza l'autorizzazione paesaggistica.

Con emendamenti dei colleghi della maggioranza in commissione sono stati tolti una serie di paletti che il testo iniziale aveva. I nostri emendamenti hanno la finalità di eliminare almeno gli interventi non previsti nell'allegato ministeriale, noi almeno tanto tutelanti il paesaggio quanto Roma dobbiamo esserlo, dovremmo essere migliori, ma almeno non essere peggiori, quindi proponiamo di eliminare una serie di lettere, sottopunti e di ripristinare una serie di paletti che c'erano nel testo originale presentato dall'ass. Theiner in commissione, che poi la commissione ha eliminato.

In particolare proponiamo di eliminare le lettere a) e d) dell'A 19), di sostituire nella lettera g) la parola "muri" con la parola "muretti" come nell'originale testo Theiner, di eliminare la lettera i) dell'A 19) che non è prevista nel testo statale o almeno di eliminare le parole "il che in ogni caso comprende un dislivello di un metro in più o in meno", che è stato aggiunto in commissione e ci sembra eccessivo, di eliminare la lettera m) dell'A 19) perché non è prevista dall'allegato ministeriale e alla fine della lettera a) dell'A 20) aggiungere "purché previsti e autorizzati da norme in materia", questa lettera ha una serie di interventi per quanto riguarda boschi, foreste, opere di bonifica, antincendio e taglio colturale, prevedeva questa dizione e noi proponiamo di reinserirla. Questo per quanto riguarda l'allegato A, che viene approvato con il comma 1 dell'articolo 65.

Alla fine del comma 2 in commissione, per cercare di essere un po' più garantisti Lei, assessore Theiner, aveva proposto di aggiungere le parole "inoltre sono da rispettare eventuali specifiche prescrizioni del regolamento edilizio comunale". Su questo si è discusso, Lei lo aveva proposto con un emendamento che la commissione ha bocciato a maggioranza. Io pensavo che Lei lo avrebbe ripresentato e comunque per an-

dare sul sicuro, lo abbiamo riproposto noi, sperando che questo trovi l'approvazione Sua e della maggioranza in aula.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich möchte nur eine Frage an den Landesrat in Bezug auf den Abänderungsantrag Nr. 4 stellen. Dort ist die Rede wie im Artikel selbst, dass von der Bewilligung die im Anhang A Nr. A 19) Buchstabe d) genannten Holzhütten ausgenommen sind. Wie definiert man Holzhütte? Wenn es im Garten ein kleiner Geräteschuppen ist, dann wird Niemand der Meinung sein, dass es dafür eine Baugenehmigung braucht. Die Kollegin Atz Tammerle hat das das Beispiel der Mendelhütten genannt, das sind alles Holzhütten. Gibt es eine Definition, was unter Holzhütten alles hinein fällt? Oder es kann jede aus Holz gebaute Behausung sein, wenn man das Gesetz freimütig interpretieren würde.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Auch im Gesetzausschuss hat es diesbezüglich Diskussionen gegeben. Ich möchte hier etwas klarstellen. Es steht und nicht frei, zu sagen, ob wir diese Liste machen oder nicht, sondern das sind – und so heißt es wortwörtlich in der staatlichen Gesetzgebung – die feinen Eingriffe sind nicht vom Staat vorgesehen und als solche taxativ und von anderen Regionen und autonomen Provinzen einzuhalten, weil es sogenannte "livelli essenziali prestazionali" sind. Wir können also nicht davon absehen.

Riccaro Dello Sbarba, du hast richtig darauf hingewiesen, auf das Verhalten, das wir an den Tag gelegt haben. Wir müssen aber auch sagen, dass es unsere Absicht war, das im Artikel anzuführen. Dann hat das Ministerium gesagt, nein, ihr müsst hinten bei der Tabelle genau darauf eingehen. Deshalb haben wir nach Absprache mit dem Ministerium die Änderungsvorschläge eingebracht. Wir hatten es vorher im Text beschrieben, aber das Ministerium hat uns gesagt, dass es hinten in den Maßnahmen genau festgehalten werden muss. Deshalb haben wir auch in der Gesetzgebungskommission genau die Tabelle gebracht, die wir mit dem Ministerium abgeklärt haben. Es ist also nicht ein Optional, ob wir das wollen oder nicht. Wir haben natürlich versucht, unsere lokalen Besonderheiten in den Text hinein zu bringen. Das ist in Absprache mit Rom erfolgt. Ich habe hier den Abänderungsantrag Nr. 3 eingebracht, die heutige Regelung von Hagelnetze und Kulturschutzfolien. Das ist nichts Neues! Es ist nicht so, dass wir was Neues einfügen und dass man sagt, es ist wiederum ein Geschenk für die Bauern, sondern genau das was heute schon ist, haben wir genau abgeklärt und gesagt, das hatten wir bisher schon im Gesetz und das möchte wir auch hier verankern. Zudem ist Vieles, was wir in der Tabelle A vorgesehen haben, in den sogenannten Minibagatelleingriffen vorgesehen gewesen. Also es ist nicht die große Revolution und war bisher auch schon nicht genehmigungspflichtig. Wir sind nicht frei, zu sagen, führen wir das ein oder führen wir das nicht ein. Diese Liste, wie sie hier ist, ist in Absprache mit Rom erstellt worden.

Nun um auf die Frage von Kollegen Sven Knoll zu antworten, möchte ich grundsätzlich sagen, es heißt nicht, alles was hier in der Tabelle A enthalten ist, dass die Naturschutzbestimmungen nicht gelten würden. Zum Beispiel die forstwirtschaftlichen Genehmigungen sind unabhängig davon erforderlich. Das hat mit dem nichts zu tun. Man muss sich als Eigentümer zuerst genau informieren, welche Verpflichtungen sind mit diesem Grundstück verbunden und erst anschließend kann man handeln. Er haftet dafür und ist von Umweltschutzbestimmungen, Forstschutzbestimmungen, usw., nicht befreit. Die gelten selbstverständlich nach wie vor. Eines ist in diesem Zusammenhang auch noch klar, es wird immer über A 19 gesprochen. Kollege Knoll, wenn Sie in dieser Tabelle nachschauen, dann steht genau, dass die Landesregierung hier eine Richtlinie erlassen will. Es geht nicht darum, dass wenn Jemand ein sogenanntes "Mendelhaus" oder einen Holzpalast errichten will, keine Genehmigung braucht. Dazu sind die Durchführungsbestimmungen da. Man kann sich sicher sein, dass wir keine Ferienhäuser darunter fallen lassen.

PRESIDENTE: Grazien assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti all'articolo 65.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Pöder, Articolo 65, comma 1, allegato A. Nell'allegato A è soppresso quanto segue: n. A3), n. A4), le lettere c) e d) del n. A5), n. A15), le parole "di legnaie e" nella lettera d) del n. A19), le lettere i ed l) del n. A19), la lettera d) del n. A20), n. A29), n. A30), n. A31).

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Im Anhang A wird Folgendes gestrichen: Nr. A3), Nr. A4), Nr. A5) Buchstaben c) und d), Nr. A15), die Wörter "Holzhütten und" in Nr. A19) Buchst. d), Nr. A19) Buchstaben i und l), Nr. A20) Buchstabe d), Nr. A29), Nr. A30), Nr. A31).

E' aperta la votazione: respinto con 6 voti favorevoli, 15 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera a) del n. A 19) è soppressa.

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A 19) Buchstabe a) wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 6 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 3, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 65, comma 1, Allegato A, comma A 19), lettera c). La lettera c) comma A 19) dell'allegato A è integrata e così sostituita: "c) installazione di serre mobili stagionali sprovviste di strutture in muratura, palificazioni, pergolati, singoli manufatti amovibili, realizzati in legno per ricovero di attrezzi agricoli, con superficie coperta non superiore a 5 m² e semplicemente ancorati al suolo senza opera di fondazione o opera murarie; le reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie;"

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A Absatz A 19) Buchstabe c). Anhang A Absatz A 19) Buchstabe c) wird ergänzt und erhält folgende Fassung: "c) Errichtung von mobilen saisonalen Gewächshäusern ohne gemauerte Strukturen, Stützen und Pergole, einzelne bewegliche Bauteile in Holz für die Unterbringung landwirtschaftlicher Werkzeuge, mit überdachter Fläche bis zu 5 m² und einfacher Verankerung am Boden ohne Fundamente oder Mauerwerk, Anbringen von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen;"

E' aperta la votazione: approvato con 21 voti favorevoli, 2 voti contrari e 5 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera d) del n. A 19) è soppressa.

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A 19) Buchstabe d) wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 16 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 5, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. Nella lettera g) del n. A 19) la parola "muri" è sostituita dalla parola "muretti".

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. In Nr. A 19) Buchstabe g) wird vor dem Wort "Trockenmauern" das Wort "kleinen" eingefügt.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 15 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 6, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 65, comma 1, Allegato A, punto 19) lettera h). La lettera h) del punto 19) dell'allegato A la dizione "e ove tali aree risultino individuate dal piano paesaggistico" è sostituita dalla dizione "ove non risultino vincoli su tali aree nel piano paesaggistico".

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A Punkt 19 Buchstabe h). Im Anhang A unkt 19 Buchstabe h) wird "und sofern diese Flächen im Landschaftsplan ausgewiesen sind" durch die Diktion "wenn keine Bindungen auf diesen Flächen im Landschaftsplan enthalten sind" ersetzt.

E' aperta la votazione: approvato con 24 voti favorevoli e 5 astensioni.

Emendamento n. 7, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera i) del n. A 19) è soppressa.

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A 19) Buchstabe i) wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 16 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 8, presentato dai consiglieri Tinkhauser, Oberhofer, Stocker, Blaas e Zingerle. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera i) del n. A 19) è così sostituita: "i) spianamenti in verde agricolo, fermo restando che le opere di sostegno possono essere soltanto muri a secco, muri ciclopici, massicciate in legname o terre armate, con il mantenimento dell'andamento grossolano del terreno, il che in ogni caso comprende un dislivello di un metro in più o in meno, senza modifiche ad elementi paesaggistici e alterazione all'assetto idrogeologico;"

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A19) Buchstabe i) erhält folgende Fassung: „i) Planierungen im landwirtschaftlichen Grün, wobei Stützmauern ausschließlich in der Form von Trockenmauern, Zyklopenmauern, Krainerwänden aus Holz oder bewehrten Erden errichtet werden dürfen, mit Beibehaltung des groben Geländeverlaufs, was auf jeden Fall den Auf- und Abtrag von 1 m einschließt, ohne Veränderung von Landschaftselementen und Änderung des hydrogeologischen Haushaltes;"

E' aperta la votazione: respinto con 9 voti favorevoli, 15 voti contrari e 1 astensione.

L'emendamento n. 9 decade perché di contenuto analogo.

Passiamo **all'emendamento n. 10**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. Nella lettera i) del n. A 19) le parole "il che in ogni caso comprende un dislivello di un metro in più o in meno" sono sopresse.

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. In Nr. A 19) Buchstabe i) werden die Wörter "was auf jeden Fall den Auf- und Abtrag von 1 m einschließt" gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 17 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 11, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera l) del n. A 19) è soppressa.

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A 19) Buchstabe l) wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 17 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 12, presentato dai consiglieri Tinkhauser, Oberhofer, Stocker, Blaas e Zingerle. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera l) del n. A 19) è così sostituita: "l) deposito di materiale di scavo a scopo di bonifica agricola in verde agricolo in rapporto fino a 1 m³/m² fino a un massimo di 2.000 m³, fermo restando che le opere di sostegno possono essere soltanto muri a secco, muri ciclopici, massicciate in legname o terre armate, senza modifiche ad elementi paesaggistici e senza alterazioni all'assetto idrogeologico;"

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A 19) Buchstabe l) erhält folgende Fassung: „l) Materialablagerungen im landwirtschaftlichen Grün zum Zwecke der landwirtschaftlichen Meliorierung im Verhältnis von bis zu 1 m³/m² mit einem Maximalvolumen von 2000 m³, wobei Stützmauern ausschließlich in der Form von Trockenmauern, Zyklopenmauern, Krainerwänden aus Holz oder bewehrten Erden errichtet werden dürfen, ohne Veränderung von Landschaftselementen und ohne Änderungen des hydrogeologischen Haushaltes;"

E' aperta la votazione: respinto con 10 voti favorevoli, 16 voti contrari e 2 astensioni.

L'emendamento 13 decade perché di contenuto analogo.

Emendamento n. 14, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. La lettera m) del n. A 19) è soppressa.

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Nr. A 19) Buchstabe m) wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 17 voti contrari e 8 astensioni.

Emendamento n. 15, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 1, allegato A. Alla fine della lettera a) del n. A 20) sono aggiunte le seguenti parole: "purché previsti ed autorizzati da norme in materia".

Artikel 65 Absatz 1 Anhang A. Am Ende von Nr. A 20) Buchstabe a) werden folgende Wörter hinzugefügt: "sofern sie gemäß den einschlägigen Bestimmungen vorgesehen und zugelassen sind".

E' aperta la votazione: respinto con 5 voti favorevoli, 17 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 16, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 65, comma 2. Il comma è così sostituito: "2. Resta comunque fermo l'obbligo di autorizzazione ai sensi delle norme provinciali in materia di foreste, tutela dell'ambiente e tutela dei beni culturali e per interventi e attività riguardanti habitat e specie tutelati ai sensi della legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6, e successive modifiche. Inoltre sono da rispettare eventuali specifiche prescrizioni del regolamento edilizio comunale."

Artikel 65 Absatz 2. Der Absatz erhält folgende Fassung: „2. Aufrecht bleibt die Genehmigungspflicht im Sinne der Landesbestimmungen in den Bereichen Forstwesen, Umweltschutz und Denkmalschutz sowie für Maßnahmen und Tätigkeiten, welche geschützte Lebensräume und Arten gemäß Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6, in geltender Fassung, betreffen. Ebenso sind die allfälligen spezifischen Vorschriften der Gemeindebauordnung zu beachten.“

E' aperta la votazione: respinto con 11 voti favorevoli, 16 voti contrari e 2 astensioni.

Emendamento n. 17, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 65, comma 3. "3. Reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie possono essere installate senza autorizzazione paesaggistica. La Giunta provinciale, dopo aver acquisito pareri redatti tenendo conto dell'esigenza dell'agricoltura e della tutela del paesaggio, determina i colori consentiti nonché le distanze di reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie da infrastrutture pubbliche. Il consiglio comunale può determinare delle zone dove ai fini della tutela dell'aspetto paesaggistico è vietata l'installazione di reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie. Qualora sia stata stipulata un'apposita polizza assicurativa contro danni derivanti dalla grandine, il comune per le zone coltivate coperte dal divieto è obbligato annualmente al pagamento di un indennizzo per la durata del divieto a favore del coltivatore. Sentito il Consiglio dei comuni e sentita la più rappresentativa organizzazione degli agricoltori a livello provinciale, la Giunta provinciale determina con deliberazione i criteri e l'ammontare dell'indennizzo."

Artikel 65 Absatz 3. Nach Artikel 5 Absatz 2 wird folgender neuer Absatz 3 hinzugefügt: "3. Hagelnetze, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetze können ohne landschaftliche Genehmigung angebracht werden. Die Landesregierung legt nach Einholen von Gutachten, die unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landwirtschaft und des Landschaftsschutzes erstellt wurden, die zulässigen Farben sowie die

Abstände von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen zu öffentlichen Infrastrutturen fest. Der Gemeinderat kann Gebiete festlegen, in denen zum Schutze des Landschaftsbildes das Anbringen von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen verboten ist. Sofern eine entsprechende Hagelversicherung abgeschlossen wird, hat die Gemeinde dem Bewirtschafter für die mit Verbot belegten Kulturflächen eine jährliche Entschädigung für die Gültigkeitsdauer des Verbotes zu bezahlen. Mit Beschluss der Landesregierung werden nach Anhören des Rates der Gemeinden und nach Rücksprache mit der repräsentativsten Vereinigung der Bauern auf Landesebene die Richtlinien und die Höhe der Entschädigungen festgelegt."

E' aperta la votazione: approvato con 22 voti favorevoli e 6 astensioni.

Passiamo ora alla votazione dell'articolo 65.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli, 2 voti contrari e 10 astensioni.

Passiamo all'articolo n. 66.

Art. 66

Competenza per il rilascio dell'autorizzazione paesaggistica

1. *L'autorizzazione paesaggistica per le attività e gli interventi elencati nell'allegato B alla presente legge è rilasciata dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione provinciale competente in materia di natura, paesaggio e sviluppo del territorio.*

2. *La funzione autorizzatoria per gli interventi non elencati nell'allegato B è delegata ai Comuni.*

Art. 66

Zuständigkeit für die Erteilung der landschaftsrechtlichen Genehmigung

1. *Die landschaftsrechtliche Genehmigung für die im Anhang B zu diesem Gesetz aufgelisteten Eingriffe wird vom Direktor/von der Direktorin der für Natur, Landschaft und Raumentwicklung zuständigen Landesabteilung erteilt.*

2 *Für jene Eingriffe, die nicht im Anhang B aufgelistet sind, ist die Befugnis zur Erteilung der Genehmigung den Gemeinden übertragen.*

Sono stati presentati 9 emendamenti. Consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Questi sono gli interventi soggetti ad autorizzazione paesaggistica della Provincia, quindi hanno un livello di tutela superiore.

Alla lettera B 1) proponiamo di aggiungere dopo "biotopi" le parole "zone di rispetto", alla lettera B 12) proponiamo che la cifra "10.000" sia sostituita dalla cifra "1.000" o dalla cifra "5.000", cioè i depositi di materiale di scavo in zona di verde alpino, prato e pascolo alberato e nel verde agricolo se superiori a 10.000 hanno bisogno dell'autorizzazione della Provincia, attualmente è 1.000, si passa da 1.000 a 10.000 e quindi noi proponiamo di scendere a 1.000 o almeno, come compromesso, 5.000.

Nella lettera d) della B 13) proponiamo di eliminare le parole "in aree intensamente coltivate, anche se non sottoposte a vincolo idrogeologico e forestale, la competenza al rilascio dell'autorizzazione paesaggistica è delegata agli ispettorati forestali competenti per il territorio, i quali possono prescrivere un eventuale reimpianto compensativo; noi crediamo che se la competenza è della Provincia non possa delegarla semplicemente agli ispettorati.

Alla fine del comma 1 dell'articolo 66 – purtroppo è una legge complessa e l'ora è tarda – proponiamo che si inseriscano le parole " , dopo aver acquisito parere obbligatorio della commissione provinciale per il territorio e il paesaggio, ".

Infine proponiamo di sostituire il comma 2 in questo modo: La funzione autorizzatoria per gli interventi non elencati nell'allegato B è delegata ai Comuni, solo a condizione che essi dispongano di strutture ed organi in grado di assicurare un adeguato livello di competenze tecnico-scientifiche nonché di garantire una netta distinzione tra attività di tutela paesaggistica ed esercizio di funzioni amministrative in materia urbanistico-edilizia. Ove non si verificano queste condizioni, la funzione autorizzatoria torna alla Provincia".

Questo è un punto delicato, i Comuni non sono attrezzati per queste autorizzazioni e quindi come fa un Comune che per esempio non ha la struttura tecnica e il personale a dare queste autorizzazioni, che

sono autorizzazioni paesaggistiche? Noi reintroduciamo in parte quello che nel testo era già previsto, cioè che le funzioni autorizzatorie fossero delegate ai Comuni, a patto che questi avessero la struttura tecnica e noi lo ribadiamo, questo è importante perché se un Comune non ha la struttura tecnica, come fa a dare queste autorizzazioni? In questo momento la maggior parte dei Comuni questa struttura non ce l'ha.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich bitte den Landesrat Theiner um eine Information zu seinem Abänderungsantrag Nr. 6 und zwar steht in der bisherigen Diktion, dass Aufstiegsanlagen, Skipisten und technische Beschneiungsanlagen genehmigungspflichtig sind. Hier wird die Präzisierung gemacht "für Flächen von mehr als 2 ha". Warum diese Einschränkung? Das Gesetz zielt darauf ab, diese baulichen Eingriffe entsprechend zu reglementieren, aber das wäre ja dann so, dass alles was unter 2 ha wäre, davon ausgenommen wäre. Ich bitte um die Information, was damit genau gemeint ist.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Kollege Knoll, über 2 ha ist das Land verantwortlich, unter 2 ha die Gemeinde. Hier wird nur spezifiziert ab wann das Land zuständig ist. Ich möchte nun auf die einzelnen Abänderungsanträge eingehen.

Abänderungsantrag Nr. 1, wo es heißt nach dem Wort "Biotope" auch "Bannzonen" einzufügen: Bannzonen sind keine Naturschutzgebiete. Die Bannzonen werden von den Gemeinden ausgewiesen, deshalb ist es auch richtig, dass dafür die Gemeinde zuständig ist.

Abänderungsantrag Nr. 2, der von mir eingebracht worden ist: hier wird genau spezifiziert, in welchen Arten von geschützten Lebensräumen die Eingriffsermächtigung dem Land vorbehalten werden, ansonsten ist eben die Gemeinde zuständig.

Abänderungsantrag Nr. 3 und folgende vom Kollegen Dello Sbarba: ab 10.000 Kubik ist das Land zuständig, darunter ist die Gemeinde zuständig. Natürlich ist 10.000 genau so eine willkürliche Zahl wie 5.000 oder 15.000. Das ist schon richtig, aber wir haben versucht eine Größenordnung festzulegen, wo man sagen kann, dass wir nicht nochmals mit allem Möglichen konfrontiert werden.

Abänderungsantrag Nr. 6: über 2 ha ist das Land zuständig, unter 2 ha sind die Gemeinden zuständig.

Abänderungsantrag Nr. 7, wo auf den Gemeindeplan Bezug genommen wird und es heißt: Im Anhang B Punkt 15 wird am Ende "sofern diese nicht im Gemeindeplan vorgesehen sind" angefügt. Da sieht man wieder einmal die Bedeutung von Gemeindeplan und Gemeindeentwicklungsplan. Wenn sie es vorgesehen haben, dann ist die Gemeinde zuständig, wenn sie es nicht vorgesehen haben, dann ist das Land zuständig. Hier haben wir versucht, die entsprechenden Eingriffe entweder dem Land oder der Gemeinde zuzuweisen. Wenn die Gemeinde das vorher genau im Gemeindeplan aufgelistet hat, dann ist es sinnvoll, wenn die Gemeinde darüber befindet. Soviel zu den Änderungsanträgen.

PRESIDENTE: Grazie. Passiamo alla votazione degli emendamenti all'articolo 66.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 66, comma 1, allegato B. Nel n. B1) dopo la parola "biotopi" sono inserite le parole "zone di rispetto".

Artikel 66 Absatz 1. Anhang B. In Nr. B1) wird nach dem Wort "Biotope" das Wort "Bannzonen" eingefügt.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 16 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 2, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 66, comma 1, allegato B. punto 2. Il punto 2 dell'allegato B è così sostituito: "B2): gli interventi che riguardano habitat protetti ai sensi degli artt. 4 e 7 della Legge sulla tutela della natura (LP 6/2010);"

Artikel 66 Absatz 1 Anhang B Punkt 2. Anhang B Punkt 2 erhält folgende Fassung: "B2): Eingriffe, die geschützte Lebensräume im Sinne von Art. 4 und Art. 7 des Naturschutzgesetzes (LG 6/2010) betreffen;".

E' aperta la votazione: approvato con 22 voti favorevoli e 7 astensioni.

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 66, comma 1, allegato B. Nel n. B12) la cifra "10.000" è sostituita dalla cifra "1.000".

Artikel 66 Absatz 1. Anhang B. In Nr. B1) wird die Ziffer "10.000" durch die Ziffer "1.000" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 17 voti contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 66, comma 1, allegato B. Nel n. B12) la cifra "10.000" è sostituita dalla cifra "5.000".

Artikel 66 Absatz 1. Anhang B. In Nr. B1) wird die Ziffer "10.000" durch die Ziffer "5.000" ersetzt.

E' aperta la votazione: respinto con 3 voti favorevoli, 17 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 5, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 66, comma 1, allegato B. Nella lettera d) del n. B13) sono soppresse le seguenti parole: "in aree intensamente coltivate, anche se non sottoposte al vincolo idrogeologico e forestale, la competenza al rilascio dell'autorizzazione paesaggistica è delegata agli ispettorati forestali competenti per territorio, i quali possono prescrivere un eventuale reimpianto compensativo".

Artikel 66 Absatz 1. Anhang B. In Nr. B13) Buchstabe d) wird folgender Wortlaut gestrichen: „in intensiv genutzten Kulturlflächen und Wiesen, auch wenn sie nicht forstlich-hydrogeologisch vinkuliert sind, ist die Befugnis zur Erteilung der Landschaftsermächtigungen den örtlich zuständigen Forstinspektoraten übertragen, die allfällige Ersatzpflanzungen vorschreiben können“.

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 9 astensioni.

Emendamento n. 6, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 66, comma 1, allegato B, punto 14. Al punto 14 dell'allegato B dopo la parola "tecnico" è aggiunta la dizione "per aree superiori a 2 ettari".

Artikel 66 Absatz 1 Anhang B Punkt 14. Im Anhang B Punkt 14 wird nach dem Wort "Beschneigungsanlagen" die Diktion "für Flächen von mehr als 2 ha" hinzugefügt.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli, 6 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 7, presentato dall'assessore Theiner. Articolo 66, comma 1, allegato B, punto 15. Al punto 15 dell'allegato B alla fine è aggiunta la dizione "purché gli stessi non siano previsti nel piano comunale".

Artikel 66 Absatz 1 Anhang B Punkt 15. Im Anhang B Punkt 15 wird am Ende "sofern diese nicht im Gemeindeplan vorgesehen sind." angefügt.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli e 14 astensioni.

Emendamento n. 8, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 66, comma 1. Alla fine del comma sono inserite le seguenti parole: ", dopo aver acquisito parere obbligatorio della commissione provinciale per il territorio e il paesaggio,".

Artikel 66 Absatz 1. Nach den Wörtern "aufgelisteten Eingriffe wird" werden folgenden Wörter eingefügt: "nach Einholen der obligatorischen Stellungnahme der Landeskommission für Raum und Landschaft".

E' aperta la votazione: respinto con 6 voti favorevoli, 17 voti contrari e 7 astensioni.

Emendamento n. 9, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 66, comma 2. "2. La funzione autorizzatoria per gli interventi non elencati nell'allegato B è delegata ai Comuni, solo a condizione che essi dispongano di strutture ed organi in grado di assicurare un adeguato livello di competenze tecnico-scientifiche nonché di garantire una netta distinzione tra attività di tutela paesaggistica ed esercizio di funzioni amministrative in materia urbanistico-edilizia. Ove non si verificano queste condizioni, la funzione autorizzatoria torna alla Provincia."

Artikel 66 Absatz 2. „2. Für jene Eingriffe, die nicht im Anhang B aufgelistet sind, ist die Befugnis zur Erteilung der Genehmigung den Gemeinden übertragen, sofern diese über die notwendigen Einrichtungen und Organe verfügen, um eine angemessene fachwissenschaftliche Kompetenz sowie die klare Trennung zwischen Landschaftsschutzfähigkeit und Wahrnehmung der Verwaltungsbefugnisse im Bereich Raumordnung und Bauwesen gewährleisten zu können. Sind diese Bedingungen nicht gegeben, wird die Befugnis an das Land zurückgegeben.“

E' aperta la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 9 astensioni.

Passiamo all'articolo 66. Consigliere Knoll, prego.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nochmals zur selben Angelegenheit. Herr Landesrat, warum ist man davon abgegangen? Gerade bei einer Erweiterung eines Skigebietes. Das wäre jetzt ein klassischer Fall (es steht ja Aufstiegsanlagen, Skipisten, Beschneigungsanlagen), dass z.B. 2 ha, das wäre eine neue Piste samt Aufstiegsanlage, dass dort nicht auch die Genehmigung und Prüfung des Landes erfolgt, sondern dass das die Gemeinde selbst entscheiden kann. Also ich glaube, gerade in solchen Fällen wäre es schon sinnvoll, dass die Einschränkung von 2 ha nicht hineingeschrieben worden wäre, sondern dass grundsätzlich bei derartigen Dingen die Prüfung und Genehmigung des Landes zu erfolgen hat. Warum hat man das heraus genommen?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): L'assessore ha detto che è stato concordato tutto con Roma, non solo con i politici ma anche con i tecnici del Ministero, però con quel che succede a Roma e succederà nei prossimi mesi, tanti auguri!

PRESIDENTE: A tutti?

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Danke für die Glückwünsche, die nehmen wir gerne mit. Paul Köllensperger hat aufmerksam zugehört und wird es weitergeben.

Ich bin Ihnen aber noch eine Antwort schuldig. Sie haben gesagt, es sollte nur den Gemeinden übertragen werden, wenn die Gemeinden auch die entsprechenden Kompetenzen haben. Durch die Besetzung der Gemeindegemeinschaft haben wir das know how. Das ist ja das Wesentliche. Die Gemeindegemeinschaft begutachtet das ja. Nochmals wir haben nicht Interessensvertreter drinnen, sondern wir haben bewusst Fachleute in der Kommission. Auch in Rom hätten wir dann Niemanden überzeugen können. Weil wir die Kommissionen anders besetzen, haben wir die Möglichkeit, diese Kompetenz an die Gemeinden weiterzugeben.

Zur Frage von Sven Knoll: natürlich sind die 2 ha eine willkürliche Grenze, die wir gesetzt haben. 2 ha sind beim Pistenbau nicht sehr viel. Wir haben uns in den letzten Jahren intensiv damit auseinandergesetzt und ich kann Ihnen sagen, mit 2 ha bekommt man keine Piste zusammen. Das sind wirklich nur geringfügige Änderungen. Wir hätten auch 1, 3 oder 5 ha hineinschreiben können, wir haben uns aber gefragt, was wäre wohl eine sinnvolle Größe und sind zu den 2 ha gekommen. Ich nehme aber nicht den Anspruch zu sagen, das ist die einzig richtige Größe. Im Gespräch haben wir uns auf diese 2 ha geeinigt. Glauben Sie mir, mit 2 ha baut man keine Skipiste.

PPRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo alla votazione dell'articolo 66.

E' aperta la votazione: approvato con 16 voti favorevoli, 3 voti contrari e 10 astensioni.

Passiamo all'articolo 67.

Art. 67

Procedimento per il rilascio dell'autorizzazione paesaggistica di competenza del Comune

1. *Le autorizzazioni paesaggistiche di competenza del Comune vengono rilasciate dal Sindaco/dalla Sindaca, dopo avere acquisito il parere obbligatorio di una commissione composta dagli esperti di cui all'articolo 4, comma 2, lettere a), b) ed e).*
2. *Qualora la commissione di cui al comma 1 non renda il parere entro 40 giorni dalla relativa richiesta, il Sindaco/la Sindaca può procedere indipendentemente dal parere.*
3. *(soppresso)*
4. *Il Sindaco/La Sindaca decide definitivamente sulla domanda entro 20 giorni dal ricevimento del parere e comunque entro 60 giorni dal ricevimento della domanda.*
5. *Nel caso in cui la commissione o l'esperto/esperta abbia segnalato esigenze istruttorie ovvero l'impossibilità, dovuta alla natura dell'affare o a cause di forza maggiore, di rispettare i termini previsti dai commi precedenti, questi ultimi ricominciano a decorrere, per una sola volta, dal momento della ricezione, da parte dell'organo stesso delle informazioni o dei documenti richiesti, ovvero dalla sua prima scadenza, o dalla data di cessazione delle cause di forza maggiore.*
6. *Salva la dichiarazione contraria da parte del/della richiedente, la domanda di autorizzazione paesaggistica equivale alla comunicazione di inizio lavori asseverata di cui all'articolo 72 o alla segnalazione certificata di inizio attività di cui all'articolo 73, se è debitamente asseverata o certificata e corredata della documentazione rispettivamente prevista.*
7. *(soppresso)*

----- Art. 67

Verfahren zur Erteilung der landschaftsrechtlichen Genehmigung im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde

1. Die landschaftsrechtlichen Genehmigungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde werden vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin erteilt, nachdem er/sie die obligatorische Stellungnahme einer Kommission eingeholt hat, die aus den Sachverständigen laut Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a), b) und e) besteht.
2. Übermittelt die Kommission laut Absatz 1 ihre Stellungnahme nicht innerhalb von 40 Tagen ab Anfrage, kann der Bürgermeister/die Bürgermeisterin unabhängig davon fortfahren.
3. (gestrichen)
4. Der Bürgermeister/Die Bürgermeisterin entscheidet endgültig innerhalb von 20 Tagen ab Erhalt der Stellungnahme und jedenfalls innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt des Antrages.
5. Falls die Kommission oder der/die Sachverständige zusätzlichen Ermittlungsbedarf anmeldet oder darauf hinweist, dass die in den vorhergehenden Absätzen angeführten Fristen wegen der Art der Angelegenheit oder wegen höherer Gewalt nicht eingehalten werden können, beginnen diese Fristen ab dem Tag neu zu laufen, an dem das Organ die angeforderten Angaben oder Unterlagen erhält, oder ab dem Tag, an dem die Frist für die Nachreichung verfällt oder ab dem die Gründe höherer Gewalt wegfallen; eine Fristverlängerung ist aber nur einmal möglich.
6. Wenn der/die Antragstellende nichts Gegenteiliges erklärt, gilt der Antrag auf landschaftsrechtliche Genehmigung als beeidigte Baubeginnmitteilung laut Artikel 72 oder als zertifizierte Meldung des Tätigkeitsbeginns laut Artikel 73, sofern er ordnungsgemäß beeidigt oder zertifiziert ist und ihm die jeweils vorgesehenen Unterlagen beigegeben sind.
7. (gestrichen)

Sono stati presentati 5 emendamenti. Consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ci avviamo alla fine della giornata, quindi possiamo rallentare un po'.

Questo articolo 67 si riferisce all'articolo 66 e definisce il procedimento con cui il Comune rilascia l'autorizzazione paesaggistica di sua competenza. L'ass. Theiner ci ha detto adesso che il Comune rilascia l'autorizzazione paesaggistica di sua competenza con il parere di una piccola Commissione fatta di esperti, che si riferisce all'art. 4. Noi siamo d'accordo con questo, ma vorremmo che questa Commissione desse un parere vincolante e non solo obbligatorio. Nel Suo testo, assessore, c'era scritto vincolante, perché secondo me scarica anche di responsabilità il Sindaco, il Comune, il parere è vincolante quindi sull'autorizzazione paesaggistica di competenza del Comune decidono i tre esperti, invece la commissione ha sostituito "obbligatorio" con "vincolante", che è un *Etikettenschwindel* perché "obbligatorio" sembra roboante, ma in realtà vuol dire che bisogna averlo, ma non è vincolante, è solo consultivo.

Io abolirei la parola "obbligatorio" perché è veramente ingannatrice, sembra che dica qualcosa e invece non dice niente. Con l'emendamento n. 1 noi vogliamo introdurre la parola "vincolante" al posto di "obbligatorio".

PRESIDENTE: Silenzio in aula.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Per quanto riguarda il comma 2 noi vorremmo sopprimerlo perché si dice che l'autorizzazione paesaggistica si dà solo se c'è questo parere. Mettiamo tra l'altro che ci sia scritto solo "obbligatorio", il comma 2 dice che se questo parere obbligatorio non arriva entro 40 giorni il Sindaco decide senza parere.

Assessore Theiner, ma che obbligatorio è un parere di cui si può fare anche a meno? Secondo me è proprio logicamente contraddittorio, perché se il parere è obbligatorio, non se ne può fare a meno, poi si può ignorare, ma di un parere obbligatorio non si può fare a meno, per cui il comma 2 va soppresso, perché non è possibile che se non arriva entro 40 giorni, il Sindaco decida indipendentemente dal parere.

Alla fine, recuperando una proposta dell'*Heimatpflegeverband*, vorremmo aggiungere il comma 7, che dà un diritto di parola alle associazioni protezionistiche sulla questione della domanda di autorizzazione paesaggistica presentata al Comune. Ovviamente questo diritto di parola è solo un parere e viene vagliato dalla Commissione comunale, diciamo che è un diritto per le associazioni di tutela del paesaggio di dare il suo parere alla Commissione.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich denke auch, dass es einen Widerspruch gibt zwischen dem obligatorischen Gutachten und dem Freibrief für den Bürgermeister. Also es sollte entweder das eine oder andere sein. Ob das Gutachten vinkulierend sein muss, ist eine weitere Bewertung. Ich denke, wenn es obligatorisch ist, dann kann der Bürgermeister nicht ohne Einlangen dieses Gutachtens ... obligatorisch heißt es muss eingeholt und abgegeben werden. Dann kann man dem Bürgermeister nicht die Möglichkeit geben. Was heißt obligatorisch? Ansonsten müsste man einfach schreiben "ein Gutachten". Ohne das Wort "obligatorisch" wäre es so wie Sie es gerne hätten. Sie wollen, dass der Bürgermeister trotzdem weitermachen kann. Wenn Sie aber obligatorisch hinein schreiben, dann ist es ein Gutachten, das eingeholt und abgegeben werden muss. Dann kann der Bürgermeister nicht ohne Einlangen dieses Gutachtens weitermachen. Das geht nicht. Herr Landesrat, beides geht nicht. Mir würde es auch reichen, wenn Sie das Wort obligatorisch streichen würden. Dann würde einfach stehen, dass das Gutachten eingeholt wird. Wenn das Gutachten nicht einlangt, dann macht der Bürgermeister einfach weiter. Wenn es aber obligatorisch ist, dann muss es eingeholt und abgegeben werden. Ob die Stellungnahme dann berücksichtigt wird, ist dahin gestellt. Es ist klar, dass sie das nicht muss. Noch einmal "Die landschaftsrechtlichen Genehmigungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde werden vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin erteilt, nachdem er/sie die Stellungnahme einer Kommission eingeholt hat", usw. ... "besteht". Sobald sie das Wort "obligatorisch" drin lassen, dann kann der Bürgermeister nicht mehr innerhalb von 40 Tagen einfach so entscheiden, ob er weitergeht. Obligatorisch ist in diesem Fall nicht vinkulierend. Wenn Sie den Absatz 2 so beibehalten wollen, dann müssten Sie das Wort obligatorisch wieder streichen. Wenn das drin bleibt, muss man den Absatz 2 streichen. Eines von beiden.

Dann habe ich zum Artikel 67 Absatz 7 einen Änderungsantrag eingebracht, in dem ich folgenden Absatz hinzufügen möchte: "Im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden werden mit Durchführungsverordnung nähere Bestimmungen zu diesem Artikel erlassen, wobei die Grundsätze des Landschaftsschutzes und der Verfahrensvereinfachung zu befolgen sind." Mehr nicht, das möchte ich hinzufügen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich muss dem Kollegen Pöder hier zustimmen. Es geht nicht nur um das Wort "obligatorisch", sondern der Bürgermeister wird verpflichtet, diese Stellungnahme einzuholen. Es ist auch ein Widerspruch. Im Absatz 2 steht dann "Übermittelt die Kommission laut Absatz 1 ihre Stellungnahme nicht innerhalb von 40 Tagen ab Anfrage", da steht dann Anfrage. Herr Landesrat, im Punkt 2 ist von Anfrage die Rede, im Punkt 1 geht es aber um eine Einholung. Da steht wörtlich, dass die Stellungnahme vom Bürgermeister eingeholt werden muss. Das ist ein Widerspruch zu Punkt 2, wenn wir das hier so beschließen. Im ersten Punkt steht, unabhängig wie man das Wort "obligatorisch" auslegen will, der Bürgermeister muss eine Stellungnahme einholen und im Punkt 2 ist von einer Anfrage die Rede. Das ist schon ein Unterschied. Wenn der Bürgermeister eine Anfrage nicht stellen würde ist es etwas anderes als wenn er eine Anfrage nicht einholt. Hier sollte man das entweder durch eine sprachliche Ausbesserung oder durch eine Streichung richtigstellen oder wie das hier vorgesehen ist, wenn es so gewünscht wäre, durch ein "bindende" ersetzen, dann würde es meiner Meinung nach Sinn machen. Trotzdem bleibt die Differenz zwischen dem Punkt 1 und 2.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Dieses Gesetz ist ja auch aus der Sicht des Bürgers geschrieben worden und der Bürger hat den Anspruch, dass das Verfahren abgeschlossen wird. Der Bürger stellt den Antrag und der Bürgermeister hat eine klare Verpflichtung. Er muss das Gutachten einholen. Da war die Sorge: was passiert, wenn dieses Gutachten aus irgendeinem Grund nicht erstellt wird? Wir hatten ursprünglich vorgesehen, und Riccardo Dello Sbarba kann sich gut erinnern, dass es ein bindendes Gutachten ist. Wir hatten aber auch den "silenzio assenso" drinnen. Dann hat Rom gesagt, das geht so nicht. Der "silenzio assenso" ist gültig zwischen öffentlichen Körperschaften, aber nicht zwischen Privatperson und der öffentlichen Körperschaft. In Absprache mit Rom ist auch dieser Vorschlag entstanden. Es hat auch unter uns Diskussionen gegeben. Das Gutachten ist obligatorisch, aber es kann sein, dass aus irgendeinem Grund dieses Gutachten nicht erstellt wird. Das Verfahren geht weiter, das Verfahren muss abgeschlossen werden. Wieso hat Rom diesem Vorschlag zugestimmt? Ihnen ist bewusst, dass ein Gutachten, das von einer Expertenkommission erstellt wird, wird schwerlich von einem Bürgermeister nicht respektiert werden. In dem Moment übernimmt er persönlich das ganze Risiko und trägt die entsprechende Verantwortung. Die Verantwortlichen von Rom waren diesbezüglich sehr entspannt, denn diese Fälle werden so inflationär nicht vor kommen, weil jeder Bürgermeister/jede Bürgermeisterin weiß, welches Risiko

er/sie sich in dem Moment aufhalten. Das ist genau so, wenn die Landesregierung einen Beschluss fasst und der Generalsekretär macht ausdrücklich aufmerksam, dass dieser im Widerspruch zu bestimmten Rechtsnormen steht. Dann wird die Landesregierung auch die weiße Flagge hissen. Von dem Moment an trägt man dann die Verantwortung. Genau so ist es beim Bürgermeister. Das Verfahren muss abgeschlossen werden. Es ist ein Gutachten vorgesehen. Es gibt keinen "silenzio assenso" wie es im ursprünglichen Gesetz stand, aber im Gegenzug ist das Gutachten nicht bindend aber obligatorisch.

Wir haben das nochmals durchgesehen, für uns ist das kein Widerspruch.

PRESIDENTE: Grazie assessore. Passiamo ora alla votazione degli emendamenti all'articolo 67.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 67, comma 1.

Il comma è così sostituito: "1. Le autorizzazioni paesaggistiche di competenza del Comune vengono rilasciate dal Sindaco/dalla Sindaca, dopo avere acquisito il parere vincolante di una commissione composta dagli esperti di cui all'articolo 4, comma 2, lettere a), b) ed e)."

Artikel 67 Absatz 1. Der Absatz erhält folgende Fassung: „1. Die landschaftsrechtlichen Genehmigungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde werden vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin erteilt, nachdem er/sie die bindende Stellungnahme einer Kommission eingeholt hat, die aus den Sachverständigen laut Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a), b) und e) besteht.“

E' aperta la votazione: respinto con 8 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni.

L'emendamento n. 2 decade.

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 67, comma 2. Il comma è soppresso.

Artikel 67 Absatz 2. Der Absatz wird gestrichen.

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss. Articolo 67, comma 7.

Dopo il comma 6 è aggiunto il seguente comma: "7. Il Comune a cui è pervenuta la domanda di autorizzazione paesaggistica la trasmette alla associazione maggiormente rappresentativa a livello provinciale tra quelle portatrici degli interessi collettivi in materia di tutela del paesaggio. L'associazione interpellata trasmette entro 30 giorni le sue osservazioni alla commissione competente di pronunciarsi sulla domanda ai sensi del comma 1 dell'articolo 67. La commissione valuta le osservazioni e giustifica nel proprio parere l'eventuale divergenza da esse."

Artikel 67 Absatz 7. Nach Absatz 6 wird folgender Absatz hinzugefügt: „7. Die Gemeinde, die den Antrag auf landschaftsrechtliche Genehmigung erhalten hat, leitet diesen an die auf Landesebene repräsentativste Vereinigung, welche die Kollektivinteressen im Landschaftsschutzbereich vertritt, weiter. Die befragte Vereinigung leitet innerhalb von 30 Tagen ihre Anmerkungen an die zuständige Kommission gemäß Artikel 67 Absatz 1 weiter. Die Kommission bewertet die Anmerkungen und begründet in ihrer Stellungnahme eventuelle Abweichungen.“

E' aperta la votazione: respinto con 2 voti favorevoli, 18 contrari e 10 astensioni.

Emendamento n. 5, presentato dal consigliere Pöder. Articolo 67, comma 7. Dopo il comma 6 è aggiunto il seguente comma: "7. Le disposizioni del presente articolo sono integrate, d'intesa con il Consiglio dei Comuni, con regolamento di esecuzione, nel rispetto della tutela del paesaggio e della semplificazione procedimentale."

Artikel 67 Absatz 7. Nach Absatz 6 wird folgender Absatz hinzugefügt: „7. Im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden werden mit Durchführungsverordnung nähere Bestimmungen zu diesem Artikel erlassen, wobei die Grundsätze des Landschaftsschutzes und der Verfahrensvereinfachung zu befolgen sind.“

E' aperta la votazione: respinto con 1 voto favorevole, 17 voti contrari e 9 astensioni.

Passiamo ora alla votazione dell'articolo 67.

E' aperta la votazione: approvato con 17 voti favorevoli, 1 voto contrario e 12 astensioni.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

Ore 18.00 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

BLAAS (40, 41, 43, 51)

DELLO SBARBA (1, 3, 4, 7, 11, 14, 15, 22, 24, 25, 27, 28, 30, 31, 34, 37, 40, 41, 46, 47, 50, 53, 55, 56, 57, 58, 61, 62, 63, 65, 71, 72, 74, 82, 86, 89, 90)

HEISS (17)

HOCHGRUBER KUENZER (15, 17, 33, 37)

KNOLL (3, 4, 8, 9, 37, 56, 63, 64, 73, 83, 87, 88, 91)

KÖLLENSPERGER (33, 53, 63, 67)

KOMPATSCHER (37, 73)

PÖDER (16, 17, 20, 21, 23, 24, 41, 73, 80, 81, 91)

SCHIEFER (41, 63)

STOCKER S. (41)

THEINER (1, 8, 12, 18, 21, 22, 24, 25, 28, 29, 31, 32, 34, 41, 43, 47, 51, 53, 55, 56, 57, 58, 61, 62, 63, 65, 67, 77, 78, 80, 83, 87, 89, 91)

WIDMANN (71, 72, 74)

ZIMMERHOFER (7, 60)